

# VEREINTE NATIONEN

UN · IAEA · ILO · FAO  
UNESCO · WHO · IBRD  
IFC · IDA · IMF · ICAO  
UPU · ITU · WMO  
IMO · WIPO · IFAD  
GATT · WTO  
UNHCR · UNRWA · UNICEF  
WFP · UNITAR · UNCTAD  
UNDP · UNIDO · UNCDF  
UNFPA · UNV · UNDRR  
UNU · UNEP  
IDB · ADB · AsDB  
ECE · ESCAP  
ECLA · ECA · ECWA



Ziele und Ergebnis

*Eine Zwischenbilanz der Dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1981–1990)* . . . . . 181  
 von Michael Bohnet

Nachrichtenwesen und Entwicklung

*Rückblick auf das Weltkommunikationsjahr 1983* . . . . . 186  
 von Richard E. Butler

Die persönliche Meinung:

*A ›German Vote?‹* . . . . . 189  
 von Rüdiger Wolfrum

Die Vereinten Nationen für konstruktive Lösungen nutzen

*Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation an die 39. Generalversammlung* . . . . . 191  
 von Javier Pérez de Cuéllar

Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft

*Rede des Bundesaußenministers vor der 39. UN-Generalversammlung (26. September 1984)* . . . . . 196  
 von Hans-Dietrich Genscher

*Literaturhinweise* . . . . . 200  
 von Klaus Hüfner und Rüdiger Wolfrum

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen:

*Die Initiative des Generalsekretärs zur Stärkung des Systems der kollektiven Sicherheit und ihre Folgen (50), Militarisierung des Weltraums (51), UNIDO IV zeigt geringe Handlungsspielräume auf (52), Internationale Bevölkerungskonferenz knüpft an Bukarest an (53), Weiterer Weltbankbericht zur Entwicklung Afrikas (54), Seerecht (55), IGH legt See-grenze im Golf von Maine fest (56), Brunei 159. UNO-Mitglied (57)* . . . 201  
 von Klaus Bockslaff, Isolde Kurz, Michael Schaefer, Josef Schmid, Rainer Tetzlaff und Rüdiger Wolfrum

*Jahresinhaltsverzeichnis 1984* . . . . . 207

VEREINTE NATIONEN · Zeitschrift für die Vereinten Nationen, ihre Sonderkörperschaften und Sonderorganisationen. — Begründet von Kurt Seinsch.

ISSN: 0042-384X

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn.

Chefredakteur: Dr. Volker Weyel, Simrockstraße 23, 5300 Bonn 1, Fernruf (02 28) 21 36 40.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht ohne weiteres die des Herausgebers oder der Redaktion, wieder.

Verlag: Mönch-Verlag GmbH, Postfach 15 60, 5400 Koblenz. Verlagssitz: Hübingerweg 33, 5401 Waldesch über Koblenz, Fernruf (0 26 28) 7 66 und 7 67. Bankverbindungen: Dresdner Bank, Koblenz (BLZ 570 800 70) 6 054 195; Sparkasse Koblenz (BLZ 570 501 20) 27 000 900; Postscheckkonto Ludwigshafen (BLZ 545 100 67) 39 49-672.

Alle Rechte, auch die der fotomechanischen Wiedergabe, sind vorbehalten.

Anzeigenverwaltung: Mönch-Verlag GmbH, Heilsbachstraße 26, 5300 Bonn-Duisdorf. Fernruf (02 28) 64 83-0.

Herstellung: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Baunscheidtstraße 6, 5300 Bonn 1, Fernruf (02 28) 5 46-0.

Erscheinungsweise: Zweimonatlich. — Preis: Jahresabonnement (6 Hefte) 18,- DM zuzüglich Zustellgebühr; Einzelheft 3,50 DM. Die Bezugszeit gilt ganzjährig mit weiterer Verlängerung, falls nicht einen Monat vor dem Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird. Bezug durch den Verlag und den Buchhandel. — Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Einem Teil dieser Auflage liegt eine Beilage der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn, bei. Wir bitten um Beachtung.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN BONN

Präsidium:

- Dr. Rainer Barzel, MdB
- Prälät Heinz-Georg Binder, Bevollmächtigter der EKD in Bonn
- Willy Brandt, MdB, Vorsitzender der SPD, Bundeskanzler a. D.
- Ernst Breit, Vorsitzender des DGB
- Dr. Johannes Joachim Degenhardt, Erzbischof von Paderborn
- Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister, Hamburg
- Dr. Erhard Eppler, Bundesminister a. D.
- Prof. Dr. Iring Fetscher
- Dr. Katharina Focke, MdEP, Bundesministerin a. D.
- Hans-Dietrich Genscher, MdB, Vorsitzender der FDP, Bundesminister des Auswärtigen
- Dr. Wilfried Guth, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG
- Karl Günther von Hase
- Dr. Helmut Kohl, MdB, Vorsitzender der CDU, Bundeskanzler
- Dr. Hanna-Renate Laurien, MdB, Senatorin, Berlin
- Prof. Dr. Martin Löffler, Rechtsanwalt
- Wolfgang Mischnick, MdB, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion
- Prof. Dr. Hermann Mosler, Richter am Internationalen Gerichtshof im Haag
- Prof. Dr. Karl Josef Partsch, Mitglied des CERD
- Annemarie Renger, MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
- Helmut Schmidt, MdB, Bundeskanzler a. D.
- Lothar Späth, MdL, Ministerpräsident, Baden-Württemberg
- Dr. h. c. Alfred Toepfer
- Dr. Hans-Jochen Vogel, MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- Dr. Jürgen Warnke, MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Rüdiger Freiherr von Wechmar, Botschafter

Ehrenvorsitzender:

- Prof. Dr. Eduard Wahl, Heidelberg

Vorstand:

- Dr. Helga Timm, MdB, Darmstadt (Vorsitzende)
- Leni Fischer, MdB, Neuenkirchen (Stellv. Vorsitzende)
- Prof. Dr. Klaus Hüfner, Berlin (Stellv. Vorsitzender)
- Dr. Wilhelm Bruns, Wachtberg-Niederbachem
- Prof. Dr. Friedemann Büttner, Berlin
- Dr. Mir A. Ferdowsi, München
- Wolfgang Lüder, Berlin
- Prof. Dr. Peter J. Opitz, Wolfratshausen
- Prof. Dr. Christian Tomuschat, Bonn
- Karsten D. Voigt, MdB, Frankfurt
- Prof. Dr. Rüdiger Wolfrum, Kiel

Landesverbände:

- Wolfgang Lüder  
 Vorsitzender Landesverband Berlin
- Oskar Barthels  
 Vorsitzender Landesverband Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Peter J. Opitz  
 Vorsitzender Landesverband Bayern

Generalsekretariat:

- Joachim Krause, Generalsekretär  
 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen  
 Simrockstraße 23, 5300 Bonn 1  
 Fernruf (02 28) 21 36 46

# Ziele und Ergebnis

## Eine Zwischenbilanz der Dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1981–1990)

MICHAEL BOHNET

Die Internationale Entwicklungsstrategie (IES) für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen<sup>1</sup> wurde von der UN-Generalversammlung am 5. Dezember 1980 nach langwierigen Verhandlungen einvernehmlich verabschiedet. Die Strategie wurde zu einer Zeit ausgearbeitet, in der sich die weltwirtschaftliche Situation rapide zu verschlechtern begann.

Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer seit 1980 steht in starkem Gegensatz zu dem Wachstumsziel von 7 vH, das in der Strategie vorgesehen war. Viele Entwicklungsländer stagnieren wirtschaftlich. Für die Dritte Welt als Ganzes ist das Pro-Kopf-Einkommen in den ersten Jahren der Dritten

werden die Ergebnisse der Arbeiten des von der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingesetzten Ausschusses für die Überprüfung und Bewertung der Internationalen Entwicklungsstrategie, der im Mai, Juli und September 1984 tagte, dargestellt und beurteilt.

### I. Die bisherigen Resultate der Dritten Dekade

#### 1. Handel

In der Internationalen Entwicklungsstrategie waren Ziele für das Wachstum der Importe und Exporte der Entwicklungsländer vorgegeben. Die Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen sollten mit jährlichen Wachstumsraten von 7,5 vH und 8 vH steigen. Die effektiv erreichten Wachstumsraten liegen weit unter diesen Zielen und sind zudem überwiegend negativ (Tabelle 2). Die Rezession hat die Exporte der Entwicklungsländer negativ beeinflusst. Die Liquiditätsprobleme in den Entwicklungsländern haben darüber hinaus deren Importfähigkeit beschränkt.

Tabelle 1

Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern  
Jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in Prozent

	1976–80	1981–83	1984–85*
Entwicklungsländer	5,0	0,7	3,5
— Afrika	4,4	0,2	2,5
— Süd- und Südostasien	6,0	5,1	5,5
— Westasien	4,0	-1,6	4,0
— Lateinamerika	5,2	-1,2	3,0
— Europäische Entwicklungsländer	4,7	2,3	3,5
Zum Vergleich:			
Westliche Industrieländer	3,5	1,1	3,5
Planwirtschaftsländer**	4,6	3,4	4,0

\* Schätzung

\*\* Sowjetunion, osteuropäische Industrieländer, China

Quelle: UN-Doc. A/39/115 (Review and Appraisal of the International Development Strategy for the Third United Nations Development Decade. Report of the Secretary-General) v. 29.3.1984.

Dekade gesunken. Die Tabelle 1 zeigt, daß das jährliche Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern in den ersten Jahren der neuen Entwicklungsdekade lediglich 0,7 vH gegenüber 5,0 vH in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre betrug. Interessant ist dabei, daß die starken wirtschaftlichen Rückschläge sich vornehmlich in Westasien und in Lateinamerika auswirkten, in Regionen, in denen das Bruttosozialprodukt auch absolut zurückging.

Die große Diskrepanz zwischen Erwartungen und erreichtem Ergebnis in den ersten Jahren der Dritten Dekade ist vornehmlich auf die globale Rezession zurückzuführen. Aber auch hausgemachte Fehler der internen Politik der Entwicklungsländer selber haben ein gerüttelt Maß an Schuld. So wurden zum Beispiel zu viele prestigeorientierte staatliche Konsumausgaben getätigt, einschließlich überhöhter Rüstungsausgaben. Eine entscheidende Ursache des geringen Wachstums der letzten Jahre liegt somit in der Verminderung der Bruttoinvestitionsrate begründet. Deren Wachstum fiel von 6 vH in den Jahren 1970–73 auf 0,5 vH in den Jahren 1980–83.

Im folgenden sollen die erreichten Erfolge bzw. Fehl- und Rückschläge während der ersten Jahre der Dekade in den Bereichen Handel, Industrialisierung, Ernährung und Landwirtschaft, Kapitalbildung und -transfer, Wissenschaft und Technologie, Energie, Umwelt, soziale Entwicklung (Bevölkerungswachstum, Gesundheit, Erziehung), ärmste Entwicklungsländer und Süd-Süd-Kooperation analysiert und bewertet werden<sup>2</sup>. Anschließend

Tabelle 2

Wachstum der Exporte und der Importe der Entwicklungsländer  
Jährliche Wachstumsrate der Export- und Importvolumen in Prozent

	1981	1982	1983
Exportvolumen	- 4,8	- 4,8	- 0,5
Importvolumen	+ 14,3	- 0,2	- 7,0

Quelle: wie bei Tabelle 1.

In der IES wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß stärkere Anstrengungen zur Handelsliberalisierung unternommen werden müßten. Konkret ist jedoch festzustellen, daß der Protektionismus am Beginn der Dritten Dekade eher zugenommen hat, insbesondere im Bereich Textilien und Bekleidung, bei Stahl und bei landwirtschaftlichen Produkten. Das Welttextilabkommen, das 1982 bis zum 31. Juli 1986 verlängert wurde und das fast 85 vH des Textil- und Bekleidungshandels einschließt, enthält mehr als 3 000 Quoten für verschiedene Länder und verschiedene Produktgruppen. Bei Stahl haben die Vereinigten Staaten im Juli 1983 neue Importzölle und Quoten für eine Anzahl von Stahlprodukten angekündigt, die auch Importe aus Entwicklungsländern negativ beeinflussen. Auch bei landwirtschaftlichen Produkten haben die Handelsbeschränkungen zu

#### Autoren dieser Ausgabe

Dr. Michael Bohnet, geb. 1937, Ministerialrat, leitet das Referat Vereinte Nationen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. 1974–1978 Leiter der Abteilung Entwicklungsländer beim IFO-Institut für Wirtschaftsforschung.

Richard E. Butler, geb. 1926, ist seit Oktober 1982 Generalsekretär der Internationalen Fernmelde-Union (ITU). 1968 zum Stellvertretenden Generalsekretär der ITU gewählt; zuvor leitende Positionen in der Fernmeldeverwaltung Australiens.

Dr. Rüdiger Wolfrum, geb. 1941, Professor für Öffentliches Recht und Völkerrecht, ist Direktor des Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel. Zahlreiche Veröffentlichungen zum neuen Seerecht.

genommen. Die Protektion der einheimischen Zuckerproduktion wurde wesentlich verschärft, die Subventionierung der Zuckereporte in andere Industrieländer gesteigert.

## 2. Industrialisierung

In der IES wurde von einem Industrialisierungswachstum für die Entwicklungsländer in Höhe von 9 vH pro Jahr ausgegangen. Die Ergebnisse hingegen sind enttäuschend. Die industrielle Produktion wuchs in den ersten Jahren der Dritten Dekade lediglich um 2 vH jährlich. Der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion blieb mit etwa 11 vH in den letzten Jahren konstant. Am härtesten war Lateinamerika betroffen. Das industrielle Wachstum in Brasilien und Mexiko, das zu rund 40 vH zum Wachstum der Industriegüterproduktion der Entwicklungsländer in der Zweiten Entwicklungsdekade beigetragen hatte, brach abrupt ab. Auch das industrielle Wachstum in Asien wies geringere Wachstumsraten als in den siebziger Jahren auf. Der Industrialisierungsprozeß in Afrika wurde gänzlich unterbrochen.

Neben unzulänglichen Industrialisierungsstrategien, protektionistischen Tendenzen in den Industrieländern und in den Entwicklungsländern sowie den Verschuldungsproblemen waren auch die finanziellen Leistungen der internationalen Organisationen unzureichend. So sind etwa die Leistungen des Fonds der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDF) in den ersten Jahren der Dritten Dekade beträchtlich zurückgegangen.

In der IES wurde die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Wachstums zwischen Schwer- und Leichtindustrie betont. Wenn es auch Bemühungen gab, die Klein- und Mittelindustrie zu fördern, so sind die Erfolge insgesamt doch sehr bescheiden. Ähnliches gilt für die Beachtung von Umweltgesichtspunkten bei industriellen Projekten in der Dritten Welt.

Ein positiver Merkposten sind die Konsultationstreffen der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO). 1981 haben drei UNIDO-Konsultationen stattgefunden: über die petrochemische Industrie, die Kapitalgüterindustrie und die nahrungsmittelverarbeitende Industrie, gefolgt 1982 von vier Konsultationen über landwirtschaftliche Maschinen in Afrika, Eisen und Stahl, Industriefinanzierung und industrielle Fachkräfteausbildung. Im Jahre 1983 haben Konsultationen über die Holz- und Holzproduktindustrie, den landwirtschaftlichen Maschinenbau und die pharmazeutische Industrie

stattgefunden. Bei diesen Konsultationen war die Industrie stärker als in früheren Jahren vertreten und die praktischen Probleme der einzelnen Industriezweige standen im Mittelpunkt der Erörterungen, nicht so sehr die Frage einer antizipatorischen Strukturanpassungspolitik in den Industrieländern.

## 3. Ernährung und Landwirtschaft

In der IES waren Wachstumsziele für die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern in Höhe von 4 vH festgesetzt (vgl. Tabelle 3). Das erste Jahr der Dekade zeigt ein teilweise erfreuliches Bild: 1981 betrug das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsländern 4,5 vH, wobei in Lateinamerika und im Fernen Osten sogar Wachstumsraten von 5,5 und 5,7 vH erzielt wurden. Ab 1982 wurde jedoch ein starker Abfall auf insgesamt 0,8 vH verzeichnet, eine Rate, die noch nicht einmal ausreicht, um mit der Bevölkerungszunahme Schritt zu halten. Entscheidende Ursachen für die Nahrungsmittelkrisen seit 1982 sind unter anderem die Dürreperioden in Afrika und die Überschwemmungen in einigen lateinamerikanischen Ländern.

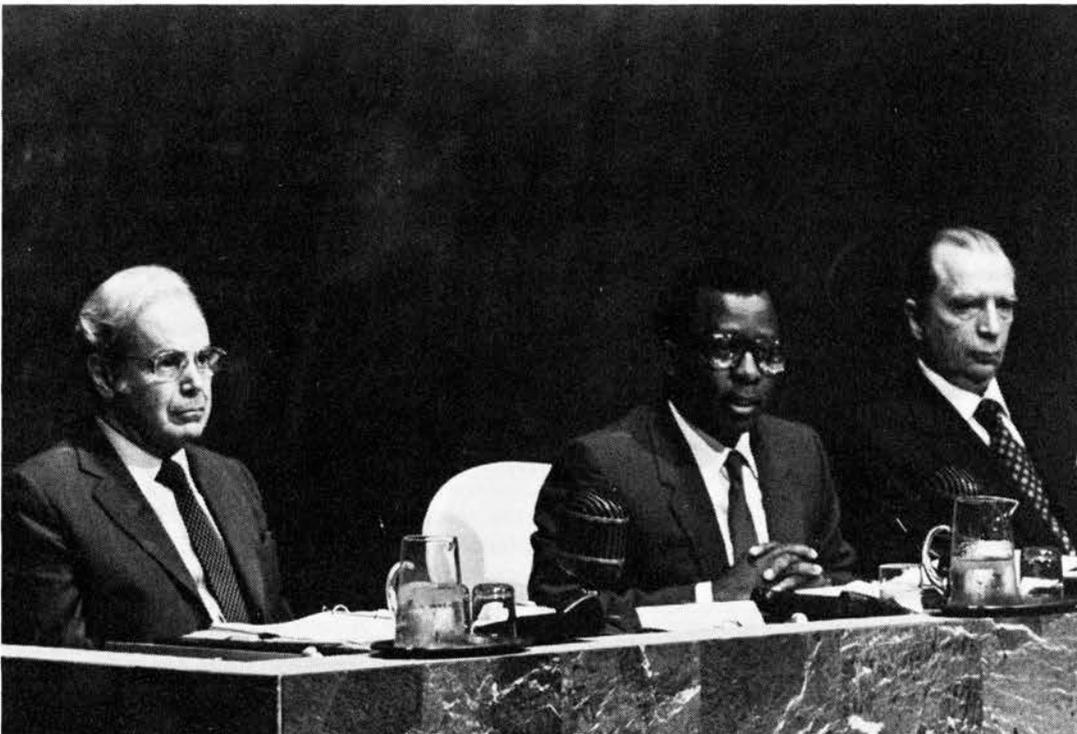
Tabelle 3

### Jährliche Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion in Prozent

	1971-80	1980	1981	1982
<i>Entwicklungsländer</i>	3,1	2,5	4,5	0,8
— Afrika	1,7	3,8	1,7	3,4
— Lateinamerika	3,4	0,8	5,5	0,2
— Naher Osten	3,0	2,4	2,4	1,8
— Ferner Osten	3,4	3,1	5,7	-0,2
<i>Zum Vergleich:</i>				
Westliche Industrieländer	1,9	-0,7	4,7	1,5
Planwirtschaftsländer	2,2	-1,1	0,5	3,7

Quelle: wie bei Tabelle 1.

Die Empfehlung in der Strategie, die Höhe der Weltgetreidereiserven auf 17 bis 18 vH der Weltgetreideproduktion festzusetzen



Paul John Firmino Lusaka aus Sambia wurde am 18. September als Kandidat der Afrikanischen Gruppe, die turnusgemäß in diesem Jahr an der Reihe ist, zum Präsidenten der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen gewählt. Im Dorf Moomba nahe Lusakas am 10. Januar 1935 geboren, erhielt Paul Lusaka seine Universitätsausbildung in Geschichte und Politischer Geographie in Lesotho, den Vereinigten Staaten und Kanada. Er hatte wichtige Funktionen im Auswärtigen Dienst seines Landes inne und war zeitweise Minister. Mit der Weltorganisation kam er erstmals 1964 während seiner Diplomatenausbildung bei der kanadischen UN-Vertretung in Berührung; 1972-73 und wieder 1979 wurde er UNO-Botschafter Sambias. Über die Afrikanische Gruppe hinaus wurde er als Vertreter seines Landes im Sicherheitsrat (1979-80), als Präsident des Wirtschafts- und Sozialrats (1981) und als Präsident des Namibia-Rates (seit 1979) bekannt. — Im Bild v.l.n.r.: Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, Präsident Paul Lusaka, Untergeneralsekretär William B. Buffum.

zen, wurde hingegen verwirklicht. 1980/81, 1981/82 und 1982/83 betragen die Anteile 16 vH, 18 vH und 21 vH. Einschränkend muß jedoch hinzugefügt werden, daß fast die gesamten Weltgetreidereserven in den Industrieländern lagern, vor allem in den Vereinigten Staaten.

Die Forderung in der IES, das Ziel für die Nahrungsmittelhilfe von einem Minimum von 10 Mill Tonnen auf 17 bis 18,5 Mill Tonnen im Jahre 1985 zu erhöhen, wurde nicht erreicht. Die Verschiffung von Nahrungsmittelhilfe hat in den letzten Jahren jährlich noch nicht einmal 10 Mill Tonnen erreicht, die Zahl wird 1983/84 auf etwa 9 Mill Tonnen geschätzt. Auf Grund der Stagnation der Nahrungsmittelhilfe ist der Prozentsatz der Getreideimporte der ärmeren Entwicklungsländer, der durch Nahrungsmittelhilfe gedeckt wird, kontinuierlich von 30 vH 1976/77 auf 17 vH 1982/83 zurückgefallen.

Die Empfehlung der Strategie, der Internationale Währungsfonds (IMF) möge eine spezielle Fazilität einrichten, um Ländern mit niedrigem Einkommen bei dem Import von Nahrungsmitteln zu helfen, wurde im Mai 1981 erfüllt. Die ersten Erfahrungen mit der neuen Fazilität sind positiv zu bewerten. Der IMF hat in etlichen kritischen Fällen geholfen.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in der Politik der Entwicklungsländer einen größeren Stellenwert einnimmt als noch vor zehn Jahren. 1983 hatten 30 afrikanische Länder Nahrungsmittelstrategien in Angriff genommen, wobei bereits elf in der Verwirklichungsphase sind. Sie konnten bisher jedoch noch wenig zur Linderung der Hungerkrisen beitragen.

#### 4. Kapitalbildung und Kapitaltransfers

Die IES unterstreicht die Bedeutung der Anstrengungen der Entwicklungsländer selbst, ihre inländischen finanziellen Ressourcen verstärkt für Entwicklungszwecke zu mobilisieren. In den letzten Jahrzehnten ist die Rate der inländischen Ersparnisse im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in den Entwicklungsländern kontinuierlich gestiegen. Betrug die Sparrate 1960 noch 17 vH, so erreichte sie einen Spitzenwert von 25 vH im Jahre 1980. Die vorläufigen Schätzungen zeigen jedoch, daß in den ersten Jahren der neuen Dekade die Sparrate wieder konstant gesunken ist und 1983 nur noch etwa 20 vH beträgt. Die Ursachen sind vielfältig: abnehmendes Pro-Kopf-Einkommen, erhöhte Importpreise, verschlechterte Handelsbilanzen, Rückgang der Staatseinnahmen etc. Deshalb ist es für den Rest der Dekade entscheidend, eine Umkehr dieses Trends zu erreichen. Besondere Bedeutung kommt einer vernünftigen Steuerpolitik und Maßnahmen zur Verminderung konsumtiver öffentlicher Ausgaben zu.

Die externen Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer sind zu Beginn der Dekade leicht zurückgegangen:

Tabelle 4

Von den Entwicklungsländern empfangene Nettoleistungen aus allen Quellen (in Mrd Dollar)

	1980	1981	1982	1983
Empfangene Gesamtleistungen	99,15	109,76	97,41	98,82
— Öffentliche Entwicklungshilfe	37,50	37,28	37,74	33,62
— bilateral	29,71	29,35	27,23	26,12
— multilateral	7,79	7,93	7,51	7,50
— Nicht vergünstigte Leistungen	59,34	70,46	60,36	63,00
— Direktinvestitionen	10,54	17,24	11,86	8,50
— Bankkredite	23,00	30,00	26,00	36,00
— Anleihen	1,38	1,08	0,51	0,50
— Exportkredite	13,58	13,31	9,75	...

Quelle: OECD, DAC Chairman's Report for 1984 (Entwurf), Paris, 10.9.1984.

Die öffentliche Entwicklungshilfe ist in den ersten Jahren der Dritten Entwicklungsdekade absolut und relativ abgesunken — und dies trotz der Bekenntnisse zum 0,7-Prozent-Ziel in der IES. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer am Bruttosozialprodukt hat sich von 0,38 vH im Jahre 1980 auf 0,36 vH im Jahre 1983 verringert. Interessant ist dabei, daß dies auf verminderte bilaterale Leistungen zurückzuführen ist, während die multilateralen Leistungen konstant blieben (vgl. Tabelle 4). Der häufig angeprangerte Bilateralismus bei der öffentlichen Entwicklungshilfe ist also eine Mär. Ergänzend sei an dieser Stelle erwähnt, daß in der IES sowohl eine Veränderung des Verhältnisses des Kapitals zum Ausleihvolumen (gearing ratio) bei der Weltbank von 1:1 auf mindestens 1:2 gefordert wurde als auch die Einrichtung einer Fazilität zur Finanzierung von Kapitalgüterkäufen. Beide Vorschläge wurden bisher nicht verwirklicht.

Auffallend ist der starke Rückgang der privaten Investitionen in den letzten Jahren, Ausdruck des sich verschlechternden Investitionsklimas in der Dritten Welt. In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, daß die seit 1977 geführten Verhandlungen über einen internationalen Verhaltenskodex für die transnationalen Unternehmen zum Stillstand gekommen sind und eine Einigung nicht in Sicht ist.

Hervorstechend sind ferner die hohen Kredite des privaten Bankensektors an die Entwicklungsländer, die 1983 einen neuen Höchststand erreichten, und das trotz (oder besser gesagt wegen) der Verschuldungskrise, denn Neukredite sind unabdingbar, um eine Krise des Weltfinanzsystems abzuwenden.

#### 5. Wissenschaft und Technologie

In der Strategie wird gefordert, die wissenschaftliche und technologische Kapazität der Entwicklungsländer zu stärken und der Dritten Welt einen erleichterten Zugang zu existierenden Technologien, einschließlich der modernsten, zu ermöglichen. 1983 ergab eine Umfrage der Vereinten Nationen, daß viele Entwicklungsländer seit Beginn der Dritten Dekade wesentliche Fortschritte bei der Formulierung von abgestimmten Wissenschafts- und Technologiepolitiken erzielt haben. Über die Hälfte der asiatischen und ein Viertel der lateinamerikanischen Länder haben ihre wissenschaftliche Infrastruktur wesentlich verbreitert. Ein Viertel der Entwicklungsländer insgesamt haben quantitative Ziele für Forschung und Entwicklung als Unterziele in ihrer Entwicklungsplanung aufgestellt: 0,5 bis 1 vH des Bruttosozialprodukts sollen für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. Der Grad der Zielerreichung läßt sich erst am Ende der Dekade nachprüfen.

#### 6. Energie

Die Weltenergiesituation unterschied sich im Dezember 1980 wesentlich von der heutigen. Hohe Ölpreise und Energieknappheit waren vorherrschend. Energie einzusparen war deshalb ein wichtiges Ziel der IES. Hier wurden wesentliche Erfolge erzielt, vor allem in den Industrieländern. Der Energieverbrauch sank dort in den ersten Jahren der Dritten Dekade um jährlich 2,5 bis 3 vH. Auch bei weiter sinkenden Energiepreisen bleibt Spielraum für Energieeinsparmaßnahmen, vor allem in den Entwicklungsländern. Auch nichterschöpfliche Energiequellen (Wasser, Sonne, Wind, Biomasse, Geothermalenergie) in der Dritten Welt müssen weiter gefördert werden, denn die aktuellen Entspannungstendenzen auf dem Weltrohölmarkt dürfen nicht die Tatsache der langfristigen Begrenztheit der Weltölvorräte verschleiern.

#### 7. Umwelt

In der IES wird eine stärkere Berücksichtigung von Umweltrisikofaktoren bei der Planung von Entwicklungsaktivitäten gefordert. Als positives Signal ist zu werten, daß für umweltrelevante Maßnahmen von den Entwicklungsländern wesentlich mehr Mittel in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt wurden. Ferner wurden viele neue Umweltgesetze erlassen, wenn auch

deren praktische Anwendung noch im argen liegt. Ferner sind viele Industrieländer — so die Bundesrepublik Deutschland — dazu übergegangen, die Umweltwirkungen von Entwicklungsprojekten wesentlich gründlicher zu prüfen als in früheren Jahren.

#### 8. Soziale Entwicklung

Ein zentrales Ziel der IES ist die Verbesserung der sozialen Bedingungen in der Dritten Welt, vor allem in den Bereichen Bevölkerungswachstum, Gesundheit und Erziehung.

Als Erfolg ist zu verbuchen, daß das *Bevölkerungswachstum* zu Beginn der Dekade geringer war als in den siebziger Jahren. Die Bevölkerungszuwachsraten sind von 2,5 vH in den siebziger Jahren auf 2,4 vH in den ersten Jahren der Dritten Dekade gesunken. Dabei muß jedoch beachtet werden, daß dieser Rückgang vor allem auf das demographische Gewicht Chinas zurückzuführen ist, das seine Bevölkerungszuwachsraten von 2,4 auf 1,2 vH drastisch reduzieren konnte. Bei diesen Ziffern darf die regionale Differenzierung nicht außer acht gelassen werden. In Afrika beträgt das jährliche Bevölkerungswachstum derzeit 3 vH, in Lateinamerika 2,3 vH und in Südasien 2,2 vH.

Die Familienplanung wurde in der Dritten Welt weitgehend liberalisiert. Gesetzliche Barrieren gegenüber der Familienplanung gibt es nur noch in weniger als zehn Entwicklungsländern. Die Unterstützung der Regierungen für die Familienplanung ist hingegen ständig angestiegen. Derzeit haben 60 vH aller Entwicklungsländer offiziell unterstützte Familienplanungsprogramme. Erfolge sind vor allem erzielt worden bei der Verminderung der Geburtenrate. Die Zahl der Geburten pro Tausend Einwohner fiel von 39 im Jahre 1974 auf 31 im Jahre 1984 und die Sterberate sank von 14 auf 11 im gleichen Zeitraum.

Auch bei der Verbesserung der *Gesundheit* sind Erfolge erzielt worden. Ein konkretes Resultat ist die gestiegene Lebenserwartung. Sie stieg auf derzeit 56,6 Jahre, verglichen mit 52,7 Jahren zur Mitte der Zweiten Dekade. Jedoch sind die regionalen Unterschiede groß. Die Lebenserwartung beträgt derzeit in Afrika 49,7, in Lateinamerika 64,1, in Südasien 53,6 sowie in Ostasien 68 Jahre.

Eines der außergewöhnlichen Charakteristika der IES ist die ausdrückliche Nennung von quantitativen Zielen zur Verminderung der Kindersterblichkeit. Sie soll auf 50 pro Tausend Lebendgeburten im Jahre 2000 sinken. Ein erster positiver Schritt ist getan. Die Kindersterblichkeit ist von 106 pro Tausend Geburten im Jahre 1974 auf 91 im Jahre 1983 gesunken. Dazu hat das Immunisierungsprogramm der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beigetragen, das 1974 eingeleitet wurde. Es legt das Schwergewicht auf Impfkampagnen gegen die vermeidbaren Hauptkrankheiten (Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Kinderlähmung, Masern und Tuberkulose). An diesen sechs Krankheiten sterben die meisten Kinder in der Dritten Welt. Ziel der IES ist es, alle Kinder gegen diese Krankheiten zu schützen. In Afrika, wo eine Million Kinder jährlich an diesen Krankheiten sterben, werden durch die WHO derzeit 31 vH der Kinder durch Immunisierungskampagnen vor Tuberkulose, 27 vH der Kinder durch Impfkampagnen vor Masern und 19 vH der Kinder durch Impfkampagnen vor Kinderlähmung geschützt. Auch wurden große Forschungsprogramme über Tropenkrankheiten in Gang gesetzt, doch sind hier erst langfristig Erfolge zu erwarten. Ein Rückschlag ist bei der Malaria zu verzeichnen. Die Häufigkeit dieser Krankheit ist in den ersten Jahren der Dritten Dekade wieder angestiegen.

Eine wichtige Rolle spielt auch die Kontrolle der Medikamenteneinfuhr in die Dritte Welt. Ziel ist es, lediglich unentbehrliche und wichtige Medikamente einzuführen, schon aus Zahlungsbilanzgründen. Bisher haben 70 Entwicklungsländer Listen von wesentlichen Medikamenten auf der Grundlage einer WHO-Modelliste aufgestellt.

Erfolge wurden auch erzielt im Bereich der *Erziehung*. Die Einschulungsrate bei den Primarschulen stieg von 60 vH im Jahre

1960 auf 86 vH im Jahre 1980 und wird im Jahre 1985 88 vH erreichen. Die Einschulungsquote für die Sekundarschulen für die Jahre 1960, 1980 und 1985 wird auf 13, 31 und 40 vH geschätzt. Die Zahl der Analphabeten in der Dritten Welt ist in absoluten Größen dennoch in den ersten Jahren der Dritten Dekade angewachsen. Hauptursache sind die hohen Anteile der Schulabbrecher insbesondere in Afrika und Südasien, die nicht zuletzt auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen sind, die Kinderarbeit unabdingbar macht. Wenn der gegenwärtige Trend anhält, werden lediglich die Hälfte aller Schüler in der Dritten Welt ihre Schule beenden.

#### 9. Die am wenigsten entwickelten Länder

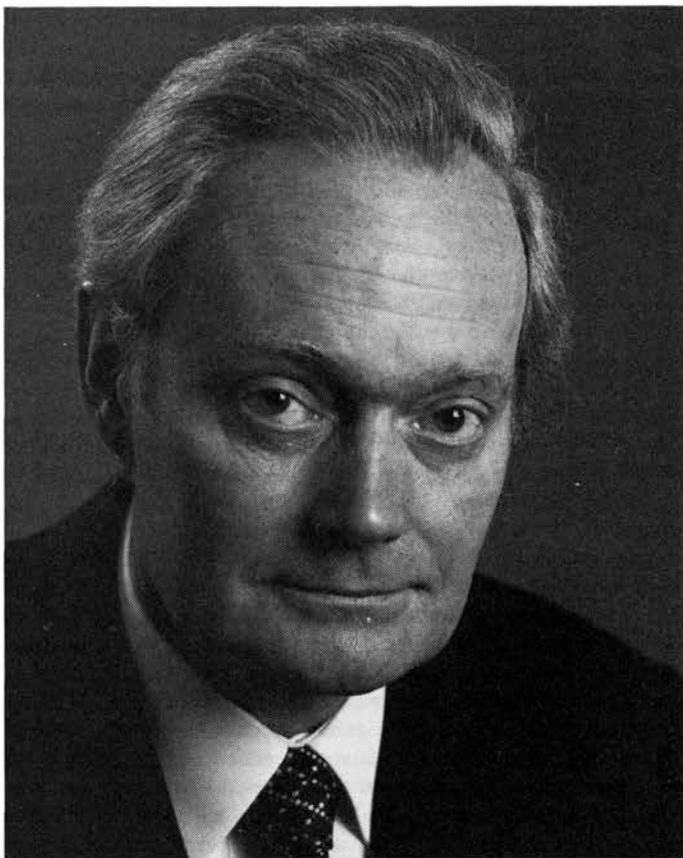
In der IES wurde die Verabschiedung des ›Neuen substantiellen Aktionsprogramms‹ zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder (LLDCs) gefordert. Ein solches Programm wurde nach schwierigen Verhandlungen 1981 in Paris verabschiedet. Darin wurden die Geber aufgefordert, 0,15 vH ihres Bruttosozialprodukts in Form öffentlicher Entwicklungshilfe an die am wenigsten entwickelten Länder zu leisten. Tatsächlich wurde die Entwicklungshilfe an die LLDCs von 6,8 Mrd Dollar im Jahre 1980 auf 7,4 Mrd Dollar im Jahre 1982 gesteigert. Dieser Trend hielt auch 1983 und 1984 an. Der Anteil der westlichen Industrieländer an der Hilfe für die LLDCs beträgt 78 vH. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für die LLDCs am Bruttosozialprodukt der westlichen Geber insgesamt liegt derzeit bei 0,08 vH. Lediglich vier Länder (Dänemark, Niederlande, Norwegen und Schweden) haben die Marke von 0,15 vH überschritten, die Bundesrepublik Deutschland liegt bei 0,12 vH.

#### 10. Süd-Süd-Kooperation

In der IES wird die Förderung der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander mit Nachdruck gefordert. In der Dritten Dekade soll vor allem der Süd-Süd-Handel intensiviert werden. In den letzten Jahren hat sich tatsächlich ein schnelleres Wachstum der Exporte der Entwicklungsländer in andere Entwicklungsländer ergeben als in den Rest der Welt. Während 1981 die weltweiten Exporte der Entwicklungsländer nur um 2 vH stiegen, wuchs der Süd-Süd-Handel um 4 vH. 1982 fielen die weltweiten Exporte der Entwicklungsländer um 12 vH, während sich der Süd-Süd-Handel lediglich um 4 vH verringerte. Folgerichtig ist der Anteil des Süd-Süd-Handels am Welthandel weiter auf derzeit 7 vH gestiegen. Auch politisch wird versucht, den Süd-Süd-Handel weiter voranzutreiben. 1983 haben Verhandlungen über ein globales Präferenzsystem für den Handel der Entwicklungsländer untereinander begonnen. Mehr als 40 Länder haben bisher Interesse gezeigt.

Auch die finanzielle Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern hat sich intensiviert. In der IES werden die OPEC-Länder aufgefordert, ihre Entwicklungshilfe an die anderen Entwicklungsländer zu erhöhen. Es ist nicht zu verkennen, daß die OPEC-Entwicklungshilfe aufgrund des gesunkenen Ölpreises zurückgegangen ist, von 8,5 Mrd Dollar im Jahre 1980 auf 5,4 Mrd 1983; dennoch hat sich der OPEC-Anteil an der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe bei etwa 16 vH stabilisiert. Ein Vorteil der OPEC-Hilfe ist überdies ihre Lieferungebundenheit, die es ermöglicht, Güter und Dienstleistungen auf dem billigsten Markt zu kaufen, eine Bedingung, die die teilweise gebundene Entwicklungshilfe der traditionellen Geber nicht immer erfüllt. Eine weitere Attraktion der OPEC-Hilfe für die Entwicklungsländer liegt darin, daß sie nicht Projekthilfe ist, sondern im wesentlichen Zahlungsbilanzhilfe.

Auch bei der Finanzierung des Handels zwischen den Entwicklungsländern sind institutionelle Fortschritte erzielt worden. Einige Beispiele mögen genügen: die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) konzentriert sich auf die Finanzierung des Handels innerhalb der Region im Bereich von Kapitalgütern, die Lateinamerikanische Exportbank (BALDEX) dient vor allem der Refinanzierung von Exportkrediten. Die Islamische



Neuer Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York ist seit Juli dieses Jahres der bisherige Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. Hans Werner Lautenschlager. Sein Vorgänger Günther van Well vertritt die Bundesrepublik Deutschland jetzt als Botschafter in Washington. Am 31. Januar 1927 in Tientsin (China) geboren, studierte Lautenschlager — nach dem Abitur und einer Banklehre in Shanghai — ab 1946 Jura in Heidelberg, Basel und Hamburg. 1955 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. In der Folgezeit war er unter anderem als Kabinettschef des deutschen Mitglieds der Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) tätig. Später übernahm er als Ministerialdirektor die Leitung der Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration; Mitte November 1979 wurde er zum Staatssekretär berufen.

Entwicklungsbank (IsDB) fördert den Handel der islamischen Länder untereinander.

Als weiteres Ziel ist die Gründung einer »Südbank« (Bank for Developing Countries) vorgesehen. Aufgabe einer solchen Bank wäre es, Entwicklungsprojekte zu finanzieren, Gemeinschaftsunternehmen zu fördern, Exportkredite zu gewähren, zur Rohstoffstabilisierung beizutragen und auch, eine regionale Zahlungsbilanzfinanzierung (sogenannte Saldenfinanzierung) zu ermöglichen. Eine Durchführbarkeitsstudie über eine solche Bank liegt bereits vor. An der Verwirklichung der Idee wird aktiv gearbeitet.

Auch im Bereich der Technischen Zusammenarbeit ist die Süd-Süd-Kooperation konkret geworden. So liegen Informationen von über 50 Ländern vor, die dokumentieren, daß von Entwicklungsländern in anderen Entwicklungsländern bereits 12 500 Projekte der Technischen Hilfe durchgeführt werden.

### 11. Gesamtbewertung

Beim Wirtschaftswachstum und Handel liegen zwischen den Zielen und dem Erreichten große Spannen. Das Ergebnis ist überwiegend enttäuschend. Auch im Bereich der Industrialisierung überwiegen die ungünstigen Faktoren. Zum großen Teil positiv sind die erzielten Ergebnisse in der Landwirtschaft zu bewerten. Dagegen ging die interne Kapitalbildung der Entwicklungsländer zurück, auch der externe Kapitalzufluß hat sich vermindert; dies gilt sowohl für die öffentliche Entwicklungshilfe als auch die privaten Investitionen. Lediglich die privaten Bankkredite sind massiv gestiegen. Die erzielten Ergebnisse in den Bereichen Wissenschaft und Technologie, Energie und Umwelt sind durchweg zufriedenstellend. Am positivsten

ist die soziale Entwicklung zu bewerten. Das Bevölkerungswachstum konnte vermindert werden, das Gesundheitswesen wurde verbessert, die Lebenserwartung stieg, die Kindersterblichkeit sank und die Einschulungsquoten stiegen. Die Leistungen für die am wenigsten entwickelten Länder hielten sich im Rahmen des Erwarteten. Weitaus am erfreulichsten entwickelte sich die Süd-Süd-Kooperation, sowohl programmatisch als auch konkret.

## II. Die Evaluierungsarbeit des Ausschusses

Im letzten Satz der IES wurde festgelegt, die »erste Überprüfung und Erfolgskontrolle im Jahre 1984« vorzunehmen; mit Resolution 37/202 beschloß die Generalversammlung am 20. Dezember 1982 zu diesem Zwecke »die Schaffung eines allen Seiten zum Beitritt offenstehenden Ausschusses«. Dieser hat vom 7. bis 25. Mai dieses Jahres in New York, vom 9. bis 20. Juli in Genf und vom 11. bis 18. September in New York getagt. Ende März hatte der Generalsekretär der Vereinten Nationen einen weithin ausgewogenen Bericht als Grundlage der Erörterungen vorgelegt<sup>3</sup>. Ferner hatte die Europäische Gemeinschaft ein Faktenpapier unterbreitet<sup>4</sup>, in dem aufgezeigt wurde, was die Gemeinschaft konkret zur Erreichung der Dekadenziele in den Bereichen Handel, Rohstoffe, Industrialisierung, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technologie sowie Energie seit 1980 geleistet hat. Dieser Report wurde ergänzt durch nationale Berichte wichtiger Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft, in denen insbesondere die Anstrengungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe aufgelistet wurden. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat einen Bericht vorgelegt<sup>5</sup>, der den deutschen Beitrag zur Erreichung der Dekadenziele seit 1980 aufzeigt.

Die »Gruppe der 77« (G-77) hatte unter Leitung von Mexiko ein Positionspapier unterbreitet<sup>6</sup>, in dem alle bekannten Forderungen zu den Nord-Süd-Fragen kumulativ addiert und teilweise noch verschärft worden waren. Der Europäischen Gemeinschaft ist es jedoch in New York gelungen, ein eigenes Positionspapier zu allen Fragen der Überprüfung der Internationalen Entwicklungsstrategie zu erstellen, was dazu führte, daß in der Schlußphase der Konferenz auch noch Japan, die nordischen Länder sowie die USA eigene Positionsbestimmungen vorlegten. Die Vorlage der Positionspapiere des Westens ist ein erfolgreicher Ansatz, die Routine bisheriger UN-Veranstaltungen zu durchbrechen, lediglich auf der Grundlage der von der G-77 vorgelegten Papiere zu verhandeln.

Die in den drei Verhandlungsrunden erzielten Ergebnisse wurden als zu bescheiden angesehen, um als erfolgreicher Abschluß der Ausschußarbeit gelten zu können. Der Stand der inhaltlichen Diskussion zu den einzelnen Bereichen der IES läßt sich aber wie folgt zusammenfassen:

> *Handel*: Einigkeit über die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Protektionismus und über die Notwendigkeit, ein offenes multilaterales Handelssystem nach den Prinzipien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) zu bewahren. Strittig vor allem die Frage der Zeitziele für die Beseitigung des Protektionismus.

> *Transnationale Unternehmen, Industrialisierung*: Strittig die Beurteilung bilateraler Investitionsabkommen, deren Wert die Entwicklungsländer in Frage stellen. Ferner fordern sie eine Beschränkung der Marktkräfte bei der Förderung der Industrialisierung der Dritten Welt, was die westlichen Industrieländer ablehnen. Einigkeit über Industrialisierungserfolge in einigen Regionen der Dritten Welt.

> *Ernährung und Landwirtschaft*: Weitgehende Einigkeit über die Bedeutung der landwirtschaftlichen Eigenproduktion, der Ernährungssicherheit, der Reform der Agrarpolitiken, der Einpassung der Nahrungsmittelhilfe in Ernährungsstrategien der Entwicklungsländer, der Bedeutung landwirtschaftlicher Forschung, der Notwendigkeit von Agrarreformen. Strittig die quantitativen Ziele hinsichtlich der internationalen Nahrungsmittelnotreserve.

> *Öffentliche Entwicklungshilfe*: Strittig die Zeitziele zum 0,7-Prozent- und 0,15-Prozent-Ziel, ferner die Frage der Veränderung der »gearing ratio« bei der Weltbank sowie die Auffüllung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) auf 12 Milliarden Dollar.

> *Wissenschaft und Technologie*: Strittig das Finanzierungssystem für Wissenschaft und Technologie und der internationale Kodex für den Technologietransfer.

> *Energie*: Weitgehende Einigkeit über die Bedeutung neuer und erneuerbarer Energiequellen, Anerkennung der Energieeinsparbemühungen der Industrieländer.

> *Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander*: Weitgehende Übereinstimmung, die Süd-Süd-Kooperation weiter zu stärken.

> *Am wenigsten entwickelte Länder*: Grundsätzliche Übereinstimmung über die Notwendigkeit, das 1981 beschlossene Aktionsprogramm verstärkt zu verwirklichen. Strittig die Zeitziele in bezug auf das 0,15-Prozent-Ziel sowie der Schuldenerlaß zugunsten der LLDCs (hier ist die Bundesrepublik Deutschland mit dem 1978 beschlossenen Schuldenerlaß eindeutig Musterknabe; bisher wurden rd. 3,5 Mrd DM an Schulden erlassen).

> *Umwelt*: Im wesentlichen unstrittig, insbesondere Anerkennung der Notwendigkeit durch die Entwicklungsländer, ihre eigene Umweltpolitik zu verbessern; Beachtung von umweltrelevanten Aspekten bei der Projektplanung durch die Industrieländer zugesichert. Ferner Anerkennung des Zusammenhangs zwischen Entwicklung, Umwelt und Bevölkerungswachstum.

> *Soziale Entwicklung*: Würdigung der positiven Erfolge seit Verabschiedung der Strategie in den Bereichen Familienplanung, Lebenserwartung und Bildungswesen. Notwendigkeit der Bevölkerungspolitik anerkannt. Strittig die Frage der Menschenrechte.

Vor dem Hintergrund dieser nur bescheidenen Ergebnisse wurden die Verhandlungen des Ausschusses zur Überprüfung der internationalen Entwicklungsstrategie am 18. September 1984 in New York ohne Ergebnis abgebrochen und sind als vorerst gescheitert anzusehen. Das von dem Ausschußvorsitzenden Kenneth Dadzie aus Ghana zur letzten New Yorker Verhandlungsrunde vorgelegte informelle Kompromißpapier wurde von den Industrieländern als Verhandlungsgrundlage akzeptiert, jedoch von der G-77 als zu unausgewogen kritisiert, da es überwiegend die Industrieländerinteressen widerspiegelt.

Mit dem Abschluß der Verhandlungen in absehbarer Zeit ist kaum zu rechnen, das weitere Schicksal der Überprüfung der Dekadenstrategie ist offen. Der unbefriedigende Verhandlungsstand dürfte nicht zuletzt darauf beruhen, daß die G-77 sich beharrlich weigert, eine gründliche Analyse der Lage in ihren Ländern und der allgemeinen Weltwirtschaftslage mit zur Grundlage der Überprüfungsarbeiten zu machen. Die Entwicklungsländer weigerten sich überdies, das tatsächliche Verhandlungsgeschehen objektiv in einem Bericht des Ausschusses an die Generalversammlung darzustellen. Diesem ungewöhnlichen Vorgehen haben die EG und die anderen westlichen Industrieländer aus prinzipiellen Erwägungen massiv widersprochen, da

damit auf die Dauer jede seriöse Verhandlungsführung in Frage gestellt wird.

Nach den drei Tagungen des Ausschusses läßt sich das Resümee ziehen, daß der Einfluß der gemäßigten Entwicklungsländer (zum Beispiel Indiens und Pakistans sowie einiger afrikanischer Länder) im Rahmen der Vereinten Nationen schwindet. Diese Länder beklagen, daß ihr pragmatischer Verhandlungsstil in den letzten Jahren die Industriestaaten zu keinerlei Zugeständnissen bewegt habe. Ihre Strategie — 'Mäßigung ist die aussichtsreichste Form der Verhandlungsführung' — habe sich deshalb nicht ausgezahlt. Die Entwicklungsländer insgesamt hätten auf Drängen der Gemäßigten zahlreiche Zugeständnisse gemacht, die früher als völlig indiskutabel abgelehnt worden seien — so die Anerkennung der Bedeutung eines guten Investitionsklimas, die positive Würdigung der Kooperation zwischen Weltbank, IMF und UN-Organisationen, das Abgehen von der Forderung nach Indexierung, die Unterstützung des Modells der weltweiten Exporterlösstabilisierung, die Abschwächung der Forderung nach Preisstabilisierung, die positive Würdigung der Rolle der Nichtregierungsorganisationen, die Anerkennung der Notwendigkeit zu politischen Reformen insbesondere im Agrarbereich. Die radikalen Entwicklungsländer (vor allem lateinamerikanische Länder wie Venezuela, Argentinien, Mexiko, Brasilien und Ecuador) werfen nun den Gemäßigten vor, daß dies alles nichts gebracht habe, da die Vertreter der Industriestaaten seit Jahren unbeweglich in ihren Schützengraben verharrten. Angesichts ausbleibender Erfolge der Pragmatiker ist mit schärferen Tönen im Nord-Süd-Dialog zu rechnen. Eine Re-Radikalisierung der Entwicklungsländer in den Gremien und Foren der Vereinten Nationen steht bevor.

#### Anmerkungen

- 1 UN-Doc.A/Res/35/56; Text: VN 2/1981 S.64ff. Siehe auch Hans Zwiefelhofer, Die internationale Gemeinschaft am Beginn der Dritten Entwicklungsdekade, VN 2/1981 S.41ff.
- 2 Die folgenden Ausführungen stützen sich weitgehend auf den einschlägigen Bericht des UN-Generalsekretärs: UN-Doc.A/39/115 (Review and Appraisal of the International Development Strategy for the Third United Nations Development Decade) v.29.3.1984.
- 3 UN-Doc.A/39/115 v.29.3.1984.
- 4 UN-Doc.A/AC.219/10 v.9.4.1984.
- 5 UN-Doc.A/AC.219/22 v.17.4.1984.
- 6 UN-Doc.A/AC.219/L.1 v.10.5.1984.

## Nachrichtenwesen und Entwicklung

### Rückblick auf das Weltkommunikationsjahr 1983

RICHARD E. BUTLER

*Anlaß für Skepsis wie auch für mitunter hochgesteckte Erwartungen ist stets die Verkündung internationaler Jahre durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Eine Übersicht über die internationalen Jahre und anderen Gedenkanklässe hat diese Zeitschrift im letzten Jahrgang veröffentlicht<sup>1</sup>. 1985 wird von der Weltgemeinschaft als 'Internationales Jahr der Jugend' begangen; das sich zum Ende neigende Jahr 1984 stand — obwohl symbolträchtig genug (erinnert sei an die Vision George Orwells und an den Jahrestag der Berliner Kongo-Konferenz) — unter keinem besonderen Motto. Gerade diese Tatsache läßt es als angebracht erscheinen, mit etwas zeitlichem Abstand eine Bilanz des 1983 begangenen internationalen Jahres vorzulegen.*

Am 19. November 1981 rief die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Jahr 1983 zum 'Weltkommunikationsjahr' aus<sup>2</sup> und stellte es unter das Motto der 'Entwicklung von Infrastrukturen für das Nachrichtenwesen'. Die Internationale Fernmelde-Union (ITU)<sup>3</sup> wurde zur federführenden Organisation für die Vorbereitung und Durchführung dieses internatio-

nalen Jahres bestimmt. Zum ersten Mal wurde die grundlegende Bedeutung der Infrastrukturen des Nachrichtenwesens für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Länder förmlich und einmütig durch das höchste internationale Forum anerkannt. Diese Anerkennung war natürlich nichts völlig Neues. Man konnte schon seit einigen Jahren beobachten, daß man sich zunehmend dieser Tatsache bewußt wurde. Nichtsdestotrotz war es das erste Mal, daß dies so eindeutig zum Ausdruck gebracht wurde und zur Einleitung einer eigenen weltweiten Kampagne führte, nämlich dem Weltkommunikationsjahr 1983, in dessen Zentrum die Entwicklung von Infrastrukturen für das Nachrichtenwesen stehen sollte.

#### Warum ein Weltkommunikationsjahr?

In den letzten Jahrzehnten hat die Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung erheblich zugenommen, und sie steigert sich immer noch. Die Entscheidungsbefugten jedoch, die sich einem kompletten Ausrüstungslager von Techniken, Gerät-

schaften und Systemen gegenübersehen, sind nicht immer in der Lage, das Potential jeder vorhandenen Technologie richtig einzuschätzen. Daraus folgt, daß eine Auswahlentscheidung nicht unbedingt in Übereinstimmung mit den aktuellen Erfordernissen getroffen wird. Kompliziert wird die Sachlage durch das Problem einer akuten Knappheit an Investitionsmitteln und durch die Schwierigkeit, den Ausbildungsanforderungen gerecht zu werden, die sich aus der Bedienung und Instandhaltung immer differenzierterer Systeme ergeben.

Zu einer Zeit, in der sich die meisten Länder in einer schwierigen Lage befinden, sind die Entwicklungsländer, was die Zuweisung öffentlicher Mittel an die verschiedenen Wirtschaftsbereiche betrifft, in einem Dilemma. Lösungsansätze können nur gefunden werden, wenn die grundlegende Rolle jedes Einzelbereichs für die Förderung der Gesamtentwicklung von Planern und Politikern voll erkannt wird.

Auch wenn jedes Land seine eigenen und besonderen Probleme hat, lassen sich einige allgemeine Hindernisse nachweisen. Sie sind politischer, wirtschaftlicher und technischer Natur:

- Die nationalen Planungsbehörden wissen oft nicht die entscheidende Rolle zu schätzen, die dem Nachrichtenwesen bei der Förderung und Unterstützung echter wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zukommt, einer Entwicklung also, die der gesamten Bevölkerung eines Landes zugute kommt.

- Es gibt zu wenig Kapital, um allen Erfordernissen der Entwicklung gerecht zu werden. Da das Fernmeldewesen kapitalintensiv ist, wird die Zuteilung von Mitteln für diesen Bereich oft mit Abstrichen in anderen lebenswichtigen Bereichen wie Gesundheit, Bildung oder Landwirtschaft gleichgesetzt. Diesem Verständnis entgeht weithin der tatsächliche Beitrag, den das Fernmeldewesen zur wirksamen Anleitung dieser anderen Aktivitäten leistet; von dieser Warte aus wird auch das Faktum übersehen, daß entgegen landläufiger Ansicht das Fernmeldewesen der Entwicklung vorangeht und eine Ursache für sie ist. Dazu kommt noch die schwierige oder gar kritische wirtschaftliche Lage vieler Länder, ihr ständig wachsendes Zahlungsbilanzdefizit und die häufigen, sich schwächend auswirkenden Naturkatastrophen; die Folge ist, daß dem Nachrichtenwesen oft nur eine sehr geringe Priorität zugestanden wird. Und dabei ist eine Kommunikations-Infrastruktur gerade deshalb so wichtig, damit die Bekämpfung dieser Probleme unterstützt werden kann; daher wird die Höhe der Mittel, die für den Bereich des Nachrichtenwesens bereitgestellt werden — obwohl es sich um öffentliche Mittel handelt —, im allgemeinen von der Höhe des unmittelbaren Profits bestimmt, den diese Investition bringen kann, und dabei wird der Beitrag, den das Nachrichtenwesen zur Entwicklung der anderen Bereiche der Volkswirtschaft leistet, großenteils nicht genügend berücksichtigt. Es ist eine absolute Notwendigkeit, den Multiplikationseffekt zu erfassen, den das Nachrichtenwesen auf alle Wirtschaftsfaktoren ausübt, wenn die Investitionen in jedem Bereich den größtmöglichen Ertrag abwerfen sollen; in dieser Hinsicht werden die Kosten, die durch die Bereitstellung von Kommunikationsmitteln entstehen, durch den Nutzen, den diese Dienste — sei es im wirtschaftlichen, sei es im sozialen Bereich — mit sich bringen, sehr oft mehr als wettgemacht.

- Die Proliferation von Technologien und die ständige Fortentwicklung der entsprechenden Systeme machen die Auswahl von Techniken immer komplexer und schwieriger. Die am weitesten entwickelte Technologie ist nicht immer die geeignetste, da dies von den spezifischen Bedingungen im jeweiligen Land abhängt. Hier sind die Behörden nicht immer in der Lage, die Möglichkeiten der ihnen von den Lieferanten angebotenen Systeme richtig einzuschätzen und treffen daher manchmal eine Wahl, die sich nicht unbedingt mit ihrem aktuellen Bedarf deckt. Bei den knappen finanziellen und personellen Ressourcen in den Entwicklungsländern ist aber für Irrtümer dieser Art kein Platz.

- Der Ausbildungsbedarf für Fachpersonal aller Qualifikationsstufen und aller Gebiete (Planung, Leitung, Erhaltung, Bedie-

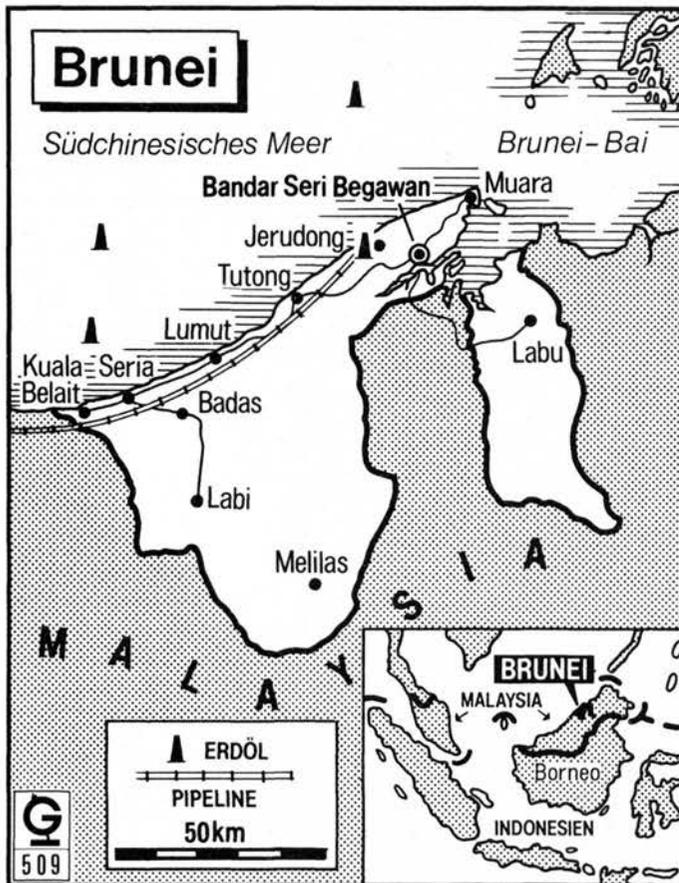


Die Anwendungsmöglichkeiten der modernen Kommunikationstechnologie auch im Bereich der Entwicklungsanstrengungen aufzuzeigen, war ein zentrales Ziel des Weltkommunikationsjahres 1983. Federführend im Verband der Vereinten Nationen war die zuständige Fachorganisation: die Internationale Fernmelde-Union (ITU). Unser Bild zeigt den Einsatz von Prüfgeräten in Saudi-Arabien.

nung und Ausbau des Nachrichtenwesens) ist enorm und erfordert beträchtliche Aufwendungen. Doch wenn die Investitionen auf dem Gebiet der Ausrüstung die größtmögliche Wirkung haben sollen und das Land im wissenschaftlichen und technologischen Bereich das Maß seiner Autonomie erhöhen will, muß eine ausreichende Anzahl kompetenter Fachkräfte ausgebildet werden. Ausbildung darf daher nicht unter dem Aspekt der unmittelbaren Kosten betrachtet werden, sondern muß zu den langfristig zu erwartenden Erträgen in Beziehung gesetzt werden.

- Viele Entwicklungsländer haben noch keinen Rahmenplan aufgestellt, an dem sie sich bei ihren Programmen zur Entwicklung des Nachrichtenwesens orientieren könnten. Ungenügende oder gar keine Planung führt unvermeidlich zu Resultaten, die hinter den Erwartungen zurückbleiben, zu geringer Leistung und zur Vergeudung von Kapitalinvestitionen und personellen Ressourcen. Wenn eine zusammenhängende Planung durch die Post- und Fernmeldeverwaltungen fehlt, räumen die nationalen Planungsbehörden diesem Sektor oft nur geringe Priorität im Kontext der Bedürfnisse des Landes ein. Folglich wurde das Nachrichtenwesen von der bilateralen und multilateralen Entwicklungsfinanzierung kaum berücksichtigt.

- Umgekehrt wird die Vergabe von Zuschüssen und Krediten seitens der Geber immer stärker durch politische Erwägungen und kommerzielle Interessen beeinflusst, die nicht unbedingt mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Empfängerländer übereinstimmen. So finanzieren die Geberländer zum Beispiel ungern Rahmenpläne und ziehen die Mittelvergabe an Projekte im Ausbildungsbereich und Projekte der infrastrukturellen Entwicklung vor, da solche Aktivitäten mit der Lieferung von Ausrüstungsmaterial verbunden sind.



159 Mitglieder zählt die Organisation der Vereinten Nationen seit dem 21. September 1984. Jüngster Staat der internationalen Gemeinschaft ist Brunei Darussalam (vgl. S.206 dieser Ausgabe). Aufgrund der Ölvorkommen hat das Sultanat eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt.

Was hier letztlich auf dem Spiel steht, ist die Eigenkapazität von drei Vierteln der Welt, die Entwicklungsanstrengungen erfolgreich zu vollenden. Wenn die Regierungen nicht entscheidende Änderungen ihrer Politik vornehmen und die Prioritäten neu setzen, werden sie wahrscheinlich nicht in der Lage sein, ihre Wirtschaft neu zu beleben. Auf der anderen Seite würden die Anstrengungen, die in den letzten zwei Jahrzehnten unternommen worden sind, um die kritische Lage der Entwicklungsländer in den Griff zu bekommen, ohne ein reales Wachstum der Hilfsleistungen zunichte gemacht, und die Ausgangsbasis für eine Verbesserung der Situation wäre dann noch weniger tragfähig, als es heute schon der Fall ist. Global gesehen, ergibt sich durch Handlungsverzögerungen nicht nur ein Aufschub hinsichtlich der Aussichten, die Unterentwicklung zu besiegen, sondern gleichzeitig eine Verringerung dieser Chancen. Genau dies ist der Hintergrund für die Ausrufung des Weltkommunikationsjahres.

#### Ziele des Weltkommunikationsjahres

Das Weltkommunikationsjahr bezweckte also, alle Länder in die Lage zu versetzen, eine eingehende Überprüfung und Analyse ihrer Kommunikationspolitik durchzuführen, um unter anderem

- > der internationalen Gemeinschaft und besonders den Entscheidungsträgern und internationalen Finanzierungsorganen die Notwendigkeit bewußt zu machen, angesichts der ganz entscheidenden Rolle der Kommunikations-Infrastruktur im Entwicklungsprozeß dem Ausbau dieser Infrastrukturen höhere Priorität einzuräumen;
- > mehr heimische und internationale Ressourcen zu mobilisieren, um die Entwicklung dieser Infrastrukturen insbesondere in den notleidendsten Regionen voranzutreiben;

- > für Diskussionen zwischen den Verantwortlichen aller betroffenen Bereiche zu sorgen, um die Einrichtung und Entwicklung dieser Infrastrukturen im Einklang mit der Entwicklung der anderen Bereiche zu koordinieren. Zusammenarbeit statt Konkurrenz untereinander würde alle Wirtschaftssektoren in die Lage versetzen, einen ausgewogenen, einander ergänzenden Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Gesamtentwicklung aller Länder zu leisten;

- > aus der im gesamten Nachrichtenwesen gewonnenen Erfahrung Nutzen zu ziehen, damit angemessenere Informationen vorgelegt werden können über die Möglichkeiten, die die heute verfügbaren vielen verschiedenen Technologien und Systeme bieten. Auf diese Weise kann eine rationale Auswahl bei voller Kenntnis der Fakten erleichtert werden;

- > realistische und insbesondere praktikable Einzelmaßnahmen für die Umsetzung der durch das Weltkommunikationsjahr inspirierten Gedanken vorzuschlagen, im Hinblick auf die Beseitigung von Hindernissen, die einer harmonischen Entwicklung von Kommunikations-Infrastrukturen im Wege stehen;

- > die Bestandteile zu erarbeiten, die in die Formulierung einer in die nationalen und weltweiten Entwicklungsstrategien eingebetteten internationalen Kommunikationspolitik einfließen könnten.

#### Der Weg zur Umsetzung

Diese Aufgabe war ungeheuerlich. Um eine Verzettelung zu vermeiden, wurde beschlossen, das Transportwesen aus dem Programm des Jahres auszuklammern und den Schwerpunkt auf Aktivitäten im nationalen Rahmen zu legen. Eine der organisatorischen Hauptaufgaben auf internationaler Ebene war es daher, die Einrichtung von Nationalkomitees zu fördern und sie, soweit notwendig, zu unterstützen.

Die Einbeziehung des privaten Sektors war ebenfalls unentbehrlich, um zu brauchbaren Ergebnissen zu gelangen. Anders als es in anderen Arbeitsfeldern üblich sein mag, wissen sich die einschlägige Industrie wie die Einrichtungen des Fernmeldewesens der gleichen Gemeinschaft, der 'telecommunications community', zugehörig.

Das Fernmeldewesen kann als eine Summe aus drei Grundelementen betrachtet werden: Herstellung des Materials, Betrieb der Systeme und Setzung der Regeln. In einer Reihe von Ländern werden Herstellung und Betrieb dem privaten Sektor überlassen. Deshalb nehmen private Unternehmen an einem Großteil der regulären Arbeiten der ITU teil, damit die gefaßten Beschlüsse konkret umgesetzt werden können.

Kurz gesagt, sind die Einrichtungen des Fernmeldewesens, die je nach Land öffentlich oder privat sind, die Hauptkunden der Herstellerfirmen. Die Fernmeldeagenturen ihrerseits bewegen sich in einer von der Politik der Regierung gestalteten Umgebung, wobei diese Politik durch die technologischen Fortschritte beeinflusst wird, die von Herstellern und Forschungsinstituten realisiert werden. Die private Initiative spielt eine Hauptrolle bei der Entwicklung von Infrastrukturen für das Nachrichtenwesen und daher war ihre Einbeziehung und enge Verbindung mit der ITU bei der Durchführung des Programms des Weltkommunikationsjahres ein Muß. Gerade der ausgewogene Beitrag von öffentlicher wie von privater Seite garantierte den Erfolg des Jahres.

Ein treffendes Beispiel bietet die Bundesrepublik Deutschland. Der deutsche Beitrag zum Programm des Weltkommunikationsjahres war das Ergebnis vereinter Anstrengungen des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, des Deutschen Amateur-Radio-Clubs, der Deutschen Welle, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, der Fernmeldeindustrie (ANT Nachrichtentechnik GmbH, Rohde & Schwarz, Standard Elektrik Lorenz AG, Siemens AG), der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Senders Freies Berlin.

Die Aktivitäten des Jahres stützten sich auf drei Hauptpfeiler:  
 ○ die Nationalkomitees, die als die zentrale Stätte für das gemeinsame Vorgehen dienten;

○ Konferenzen und Seminare, die Stoff zum Nachdenken und analytisches Material anboten; und

○ Pilotprojekte, die die künftige Entwicklung von Infrastrukturen für das Nachrichtenwesen anspornen sollten und aus denen Lehren für Länder in ähnlicher Situation gezogen werden konnten.

#### *Koordinierungsrolle der Nationalkomitees*

Die Nationalkomitees für das Weltkommunikationsjahr waren der grundlegende Koordinationsmechanismus, da sie sich aus Repräsentanten aller Tätigkeitsbereiche, die an der Entwicklung von Kommunikations-Infrastrukturen beteiligt bzw. in ihren Aktivitäten von diesen abhängig waren, zusammensetzten. Der Zweck der Nationalkomitees war es, die Überprüfung der jeweiligen nationalen Kommunikationspolitik zu koordinieren, damit die Bedeutung des Nachrichtenwesens für die Entwicklung im weitesten Sinne besser gewürdigt werden konnte und die nationalen Prioritäten hinsichtlich des Bedarfs an Investitionsmitteln entsprechend gesetzt werden konnten.

79 Länder richteten Nationalkomitees ein. Diese Gremien leisteten wertvolle Beiträge zur Durchführung des Weltkommunikationsjahres und erwiesen sich in dieser Funktion als sehr nützlich, sogar noch über das Jahr 1983 hinaus. Man ist daher an jedes Nationalkomitee herangetreten, um zu prüfen, ob es nicht möglicherweise seine Tätigkeit auch nach 1983 fortführen könnte; die Länder, die kein Nationalkomitee gegründet hatten, sind gebeten worden, die Einrichtung von nationalen Komitees für die Koordination im Nachrichtenwesen in Erwägung zu ziehen. Eine Reihe von Behörden und Nationalkomitees, das der Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen, haben auf diesen Vorschlag positiv reagiert. Sicher hat sie die außergewöhnliche Unterstützung sehr ermutigt, die das Jahr durch 76 Staatsoberhäupter erhalten hat, deren Mitgliedschaft im Ehrenkomitee des Weltkommunikationsjahres zusätzlich dazu beitrug, den Geist der Zusammenarbeit entstehen zu lassen, der für den Erfolg eines solchen Unternehmens entscheidend ist.

Wegen ihrer breitgefächerten Mitgliedschaft, die in den meisten Fällen die Außenministerien und die nationalen Planungsbehörden einschließt, nehmen die Nationalkomitees in einigen Ländern weiterhin Koordinationsaufgaben im Hinblick auf die nationalen Politiken für die Entwicklung von Kommunikations-Infrastrukturen und für die Feststellung des Grundbedarfs an Infrastruktur wahr.

#### *Konferenzen und Seminare*

Eine ganze Reihe von Organisationen und Vereinigungen haben sich an den Aktivitäten auf weltweiter, regionaler und nationaler Ebene beteiligt. Teil dieser Aktivitäten war die Abhaltung einer erheblichen Zahl von Konferenzen und Seminaren. Auf regionaler Ebene hat die ITU drei Seminare organisiert, je eins in der amerikanischen, afrikanischen und asiatisch-pazifischen Region, in Erfüllung der in der Resolution 36/40 der Generalversammlung ausgesprochenen Bitte. Sie wurden in San José (Costa Rica), Lomé (Togo) und Kuala Lumpur (Malaysia) abgehalten. Eine Reihe von Referenten wurden von Behörden bzw. Unternehmen kostenlos zur Verfügung gestellt, als ein Beitrag in Gestalt einer Sachleistung zum Sonderfonds des Weltkommunikationsjahres; drei von ihnen kamen aus Deutschland. Gemeinsames Thema aller Seminare war die Entwicklung von Infrastrukturen für das Nachrichtenwesen unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen, die die Entwicklung des Fernmeldewesens für das sozio-ökonomische Wachstum der Entwicklungsländer hat.

Bei der Behandlung des Problems der Kommunikations-Entwicklung beschäftigte man sich auf den Seminaren mit der Verfügbarkeit von Mitteln für die Entwicklungsanstrengungen und ihre Verteilung innerhalb der Volkswirtschaft ebenso wie mit

## A ›German Vote?‹

Die Doppelentscheidung der Bundesregierung vom 27. November, einerseits national die neue Seerechtskonvention der Vereinten Nationen nicht zu unterzeichnen, aber andererseits sich einer Zeichnung durch die Europäischen Gemeinschaften nicht entgegenzustellen, wird gelegentlich als Ausdruck der Entschlußlosigkeit bezeichnet, wie sie auch das Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik Deutschland in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (Enthaltung als ›German Vote‹) kennzeichne. Dieser Sicht entgegen, daß eine Zeichnung der Seerechtskonvention für Bonn und für Brüssel durchaus unterschiedliche Funktionen hat. Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaften erfassen lediglich Bereiche der Seerechtskonvention, die positiv zu beurteilen sind; dagegen wird mit der Zeichnungsverweigerung durch die Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck gebracht, daß weiterhin die Konventionsregelungen zur Ausbeutung des Meeresbodens als ordnungspolitisch verfehlt angesehen werden.

Die inhaltliche Bewertung der Seerechtskonvention — dies haben die Diskussionen über die Zeichnungsfrage verdeckt — war an sich in der Bundesrepublik Deutschland kaum umstritten. Weite Teile der Konvention sind durchaus ausgewogen; hierzu zählen im wesentlichen die Regelungen über die Nutzung der Hohen See, der Wirtschaftszone und des Festlandssockels, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit sieht. Auf die Habenseite gehört zweifelsohne auch das Streitschlichtungssystem. Ebenso unumstritten sollte die Ablehnung des Meeresbodenteils der Konvention sein. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß in diesem Teil zwischenstaatliche Solidarpflichten festgeschrieben wurden, die eine positiv zu beurteilende Neuorientierung im Völkerrecht ankündigen. Das Defizit des Meeresbergbauteils liegt darin, daß er weder den von ihm selbst gesteckten Zielen gerecht wird, noch eine Interessenbalance im eigentlichen Sinne anstrebt.

Umstritten konnte nur die Frage der Taktik sein, nämlich ob eine Nachbesserung eher im von der Seerechtskonvention gesteckten Rahmen oder eher durch ein demonstratives Abseitsstehen zu erreichen ist. Die Bundesregierung hat sich für letzteres entschieden. Sie hat damit ohne Zweifel den schwereren Weg gewählt, denn es bedarf größerer Anstrengung, um eine Seerechtspolitik aus der Position der Minderheit überzeugend zu vertreten, als sich der Staatenmehrheit anzuschließen. Die Bundesregierung wird gegenüber der skeptischen Meinung der etwa 160 Zeichnerstaaten beweisen müssen, daß sie nicht Obstruktion betreibt, sondern eine konstruktive Haltung einnimmt. Dabei muß sie, da ihr in Zukunft das Forum der Vorbereitungskommission nicht mehr voll zur Verfügung steht, intensiv die Zusammenarbeit in allen Bereichen der Meeresnutzung mit den Küstenstaaten auf bilateraler Basis suchen. Nur so ist der Nachweis zu erbringen, daß die wissenschaftliche Erforschung und die wirtschaftliche Nutzung der Meere für sie einen hohen Stellenwert besitzen und auch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten gesucht wird. Die Gründung der Meereswirtschaftskommission und die zur Zeit diskutierte Bildung eines Forschungsschwerpunktes für marine Geologie sind nationale Schritte in die richtige Richtung. International kann an bereits bestehende Kooperationsabkommen angeknüpft werden.

Kritisch angemerkt werden muß jedoch, daß der Entscheidungsprozeß so spät durchgeführt wurde. Bereits im Frühjahr 1982, als die Zeichnung der Seerechtskonvention erstmalig auf der Tagesordnung des Bundeskabinetts stand, hätten die Weichen für eine nationale Seerechtspolitik gestellt werden müssen. Die Konzentration der Diskussion auf die letzten Monate hat die Entwicklung von jetzt zu präsentierenden nationalen Alternativen verhindert.

Vernachlässigt worden ist die III. UN-Seerechtskonferenz und die Konvention auch in den Massenmedien. Dies hat die Verhandlungsposition der Bonner Delegation sicher geschwächt. Erst in jüngster Zeit sind einige Argumente für und gegen die Zeichnung der Seerechtskonvention ausgetauscht worden, wobei die lange währende Abstinenz eine wirklich vertiefte Diskussion verhindert hat. Hier erweist sich das Bild von Golo Mann als treffend, die Deutschen seien ein »Landtier«.

Rüdiger Wolfrum □

der wünschenswerten Höhe von Investitionen im Bereich des Fernmeldewesens. Alle drei Seminare befaßten sich schwerpunktmäßig mit der umfassenden Bedeutung des Fernmeldewesens für die nationale und internationale Entwicklung einschließlich der indirekten positiven Auswirkungen, die zwar leicht ersichtlich, aber schwer quantifizierbar sein dürften. Diese positiven Auswirkungen eines angemessenen Kommunikationswesens schließen verbesserte Effizienz und Produktivität, Energieeinsparungen sowie die Ausdehnung sozialer, administrativer und politischer Beziehungen und Aktivitäten ein — sie sind jedoch keineswegs darauf beschränkt. In diesem Zusammenhang wurde die Kommunikations-Infrastruktur als Informationsträger in Ergänzung und Unterstützung des Transportwesens und der anderen Einrichtungen der Infrastruktur (Zivilluftfahrt, Schifffahrt, Meteorologie etc.) und ihre Bedeutung auf kommerziellem Gebiet analysiert. Ebenso wurde das Fernmeldewesen in ländlichen Gebieten untersucht und eine Analyse der herkömmlichen Investitionsmuster unter Heranziehung einer Reihe von Fallstudien vorgenommen. In diesem Zusammenhang wurde den besonderen Bedingungen auf dem Lande, die neuartige Lösungen erforderlich machen, besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Eine Reihe von Staaten, die an den Seminaren teilnahmen, stellten kurz ihre nationalen Erfahrungen dar. Einiges geeignete Material (einschließlich Fallstudien aus einigen Entwicklungsländern) war zuvor schon von der ITU in dem gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgelegten Bericht ›Das Fernmeldewesen im Dienste der Entwicklung‹ veröffentlicht worden. Dieser Bericht wurde den Teilnehmern zugänglich gemacht und stellte eine Diskussionsgrundlage bezüglich der angemessenen nationalen Prioritätensetzung und der Investitionsentscheidungen im Entwicklungsbereich dar.

Parallel zu jeder dieser Tagungen wurden auch regionalspezifische Themen diskutiert. Die Schlußfolgerungen der Seminare kommen in drei grundlegenden Texten zum Ausdruck: der Erklärung von San José, der Erklärung von Lomé und der Erklärung von Kuala Lumpur. Diese Deklarationen wurden Regierungen und Fernmeldeagenturen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Organisationen der Industrie, UN-Organen, einer Reihe von regionalen Organisationen, Banken und Körperschaften zugänglich gemacht.

#### *Pilotprojekte*

Pilotprojekte wurden nach ihrer Anwendbarkeit auf mehrere Länder zugleich ausgewählt. Unter den etlichen im Laufe des Weltkommunikationsjahres geplanten und durchgeführten Projekten war die Ausbildung von Personal das Hauptfeld der Zusammenarbeit zwischen Gebern und Empfängern. Durch fünf Ausbildungsstipendien konnten vier Kandidaten aus afrikanischen Ländern und einer aus der Arabischen Republik Jemen an einem internationalen Management-Programm teilnehmen, das für Länder bestimmt war, die sich mit ausgedehnten Plänen zur Entwicklung ihres Fernmeldenetzes trugen. Die Vereinigung von Herstellerfirmen des Fernmeldewesens in den Vereinigten Staaten beteiligte sich in Zusammenarbeit mit einer Reihe einzelner Unternehmen mit mehr als 150 000 US-Dollar in Form von Stipendien an einem Programm, das sich an Planer und Leiter von Ausbildungslehrgängen aus Entwicklungsländern richtete, die bei Rückkehr in ihre jeweiligen Länder Ausbildungszentren aufbauen sollen.

Das Unternehmen ITT förderte eine Reihe von Studien, die sich auf die Einführung von Digitaltechniken im Fernmeldenetz bezogen. Ziel der Studien, die bis Mitte 1985 fertiggestellt sein sollen, ist es, Know-how zu vermitteln und Verfahren aufzuzeigen, die die Erarbeitung einer optimalen Strategie für die Phase des Übergangs vom Analog- zum Digitalsystem ermöglichen sollen.

In Anbetracht des Mangels an qualifizierten Übermittlungstechnikern in vielen ihrer Mitgliedsländer beschloß die Arabi-

sche Fernmelde-Union, zusammen mit der ITU ein Werkstattseminar in Amman durchzuführen. 20 junge Ingenieure aus 14 Ländern des Nahen und Mittleren Ostens nahmen teil. In der asiatisch-pazifischen Region regte die für das Fernmeldewesen verantwortliche Regierungsbehörde Sri Lankas ein Projekt an, das auf den Aufbau eines integrierten ländlichen Fernmeldenetzes im Gebiet von Hettipola abzielte. Das Projekt bestand in der Bereitstellung und Montage von Ausrüstungen. FINNIDA, die Entwicklungsagentur Finnlands, erklärte sich bereit, die Kosten des Projekts, die auf 580 000 Dollar geschätzt werden, zu tragen; die finnische Firma Nokia liefert die Ausrüstung.

Man könnte noch viele Beispiele dieser Art aufführen, aber ich möchte mich nun dem deutschen Beitrag zum Programm des Weltkommunikationsjahres zuwenden.

#### **Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland**

Es wurden etwa 30 Seminare, Symposien, Lehrgänge und Werkstattseminare organisiert, an denen insgesamt 600 Teilnehmer aus 80 Ländern teilnahmen. Für 13 internationale Seminare wurden 20 Referenten zur Verfügung gestellt; 32 Experten wurden zu 21 Kurzzeit-Missionen entsandt; auf dem Gebiet der Ausbildung und Planung im medienpolitischen Bereich wurden sechs Studien erstellt. Lehrgangsmaterial für das TETRAPO-Projekt<sup>4</sup> wurde erarbeitet und technische Literatur auf dem Gebiet des Fernmeldewesens und der Massenkommunikation zur Verfügung gestellt. Neun spezielle Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ergänzten den deutschen Gesamtbeitrag, einschließlich der Produktion des Films ›Kommunikation für alle‹ zum Weltkommunikationsjahr und der Verleihung eines Preises für Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der technischen Kommunikation, der Förderung internationaler Amateurfunkaktivitäten und der Teilnahme an dem vom jordanischen Fernsehen koordinierten weltweiten Fernsehprogramm zum Weltkommunikationsjahr am 10. August 1983.

All diese Aktivitäten zielten darauf ab, die Entscheidungsbefugten und das mit der Durchführung betraute Personal mit Informationen über die Bedeutung des Nachrichtenwesens (Post, Fernmeldewesen, Radio und Fernsehen) für die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung zu versorgen. Die Betonung lag dabei auf Kommunikationspolitik, Management und Planung, neuen Technologien und — insbesondere im Hinblick auf die zahlreichen weltweiten und regionalen Funkverwaltungs-konferenzen — auf Frequenzzuteilung und Monitordiensten. Zwei weitere Seminare über die Planung von Fernmeldenetzen in abgelegenen ländlichen Gebieten sollen noch vom Nationalkomitee der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika und der ITU organisiert werden.

Der Gesamtbeitrag der Bundesrepublik Deutschland wird auf etwa 5,4 Mill DM geschätzt. »Mit diesem Beitrag«, so Heinrich Venhaus vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, »hat die Bundesrepublik Deutschland ihre Verpflichtungen als bedeutendes Industrie- und Exportland erfüllt und ihre Rolle bei der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens unterstrichen.« »Das Weltkommunikationsjahr 1983«, fügte er hinzu, »war eine Herausforderung an alle Betroffenen in den Entwicklungs- wie auch in den Industrieländern, gemeinsam die Rahmenbedingungen für eine dynamische Entwicklung von Infrastrukturen für das Nachrichtenwesen zu schaffen.«

#### **Das Weltkommunikationsjahr — Beginn, nicht Abschluß!**

Obwohl es noch nicht möglich ist, die Ergebnisse des Weltkommunikationsjahres vollständig zu evaluieren — noch immer treffen Berichte von Mitgliedstaaten über die im nationalen Rahmen erzielten Resultate ein —, zeigt eine erste Einschätzung der Ergebnisse, daß mit dem Weltkommunikationsjahr bei denen, die es am meisten angeht, ein Prozeß eingesetzt hat, sich

der Wichtigkeit von Kommunikations-Infrastrukturen für die sozio-ökonomische Entwicklung und die dazugehörigen Sachverhalte bewußt zu werden.

Selbstverständlich wäre es vermessen anzunehmen, daß ein Weltkommunikationsjahr aus sich heraus schon eine endgültige Antwort auf die drückenden Probleme hätte geben können, denen wir uns bei dem Versuch, zufriedenstellende Kommunikations-Infrastrukturen zu schaffen, gegenübersehen; doch es war ein Schritt in die richtige Richtung. Mit Hilfe eines wohl- ausgewogenen Programms und von modellhaften Pilotprojekten trug das Jahr dazu bei, ein Klima zu schaffen, das einer aktiveren und wirksameren Verfolgung des Zieles, das Fern- meldewesen angemessen zu entwickeln, dienlich ist.

Die volle Wirksamkeit des 1983 eingeleiteten Prozesses jedoch wird erst in den nächsten Jahren spürbar werden.

#### Anmerkungen

- 1 Hans d'Orville, Internationale Tage, Wochen, Jahre und Jahrzehnte der Vereinten Nationen. Abgenutztes Instrumentarium oder notwendiger Resonanzboden internationaler Politik?, VN 2/1983 S. 37 ff.
- 2 Siehe hierzu auch die Beiträge in VN 6/1983 von Bernhard Streck, Bilder und Trugbilder im interkulturellen Verständnis, S. 174 ff.; Richard Dill, Zwischen Freiheit und Gleichgewicht. Stolpersteine auf dem Wege zu einer Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung, S. 179 ff.; Barthold C. Witte, Medienförderung in der Dritten Welt, S. 184 ff.
- 3 Zur ITU siehe Gert Hausmann, Die Internationale Fernmelde-Union, VN 2/1979 S. 57 ff.
- 4 'Teletraffic Engineering Project' der ITU.

## Die Vereinten Nationen für konstruktive Lösungen nutzen

Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation an die 39. Generalversammlung

JAVIER PÉREZ DE CUÉLLAR

Nach einer fast dreijährigen Tätigkeit als Generalsekretär der Vereinten Nationen bin ich mehr denn je davon überzeugt, daß diese Organisation als ein Treffpunkt zur Abstimmung der Bemühungen der einzelnen Nationen erhalten und gestärkt werden muß. Ich glaube auch, daß die gesamte Menschheit letztlich nur dann auf die Dauer und unter erträglichen Bedingungen weiterleben wird, wenn es uns gelingt, die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen zur Grundlage der normalen ständigen Beziehungen zwischen Staaten und Völkern zu machen. Am Vorabend des vierzigsten Jahrestags der Gründung der Vereinten Nationen möchte ich mich in diesem meinem dritten Tätigkeitsbericht mit den Grundvoraussetzungen unserer Arbeit in den Vereinten Nationen befassen, in der sich der Gedanke eines multilateralen Vorgehens praktisch niedergeschlagen hat. Ursprünglich sollten die Vereinten Nationen einen Rahmen bilden, in dem Staaten und Regierungen unterschiedlicher Grundüberzeugungen von sich aus Lösungen für internationale Probleme finden und erforderlichenfalls gemeinsam das Nötige zur Verwirklichung dieser Lösungen veranlassen konnten, statt miteinander in Streit zu geraten. Ihr Hauptziel war und ist, wie es in der Präambel zur Charta heißt, »unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren«. Dem lag vor allem die Erwartung zugrunde, daß alle Nationen ein vitales, gemeinsames Interesse am Frieden und an einer ausgewogenen und gerechten Weltordnung haben und bereit sein würden, für dieses Ziel miteinander zusammenzuarbeiten.

Leider hat die Nachkriegsgeschichte der internationalen Beziehungen bisher gezeigt, daß das gemeinsame Interesse am Frieden und an der Sicherheit sich meist nur dann zu bestätigen schien, wenn die Dinge ein äußerst kritisches Stadium erreicht hatten. Solange dieses Stadium nicht erreicht ist, zeigt sich, daß kurzfristiges nationales Interesse und kurzfristiger nationaler Opportunismus eher stärker sind als das gemeinsame Interesse. Wir sind noch sehr weit davon entfernt, daß die Grundsätze der Charta von allen als die Regeln akzeptiert werden, die von allen Regierungen in ihren internationalen Beziehungen jederzeit befolgt werden müssen.

Unter diesen Umständen ist es paradox, daß wir auf der einen Seite durch die Realitäten der heutigen Welt immer mehr dazu gedrängt werden, unsere Probleme mit multilateralen Methoden zu behandeln und daß durch diese Gegebenheiten die Aussichten auf Wachstum und Entwicklung durch multilaterales Vorgehen gestiegen sind, daß auf der anderen Seite jedoch die Regeln, Instrumente und Modalitäten dieser multilateralen Zusammenarbeit immer häufiger in Frage gestellt werden. Es kommt zuweilen auch vor, daß man sich offenbar nur sehr ungenutzter Mühe unterzieht, die internationalen Organisationen sinnvoll zu nutzen.

So war das letzte Jahr ein Jahr der Spannungen zwischen den Großmächten, die durch das Ausbleiben von Fortschritten im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle noch verstärkt wurden, was dann zu noch größerer Furcht vor einer nuklearen Konfrontation führte; in mehreren Teilen der Welt war es ein Jahr der Gewalt oder der Androhung von Gewalt; trotz eines Wiederaufschwungs in bestimmten Industrieländern war es ein Jahr weiterer wirtschaftlicher Schwierigkeiten und ein Jahr, in dem sich die Situation vieler Entwicklungsländer noch verschlimmert hat; in mehreren Regionen war es ein Jahr der Dürre und der Hungersnot, und schließlich war es ein Jahr, in dem man versuchte, wichtige Probleme in einer Weise zu umgehen, die auf lange Sicht wahrscheinlich nur zu noch größerer Enttäuschung und Bitterkeit führt. Praktisch gibt es kein

einziges Beispiel, das gezeigt hätte, daß diese Probleme durch rein bilaterale oder gar unilaterale Anstrengungen erfolgreich gelöst werden könnten.

Warum hat man sich vom internationalen und vom multilateralen Vorgehen ausgerechnet dann zurückgezogen, als sowohl die weltpolitischen als auch die weltwirtschaftlichen Fakten viel eher eine Stärkung dieses über die eigenen Grenzen hinausgehenden multilateralen Vorgehens zu fordern schienen? Wir müssen dieser Frage sehr gründlich nachgehen, wenn wir unsere Institutionen wirksamer und erfolgreicher machen wollen. Ich hoffe sehr, daß die Politikwissenschaftler und geistig interessierten Kreise in der ganzen Welt ebenso wie die führenden Politiker und Diplomaten den vierzigsten Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen zum Anlaß nehmen werden, über dieses so wichtige Problem nachzudenken.

...

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zugegebenermaßen eine gewiß allzu erwartungsvolle Haltung gegenüber internationalen Institutionen, die aus dem verzweifelten Wunsch nach einer neuen und besseren Welt entstanden war. Damals schien es möglich, sich vor allen anderen Aufgaben dem Aufbau eines Systems zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen zu widmen. Wenn sich ein solches System bewährte, so hoffte man, würde das Haupthindernis für Abrüstung und Rüstungsbegrenzung, das unbefriedigte Sicherheitsbedürfnis der einzelnen Nationen, aus der Welt geschafft sein und würde die Rechtsstaatlichkeit, d. h. die Vorherrschaft des Rechts vor der Macht, sich endlich auch auf internationaler Ebene zu verwirklichen beginnen. Bei ausreichendem Erfolg eines solchen Zusammengehens wäre die so entstehende Weltgemeinschaft in der Lage gewesen, ihre Angelegenheiten vernünftig und im wohlverstandenen Eigeninteresse gemeinsam zu regeln. Auch gerechte wirtschaftliche Institutionen und stetige Fortschritte auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenrechte sollten zu diesem System gehören.

Was ist mit dieser großartigen Vision geschehen? Sie wurde nur allzu bald von Meinungsverschiedenheiten der Großmächte überschattet. Zusammen mit der Erfindung der Atomwaffen entstand eine neue Sicherheitsdoktrin, die von der Abschreckung ausging und an die man bei Abfassung der Charta noch nicht gedacht hatte. Außerdem zeigte sich, daß die Welt sehr viel komplexer und sehr viel unbotmäßiger war, als man in San Franzisko gehofft hatte. Die Probleme des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit der Nachkriegszeit waren nicht so eindeutig faßbar, wie man erwartet hatte, und eigneten sich nicht so gut für das von der Charta ins Auge gefaßte internationale Vorgehen. Weit davon entfernt, nach dem Zweiten Weltkrieg langsam zur Ruhe zu kommen, nahmen die Kräfte des Nationalismus und die Angst um die nationale Sicherheit bald wieder kräftig zu. Da die internationale Gemeinschaft viele ihrer — sowohl politischen wie wirtschaftlichen — Probleme nicht lösen konnte, selbst wenn sie sich im Prinzip über die erwünschte Lösung einig war, kam es langsam dazu, daß man die Vereinten Nationen umging und zu anderen Maßnahmen — wie zu Gewalt, zu unilateralem Vorgehen oder zur Konfrontation von Militärbündnissen — Zuflucht nahm, wodurch man sich dann noch weniger auf die Vereinten Nationen verließ.

...

Es wäre jedoch ein schwerer Fehler, wenn man jetzt rückblickend das unterschätzen oder einfach für selbstverständlich halten wollte, was das System der Vereinten Nationen geleistet hat und immer noch leistet. In einer Zeit revolutionärer Wandlungen hat es sogar außerordentlich viel zur Verbesserung der menschlichen Verhältnisse beigetragen.

Im Prozeß der Entkolonisierung, der Hunderten von Millionen von Menschen die Unabhängigkeit brachte, haben die Vereinten Nationen eine entscheidende Rolle gespielt. Der Sicherheitsrat hat in der Zeit seines Bestehens viele der schwierigeren Konflikte dieser Welt behandelt und ist in sehr vielen Fällen grundsätzlich zu einer Formel gelangt, von der man bei der Lösung dieser Probleme ausgehen könnte. Er hat auch zahlreiche Maßnahmen zur Konfliktbegrenzung und Konfliktkontrolle ergriffen. In einer Reihe von kritischen Gebieten konnte durch Friedenssicherungsoperationen mit Erfolg die Gewaltanwendung unter Kontrolle gebracht werden. Wir sollten auch nicht vergessen, daß trotz einer Reihe von regionalen Konflikten die Eskalation dieser Konflikte zu einem Weltkonflikt verhindert wurde. Selbst bei der schwierigsten Frage der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung konnte faktisch in einer Reihe von Fällen Einigung erzielt werden.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ist zusammen mit den Sonderorganisationen zu einer äußerst wichtigen Quelle der wirtschaftlichen und technischen Hilfeleistung an die Entwicklungsländer geworden. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat Millionen von Kindern und Müttern Leben und Hoffnung gebracht und ist führend bei der Förderung von technischen Fortschritten und Fortschritten in der Verbreitung von Kenntnissen und Verhaltensweisen, die für Kinder in Asien, Afrika und Lateinamerika praktisch so etwas wie eine Revolution im Überleben mit sich bringen können. Auch die Sonderorganisationen haben in all ihren vielfältigen Tätigkeitsbereichen jeweils wichtige Beiträge zur Linderung weltweiter Probleme geleistet.

Die Vereinten Nationen haben ferner maßgebende Definitionen der Grundrechte und Grundfreiheiten erarbeitet, an denen alle Menschen teilhaben sollten. Ihnen ist auch das Zustandekommen der Seerechtskonvention zu verdanken, die eine weitgehend akzeptierte Neuordnung der Weltmeere aufstellt. Von den Vereinten Nationen wurde in den letzten 40 Jahren mehr für die Kodifizierung des Völkerrechts getan als in der gesamten früheren Geschichte der Menschheit. Millionen von Flüchtlingen haben durch Rechtstexte und durch Einrichtungen der Vereinten Nationen Schutz und Hilfe erhalten; internationale humanitäre Maßnahmen und Anteilnahme sind in einem noch nie dagewesenen Ausmaß mobilisiert worden; für viele der kritischsten Probleme unserer Zeit sind Grundsätze für ihre Behandlung aufgestellt worden, und den Regierungen und Völkern der Welt ist durch die großen, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stehenden und von ihnen geförderten internationalen Konferenzen und Programme — zuletzt durch die Internationale Bevölkerungskonferenz im August dieses Jahres — die Bedeutung dieser Probleme oft erst bewußt geworden.

All dies war überhaupt erst durch eine multilaterale Struktur der Zusammenarbeit möglich. In manchen Situationen sind die Vereinten Nationen oder der Generalsekretär auch weiterhin unentbehrlich, wenn überhaupt Gespräche zwischen den verschiedenen Parteien stattfinden sollen. Ich denke zum Beispiel an Zypern, um das ich mich im Augenblick in einem neuen Anlauf auf der Suche nach einer gerechten Lösung bemühe; ich denke an Afghanistan, an den Krieg zwischen dem Iran und dem Irak und an Südostasien. Wie wichtig die Bemühungen um das Zustandekommen eines Friedens (peace-making) oder um die Absicherung einer Waffenruhe (peace-keeping) sind, würde man sehr schnell merken, wenn diese Bemühungen plötzlich aufhören sollten. Wenn wir von unseren Problemen sprechen, müssen wir unbedingt auch an die positive Seite der Bilanz der Vereinten Nationen denken und politisch motivierte Kritik im rechten Zusammenhang sehen.

Trotz aller Erfolge der letzten Jahrzehnte — und es gab in der Tat große Erfolge — bleibt allerdings die Tatsache bestehen, daß die drei Hauptelemente einer stabilen internationalen Ordnung — ein akzeptiertes System zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Abrüstung und die Rüstungsbegrenzung und schließlich die schrittweise Entwicklung eines gerechten und funktionierenden Systems für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen — sich noch nicht so fest etabliert haben, wie dies zu wünschen wäre.

Auch wenn es um die allerwichtigsten Probleme geht, die unzählige Menschen angehen, erleben wir oft eher überhitzte Redeschlachten als ein vernünftiges, kooperatives Vorgehen. In einer solchen Atmosphäre, die keineswegs nur auf die Vereinten Nationen beschränkt ist, ist es recht bequem, die Vereinten Nationen zur Zielscheibe der Kritik zu machen, statt sie zur Erarbeitung konstruktiver Lösungen zu nutzen.

\*\*\*

In unüberbietbarer Weise spiegeln die Vereinten Nationen die Erwartungen und Enttäuschungen zahlreicher Nationen und Gruppen der ganzen Welt wider. Eines ihrer großen Verdienste besteht darin, daß sich in ihnen alle Nationen — auch die schwachen, die unter-

drückten und die Opfer von Ungerechtigkeiten — Gehör verschaffen und trotz der harten Realität der Machtpolitik zu Wort kommen können. Jede gerechte Sache, auch wenn sie fast verloren und vergessen scheint, kann in den Vereinten Nationen einen Fürsprecher finden. Davon sind dann nicht immer alle angetan, aber dies ist ein wichtiger Wesenszug der Vereinten Nationen.

Was wir uns angesichts der bisherigen Erfahrungen fragen müssen, ist, ob sich die heutigen Verfahren der Vereinten Nationen in allen Fällen wirklich am besten dazu eignen, konkrete und gerechte Lösungen herbeizuführen und das Vertrauen in eine Organisation zu stärken, der es in erster Linie um Universalität geht. Wenn die Konfrontation in den beratenden Organen von der einen oder der anderen Seite zu weit getrieben wird, wird ein denkbarer Konsens unmöglich gemacht, der die Ausgangsbasis für praktische Maßnahmen liefern könnte. Wer ein gerechtes Ziel verfolgt, so groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, hat immer meine volle Sympathie. Zu unser aller Bestem und auch zum Besten der Vereinten Nationen sollten wir jedoch sehr sorgfältig prüfen, wie unsere Organisation einem solchen Ziel am besten und unter größtmöglicher Einhaltung der Regeln dienen kann. Die Vereinten Nationen sind ein gutwilliges und geduldiges Pferd, man sollte es jedoch nicht zu Tode reiten, ohne vorher die Folgen zu bedenken.

Wir sollten uns davor hüten, die Grenzen zwischen den verschiedenartigen, jeweils ganz spezifischen Aufgaben der Hauptorgane und der Sonderorganisationen dadurch zu verwischen, daß wir sie als beliebig untereinander austauschbare Foren zur Verfolgung ein und derselben politischen Ziele sehen. Jedes Problem muß in erster Linie nach seinem eigenen Sachgehalt und in seinem eigenen Kontext behandelt werden. Andernfalls kann es passieren, daß der gesamte politische Körper der Vereinten Nationen vom selben Fieber befallen wird, das ein oder zwei einzelne Fragen gepackt hat.

Daß Resolutionen nicht durchgeführt werden und daß ihre Zahl überhand nimmt, wirkt weiter darauf hin, daß die einzelnen Regierungen und die Öffentlichkeit die Beschlüsse der Vereinten Nationen nicht mehr ganz ernst nehmen. Oft kommt bei all dem nur heraus, daß der Generalsekretär ersucht wird, bis zur nächsten Tagung abermals einen weiteren Bericht auszuarbeiten und daß man dadurch abermals wieder in der Sackgasse stecken bleibt, aus der man nur durch staatliche und zwischenstaatliche Maßnahmen herauskommen kann. Diese Vorgehensweise — und die fast automatische Wiederaufnahme bestimmter Tagesordnungspunkte und bestimmter Debatten — kostet sowohl durch die Zahl und Dauer der Sitzungen als auch durch die Zahl und den Umfang der Dokumente sowohl Geld als Zeit und führt oft nicht einmal zu irgendwelchen praktischen Ergebnissen. Tendenzen dieser Art lähmen meiner Meinung nach die Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen um die Sache des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ich hoffe, daß sich die Mitgliedstaaten auch schon während der bevorstehenden Tagung der Generalversammlung ernsthaft mit der Frage befassen werden, wie wir am besten zur Sache und zu konkreten Ergebnissen kommen können.

\*\*\*

In meinem ersten Jahresbericht vor zwei Jahren habe ich einige Vorschläge zur Beantwortung der Frage gemacht, wie man das mit der Charta geschaffene System zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit funktionsfähiger machen könnte. Der Sicherheitsrat hat sich zwar im Rahmen von ideenreichen Konsultationen viele Stunden mit diesen und ähnlichen Fragen befaßt, doch stehen konkrete Ergebnisse noch aus — zu denen der Anstoß von allerhöchster politischer Ebene erfolgen muß. Ich glaube, daß sich die Möglichkeiten der Vereinten Nationen nur dann voll ausschöpfen lassen, wenn ihre Mitglieder bereit sind, auch tatsächlich etwas zu tun, um neue Wege und Methoden zu versuchen.

Die Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens und einer gemeinsamen Einflußnahme, die dem Sicherheitsrat offen stehen, sind in den letzten Jahren nur unzureichend ausprobiert worden. Es gibt wichtige Fragen, in denen die Ratsmitglieder — auch die Ständigen Mitglieder — im wesentlichen ähnliche Auffassungen haben. Dennoch wird der Rat durch andere Faktoren, die mit diesen Problemen gar nicht unmittelbar zusammenhängen, daran gehindert, seinen kollektiven Einfluß, wie in der Charta vorgesehen, geltend zu machen.

Dieselben Überlegungen gelten für den Bereich der Friedenssicherung. Häufig werden wir gedrängt, die Friedenssicherungskapazitäten der Vereinten Nationen auszubauen, wobei vorausgesetzt wird, daß sich diese Frage ohne Rücksicht auf die politischen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und insbesondere zwischen den Mitgliedern des Sicherheitsrats behandeln läßt. In jüngster Zeit haben wir etliches darüber gelernt, was Friedenssicherung ist und was sie nicht ist, doch kommt es vor allem darauf an, das grundlegende Problem beim Namen zu nennen. Friedenssicherung (peace-keeping, als Absicherung einer Waffenruhe) ist der Ausdruck eines internationalen politischen Konsenses und politischen Willens. Wenn dieser Konsens oder Wille schwach und unsicher ist, wenn sich die Beteiligten uneinig sind oder wenn es ihnen an Entschlossenheit fehlt, werden auch die Friedenssicherungsoperationen ent-

sprechend geschwächt. Es gibt Fälle, wo es die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern des Sicherheitsrats sogar unmöglich machen, überhaupt irgendwelche Friedenssicherungsmaßnahmen zu organisieren. Die stärkste Friedenssicherungsoperation wäre diejenige, die von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen politisch, diplomatisch und finanziell rückhaltlos unterstützt würde und an der sich die Ständigen Ratsmitglieder im Auftrag des Rates sogar aktiv beteiligen würden. Dergleichen mag zur Zeit unrealistisch erscheinen, doch ist es auch die politische Wahrheit, die de facto für alle noch so verschiedenartigen Tätigkeiten der Vereinten Nationen gilt.

Ich habe hier das Beispiel der Friedenssicherung angeführt, um zu verdeutlichen, wie es kommt, daß der internationale Lösungsweg für Probleme in den Augen der Öffentlichkeit an Glaubwürdigkeit verliert. Die Absicherung einer Waffenruhe durch Friedenssicherungsoperationen (peace-keeping) ist sogar eine der relativ erfolgreichen Erfindungen der Vereinten Nationen. Wenn diese Technik jedoch in einer Situation, in der sie ganz offensichtlich nötig ist, nicht angewandt werden kann, weil sich die Mitglieder des Sicherheitsrats in dieser Sache nicht einig sind, gelangt die Öffentlichkeit im allgemeinen zu dem Schluß, daß mit den Vereinten Nationen und mit dem gesamten Konzept eines internationalen Vorgehens etwas nicht stimmt. Eine solche Schlußfolgerung ist natürlich einfacher als eine Analyse von miteinander im Widerstreit stehenden Positionen und Motiven von Mitgliedstaaten, die die wahre Ursache für die steckengebliebenen Versuche und für das Unvermögen der Vereinten Nationen sind, zu handeln oder zu reagieren.

Auch ich habe keine Patentlösungen für dieses Problem anzubieten. Natürlich würde eine radikale Verbesserung des internationalen politischen Klimas völlig andere Voraussetzungen schaffen, doch können wir schließlich nicht mit Wundern rechnen. Wenn wir jedoch davon ausgehen, daß unser gemeinsames und einvernehmliches Ziel das Überleben der Menschheit unter halbwegs annehmbaren Bedingungen ist, können wir uns in der Zwischenzeit vielleicht mit einigen Ideen befassen, mit denen sich die derzeitige Lage wenigstens etwas verbessern läßt.

Zu verschiedenen Problemen — wie beispielsweise zur Situation im Libanon und zum Nahostproblem — habe ich selbst einige Ideen und Vorschläge vorgebracht, die bisher allerdings auf gemischte Reaktionen gestoßen sind. Wie ich feststellen muß, neigt man zur Zeit eher dazu, bilaterale oder unilaterale Maßnahmen zu ergreifen bzw. überhaupt nichts zu unternehmen, obwohl dem bilateralen oder unilateralen Vorgehen in den meisten Fällen nicht allzuviel Erfolg beschieden zu sein scheint. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn die Beilegung der meisten Streitigkeiten, mit denen wir irgendwo auf diesem Globus zu tun haben, erfordert naturgemäß intensive Bemühungen um einen weitreichenden Konsens, wenn die Lösungen von Dauer sein sollen.

Sehen wir uns die geschilderte Tendenz anhand konkreter Beispiele an. So hoffe ich zum Beispiel sehr, daß es auf dem Weg zur Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage des Plans der Vereinten Nationen zu echten — schon längst fälligen — Fortschritten kommt. Ebenso hoffe ich, daß es in den nächsten Monaten zu der uneingeschränkten und konkreten Unterstützung und den positiven Maßnahmen kommt, die unbedingt notwendig sind, wenn die unermüdlichen Bemühungen der Contadora-Gruppe um die Herbeiführung des Friedens in Mittelamerika Erfolg haben sollen.

Bei zahlreichen Konflikten werden ungehemmt Anschuldigungen und Gegenanschuldigungen über einen Sachverhalt vorgebracht, der für die meisten von uns undurchsichtig und kompliziert ist. Was könnte es schon schaden, eine Delegation der Vereinten Nationen zur Klärung der Lage und zur Ermittlung der Tatsachen an Ort und Stelle zu entsenden? Eine solche Klärung der Lage durch objektive Beobachter könnte gewiß zur Verminderung der internationalen Spannungen und zur Untermauerung anderer Bemühungen beitragen. Sollten wir uns in einer gegebenen Situation nicht vor allen Dingen fragen, welche konkreten, konstruktiven Schritte wir ergreifen könnten, statt zunächst einmal nach lauter weit hergeholtten Gründen dafür zu suchen, daß wir diese Schritte nicht unternehmen können.

Vor allem anderen müssen wir erneut den Gedanken der Charta zu verankern suchen, demzufolge Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, welche Gründe sie auch haben und wo immer sie auch auftreten mögen, wichtiger sind als alle ideologischen und sonstigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten, und alle Staaten dazu verpflichtet, sich zu einigen und gemeinsam vorzugehen. Einige Situationen — so will es die Charta — erfordern eindeutig, daß sich der Sicherheitsrat ohne Rücksicht auf politische Meinungsverschiedenheiten sofort mit ihnen befaßt und sofort entsprechende Maßnahmen ergreift. Eine solche Situation ist zweifellos dann gegeben, wenn die Grenzen eines Staates verletzt worden sind und der betreffende Staat die Vereinten Nationen zum Eingreifen auffordert.

\*\*\*

Im Bereich der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsreduzierung kann es selbstverständlich zu keinen nennenswerten Fortschritten kommen, solange sich das internationale Klima nicht wesentlich

bessert. Gerade hier kommt es jedoch in entscheidendem Maße darauf an, daß die Möglichkeiten, die multilaterale und bilaterale Verhandlungen bieten, in vollem Umfang genutzt werden — nicht nur, damit alle Seiten die Gründe für bestimmte militärische Verteidigungs- und Verhandlungspositionen besser verstehen, sondern damit es zu Übereinkommen über eine nicht nur formelle, ausgewogene Rüstungsregulierung und zu Abrüstungsvereinbarungen kommt. Im vergangenen Jahr waren kaum Fortschritte in dieser Richtung zu erkennen und feierte das Wettrüsten sowohl qualitativ als auch quantitativ neue Urstände.

Realistischerweise müssen wir zugeben, daß die nukleare Abrüstung in erster Linie von der Einigung zwischen den Kernwaffenstaaten, allen voran zwischen den beiden mächtigsten unter ihnen, abhängt. Ebenso gilt, daß ein Erfolg oder Mißerfolg in den Bemühungen um die Reduzierung des vorhandenen Kernwaffenarsenals äußerst gravierende Folgen für die Zukunft der gesamten Völkergemeinschaft haben kann. In der nuklearen Abrüstung lediglich einen für die Beziehungen zwischen den Nuklearmächten und ihren Alliierten wichtigen Faktor zu sehen, hieße der weitreichenden und schweren Verantwortung nicht gerecht zu werden, die der Besitz von Nuklearwaffen mit sich bringt. Es ist auch bedauerlich und meines Erachtens völlig unnötig, daß wir zulassen, daß der Verlauf der Abrüstungsverhandlungen über all die vielen Einzelfragen, die in den multilateralen Foren behandelt werden, weitgehend von Spannungen bestimmt wird, die völlig andere Ursachen haben. Statt dessen könnten Fortschritte bei den auf der Tagesordnung der Generalversammlung und ihrer Nebenorgane stehenden Fragen, insbesondere bei den zur Zeit von der Abrüstungskonferenz erörterten Problemen, zu einer Wiederherstellung des Vertrauens und zur Verbesserung der so wichtigen bilateralen Beziehung beitragen, die einen so gewichtigen Einfluß auf das weltpolitische Klima hat.

Gerade in einer Zeit der Spannungen ist es besonders wichtig, daß es einen multilateralen Apparat gibt, in dem die Nationen ungeachtet ihrer unterschiedlichen Auffassungen zu einem Dialog und zu ernsthaften Verhandlungen zusammenkommen können, sei es in der Generalversammlung, im Sicherheitsrat oder in der Genfer Abrüstungskonferenz. Diese Abrüstungskonferenz bietet sowohl den Kernwaffenstaaten wie den Nichtkernwaffenstaaten die Möglichkeit, in so lebenswichtigen Fragen wie Maßnahmen zur Verhütung eines Atomkriegs, dem Verbot von Kernwaffenversuchen, der Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum und dem vollständigen Verbot und der Vernichtung chemischer Waffen gemeinsam auf eine Einigung hinzuarbeiten. Wenn die Konferenz stattdessen in erster Linie für eine öffentliche Zurschaustellung starrer Positionen und für einen rhetorischen Schlagabtausch benutzt wird, dann werden die Möglichkeiten dieses so umfassenden und repräsentativen Verhandlungsforums weitgehend vertan. Ich bitte alle Betroffenen — Ost und West, die nichtgebundenen und die neutralen Länder gleichermaßen — eindringlich, zu bedenken, daß Abrüstungsmaßnahmen — sowohl auf nuklearem wie auf konventionellem Gebiet — zu dringend erforderlich sind, als daß man dies geschehen lassen dürfte.

\*\*\*

Ich möchte mich nun einem anderen Aspekt zuwenden: der über die Vereinten Nationen erfolgenden multilateralen Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Sozialbereich. Hier haben wir es mit etwas anderen politischen Realitäten zu tun, die vorwiegend von der Nord-Süd-Dimension bestimmt sind. Einerseits hat sich die Weltwirtschaft seit den ersten Nachkriegsjahren, als die meisten im wirtschaftlichen Bereich aktiven internationalen Organisationen ihre Tätigkeit aufnehmen, wesentlich geändert. In den Entwicklungsländern macht sich ein immer stärkeres Gefühl der Enttäuschung breit, da die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Einrichtungen für multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Augen dieser Länder, die einen großen Anteil der Weltbevölkerung ausmachen, den Bedürfnissen dieser Länder nicht genügend Rechnung tragen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen sie in den 70er und den frühen 80er Jahren konfrontiert wurden, haben sie in dieser Auffassung nur noch bestärkt. Ihre in den Vereinten Nationen unternommenen Versuche, auf dem Weg über einen im wesentlichen politischen Prozeß Änderungen dieses Systems herbeizuführen, haben nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt, wie das Scheitern der Bemühungen um globale Verhandlungen hinlänglich deutlich gemacht hat. Dabei kann man bis zu einem gewissen Grad durchaus verstehen, daß einige entwickelte Länder, die bislang in diesen Organisationen den größten Einfluß ausgeübt haben, diese Gewichtsverschiebung nur schwer akzeptieren können und lieber unverändert an den bereits vorhandenen institutionellen Strukturen und Entscheidungsmechanismen festhalten würden.

Nichts ist leichter als Kritik an den Wirtschaftsinstitutionen der Vereinten Nationen, da es diesen häufig nicht gelingt, ihre hochgesteckten Ziele voll zu erreichen. In einer Zeit des Wandels und Übergangs machen die miteinander im Widerspruch stehenden einzelstaatlichen Interessen ein solches Zurückbleiben hinter den gesetzten Zielen praktisch unvermeidlich. Und doch ist mit der multilateralen Zusammenarbeit schon vieles erreicht worden, wobei das meiste einfach für selbstverständlich gehalten wird, sobald es einmal

erreicht ist. In einer wirtschaftlich interdependenten Welt, in der das Wachstum und die Stabilität des Nordens eng mit der raschen Entwicklung des Südens verknüpft ist, muß man jedoch erst einmal zeigen, wie sich internationale Wirtschaftsprobleme anders als durch verstärkte multilaterale Zusammenarbeit lösen lassen. Trotz aller mit einer solchen multilateralen Zusammenarbeit verbundenen Schwierigkeiten wäre es daher kurzfristig, den Gedanken der multilateralen Zusammenarbeit und die auf ihm aufbauenden Institutionen fallen zu lassen.

Wir müssen unterscheiden zwischen den sehr erfolgreichen operativen Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen auf einzelstaatlicher Ebene und den anderen Aktivitäten auf globaler Ebene, wo beispielsweise in den Handels-, Währungs- und Finanzfragen ein hohes Maß an Leerlauf zu verzeichnen ist.

Derzeit beschafft das System der Vereinten Nationen außer den von der Weltbank bereitgestellten Geldern zusätzlich pro Jahr mehr als 2 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung der Entwicklung. Hohen Vorrang genießen dabei die Länder mit niedrigen Einkommen, wobei den Problemen der Ärmsten der Armen ganz besondere Aufmerksamkeit gilt. In einer Zeit begrenzter Ressourcen ist man ferner im UN-System ständig darum bemüht, die Zusammenarbeit auf der Ebene der einzelnen Projekte selbst zu verbessern und effizienter zu gestalten.

Vielleicht sollte man darauf hinweisen, daß sich die Leistungen der Vereinten Nationen im globalen Bereich nicht einfach an der Zahl der ausgehandelten bzw. unterzeichneten Verträge und Abkommen messen lassen. Sicher ist es zu vielen solchen Vereinbarungen gekommen. Doch läßt sich vieles, was die Vereinten Nationen in diesem Bereich geleistet haben, nicht so leicht mit Händen greifen: so zum Beispiel das Ausmaß, in dem es den Vereinten Nationen gelungen ist, das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit für wichtige Fragen wie etwa die kritische Lage in Afrika zu schärfen oder einen Rahmen für internationale Debatten über grundlegende Probleme zu schaffen und zu präzisieren. So habe ich zum Beispiel immer wieder darauf hingewiesen, daß unbedingt Lösungen für die akuten Schuldenprobleme der Entwicklungsländer gefunden werden müssen, die nicht nur kurzfristiger Natur sind und die auch der Notwendigkeit einer Steigerung der Exporteinnahmen dieser Länder Rechnung tragen müssen. Auch ist es nicht zuletzt auf die Diskussionen über die internationale Entwicklungsstrategie zurückzuführen, daß die Völkergemeinschaft heute der Sache der Entwicklung — die in ihrer einfachsten Form als die Anhebung des Lebensstandards der großen Mehrheit der Menschen in unserer interdependenten Welt zum Wohle der globalen Wirtschaft als Ganzes verstanden werden muß — hohe Priorität einräumt.

In letzter Zeit ist zu diesem Aspekt der Tätigkeit der Vereinten Nationen mancher Zweifel und manche Kritik laut geworden. Dieser Kritik müssen wir uns stellen. Wo Sachfragen aufgeworfen werden, müssen diese eingehend diskutiert und müssen Mißverständnisse aus dem Weg geräumt werden. Andernfalls können wichtige Organe der Vereinten Nationen nicht normal funktionieren. Eine, und zwar eine sehr komplexe solche Sachfrage betrifft beispielsweise die jeweilige Rolle, die bei Erörterungen im Rahmen der Vereinten Nationen einerseits den Regierungen und andererseits dem Privatsektor eingeräumt wird.

Ein anderes Thema ist die häufig aufgeworfene Frage, inwieweit Probleme rein wirtschaftlicher oder technischer Natur in den Vereinten Nationen politisiert werden. Einen Aspekt dieses Problems habe ich in diesem Bericht bereits erwähnt; es gibt jedoch auch noch einen anderen Aspekt. In unserer Welt gibt es nur wenige menschliche Angelegenheiten, von denen sich sagen ließe, sie seien völlig unpolitischer Natur. Dessen ungeachtet sollten wir erkennen, daß das Ausmaß, in dem wirtschaftliche Fragen in den Vereinten Nationen politisiert werden, auch Ausdruck der Frustration der Entwicklungsländer ist angesichts ihres seit Jahren unternommenen Versuchs, ihre wirtschaftliche Zukunft neu zu gestalten. Das Fehlen einer globalen politischen Entscheidungsfindung — im besten Sinne dieses Wortes —, mit der diesem Wunsch entsprochen werden könnte, ist ein weiterer Faktor, der die Frustration dieser Länder erklärt. Dazu kommt ferner noch, daß viele Regierungen davon überzeugt sind, daß wirtschaftliche Probleme von den höchsten Entscheidungsträgern nur dann zur Kenntnis genommen werden, wenn man sie vorher politisiert hat. Und viele wirtschaftliche Fragen sind so komplex, daß nur Entscheidungen auf höchster Ebene die gegenwärtige Situation wirklich beeinflussen können.

Die Schwierigkeiten, denen sich die Völkergemeinschaft bei ihrem Versuch gegenübersehen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen zu verbessern, haben mehrere Ursachen. Einmal ist es noch nicht gelungen, in Wirtschaftsfragen einen neuen Konsens zu erzielen, der den weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Realitäten Rechnung trägt. Dann ist man sich sowohl über die Ursache der Probleme als auch darüber uneinig, was man gegen sie tun soll. Ferner wird die Frage durch ideologische Differenzen über wirtschaftliche Probleme noch weiter kompliziert. Das Fehlen eines Konsenses — der zu seiner Herausbildung Zeit braucht — sollte jedoch Fortschritten in kritischen Bereichen nicht im Wege stehen.

Solche Schwierigkeiten kann man nicht einfach ignorieren oder

durch bloße Willensanstrengungen aus der Welt schaffen. Die Welt besteht nicht nur aus einem einzigen Land, und es gibt nicht nur eine einzige Weise, wie man die Dinge sehen kann. Wenn es uns um die Zukunft wirklich ernst ist, müssen wir praktische Lösungen sowohl kurz- als auch langfristiger Probleme in diesem Kontext suchen. Geduld, Phantasie und Beharrlichkeit sind für diese Bemühungen von größerer Bedeutung als unablässige Kritik, von welcher Seite diese Kritik auch kommen mag. Die menschliche Solidarität verlangt von uns, daß wir diese Fähigkeiten aufbringen. Wenn wir uns nicht ernsthaft und baldigst mit den heutigen Wirtschaftsproblemen befassen, wird es uns nicht gelingen, sie auf den wirtschaftlichen Bereich allein zu beschränken. In einer Welt wachsender wirtschaftlicher Interdependenz stellen verarmte Menschen, die ständig mit einer Vielzahl erdrückender wirtschaftlicher und sozialer Krisen konfrontiert sind, nicht nur eine Herausforderung für das Gewissen der Welt, sondern auch eine Bedrohung der internationalen Stabilität dar.

\*\*\*

Eines der Grundprinzipien der Vereinten Nationen ist die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die von den Vereinten Nationen seit ihrer Gründung verabschiedeten rechtssetzenden Instrumente sind samt und sonders von einer Menschenrechtsphilosophie durchdrungen, deren Grundlage so etwas wie der Gedanke einer internationalen Rechtsstaatlichkeit ist. Diese Instrumente sind der Maßstab, an dem Achtung bzw. Mißachtung der Menschenrechte gemessen werden kann.

Auch auf diesem Gebiet stoßen wir ständig auf scharfe Kritik. Ich begrüße diese Kritik in der Hoffnung, daß sie jeden — auch die Kritiker — dazu veranlaßt, sich etwas ernsthaftere Gedanken darüber zu machen, wie wichtig — und wie schwierig — es ist, in einer ungerichteten Welt mehr Gerechtigkeit zu schaffen, in einer in Reiche und Arme gespaltenen Welt die Entwicklung zu fördern und die Herzen von Menschen, von denen viele um ihr Leben kämpfen — oder zu kämpfen glauben —, mit den Tugenden der Barmherzigkeit und des Verständnisses für andere zu erfüllen.

Ich widme einen großen Teil meiner Zeit, manchmal mit erfreulichen Ergebnissen, der Beschäftigung mit Menschenrechtsfragen und humanitären Problemen, die ich für außerordentlich wichtig halte. Obwohl es innerhalb der Vereinten Nationen entwickelte verbindliche Normen gibt, sind die Auffassungen über diese Dinge äußerst unterschiedlich. Des einen Freiheitskämpfers ist des anderen Terrorist; wen der eine als Verfechter der Menschenrechte sieht, den sieht der andere als subversives Element; wer für den einen der Kläger ist, gilt für den anderen als Verbrecher. Realität bleibt jedoch, daß viele all ihrer Habe beraubt, viele gefangengehalten, viele gefoltert werden und daß viele verhungern. Dies ist die Wirklichkeit, mit der wir fertig werden müssen.

Grobe Verletzungen der Menschenrechte — wie zum Beispiel durch das Apartheidsystem — werden hier von den Vereinten Nationen natürlich zuallererst behandelt. Außerdem bin ich darum bemüht, einzelnen Menschen beizustehen, deren Menschenrechte möglicherweise verletzt worden sind. Insbesondere versuche ich, das meine dazu zu tun, daß Personen, die vielleicht aus politischen Gründen inhaftiert oder verurteilt worden sind, freigelassen werden. Solche Bemühungen müssen danach beurteilt werden, ob sie der Sache der Menschenrechte dienen, und nicht, ob sie den politischen Interessen der einen oder der anderen Seite nützen.

Die Hauptverantwortung in dieser wichtigen Angelegenheit liegt natürlich bei den Regierungen, die sich sowohl gegenseitig als auch ihren Völkern gegenüber fest verpflichtet haben, die von den Vereinten Nationen proklamierten, international anerkannten Maßstäbe zu achten. Wir müssen versuchen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich alle Regierungen dazu veranlaßt fühlen, die Achtung der Menschenrechte im Einklang mit diesen Normen zu gewährleisten. Gleichzeitig sollten wir die bestehenden Praktiken der Vereinten Nationen überprüfen und uns überlegen, wie groben Menschenrechtsverletzungen, wo immer diese vorkommen mögen, wirksamer begegnet werden kann.

Die Frage der Menschenrechte steht in engem Zusammenhang mit den humanitären Aktivitäten der Vereinten Nationen. Es scheint eine allgemeine Regel zu sein, daß in Zeiten der Rezession oder anderer Schwierigkeiten die schwächsten Entwicklungsländer am meisten leiden und daß in diesen Ländern wiederum die schwächsten Bevölkerungsgruppen am ehesten betroffen sind.

In derartigen Fällen sind multilaterale Maßnahmen durch die Vereinten Nationen, die parallel zu der bemerkenswerten Tätigkeit nichtstaatlicher Organisationen laufen und mit dieser koordiniert werden müssen, unerlässlich, wenn die Not der Betroffenen gelindert werden soll. Verschiedene Institutionen des Systems der Vereinten Nationen, darunter das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und das Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe (UNDRO) sowie auch die Sonderorganisationen haben auf diesem Gebiet Beachtliches geleistet.

Im vergangenen Jahr haben die Vereinten Nationen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf zwei wichtige Probleme gelenkt: Im Dezember 1983 rief ich dazu auf, den vielen afrikanischen Ländern zur Hilfe zu kommen, die von der schlimmsten Dürre des zwanzigsten Jahrhunderts betroffen sind. Die Zweite Internationale Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika im Juli dieses Jahres war ein sprechendes Beispiel für multilaterale Zusammenarbeit bei akuten sozialen und humanitären Problemen.

Wir müssen aus unseren Erfahrungen lernen, damit wir bei künftigen humanitären Problemen systematisch und unter Berücksichtigung aller ihrer Elemente vorgehen können. Wir müssen bessere Methoden entwickeln, mit denen wir Krisen mildern bzw. verhindern können. Wir müssen besser darauf vorbereitet sein, schnelle humanitäre Hilfe zu leisten. Um eine Art Frühwarnsystem auf diesem Gebiet einzurichten, habe ich die Leiter der verschiedenen Organe und Organisationen der Vereinten Nationen sowie die Leiter der Außenstellen gebeten, mich umgehend von allen Situationen in Kenntnis zu setzen, die ihrer Ansicht nach zu einer humanitären Krise größeren Maßstabs führen könnten. Durch ein derartiges System sollten die Vereinten Nationen in der Lage sein, besser und schneller auf Notfälle zu reagieren. Wir stehen vor Problemen ungeheuren Ausmaßes, doch habe ich den Eindruck, daß sich sowohl die Allgemeinheit als auch die Regierenden immer klarer darüber werden, daß bei großen humanitären Tragödien Hilfe geleistet werden muß. Es ist eine der ersten Aufgaben und Verpflichtungen der Völkergemeinschaft, denjenigen Völkern zur Hilfe zu kommen, die am stärksten benachteiligt und am schwersten betroffen sind.

Das wachsende Problem des Drogenmißbrauchs gibt weltweit zu größter Sorge Anlaß, nicht zuletzt weil es sich auf die Zukunft von Kindern und jungen Menschen auswirkt. Immer deutlicher zeigt sich, daß internationale und multilaterale Maßnahmen das beste Mittel sind, um den Drogenhandel und den Drogenmißbrauch zu bekämpfen und zu reduzieren, der sowohl für den einzelnen als auch für die ganze Gesellschaft so schreckliche Folgen hat. Aktiv arbeiten die Vereinten Nationen gemeinsam mit Regierungen und anderen mit diesem Problem befaßten Stellen an seiner Lösung. Weit mehr muß jedoch noch getan werden, und ich habe deshalb meinerseits Maßnahmen ergriffen, die die Koordinierung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen in diesem so überaus wichtigen Bereich verbessern sollen.

Schließlich möchte ich noch über die ständige Zunahme der verschiedenen Formen politisch motivierter Gewalttaten — Flugzeugentführungen, Entführungen von Menschen, Autobomben und Morde — sprechen. In einigen Bereichen herrscht in unserer Gesellschaft ein Belagerungszustand. Die öffentliche Ordnung, die Sitten, ja sogar das öffentliche Leben sind in vielen Teilen der Welt ernsthaft bedroht. Wie so häufig, ist die Zahl der unschuldigen Opfer erschreckend hoch. Es ist nicht allein damit getan, diese Gewaltakte zu beklagen, sie zu verurteilen oder zu versuchen, sie einzudämmen. Man muß sich auch mit der Frage auseinandersetzen, wie an die tieferen Ursachen dieser Phänomene herangegangen werden könnte.

\*\*\*

Der für die internationale Zusammenarbeit geschaffene Apparat muß von einem effizient und zuverlässig arbeitenden Sekretariat betreut werden. Eine meiner wichtigsten Aufgaben sehe ich somit in der Verbesserung der Arbeitsweise des Sekretariats, damit ich

die Mitgliedstaaten darüber beruhigen kann, daß wir einerseits über alle erforderlichen — aber andererseits auch nicht über mehr als die erforderlichen — menschlichen und sonstigen Mittel verfügen und daß diese rationell genutzt werden. Hierzu habe ich im letzten Jahr einige meiner leitenden Mitarbeiter gebeten, mir mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltung und der Arbeitsweise des Sekretariats vorzuschlagen. Aufgrund ihrer Empfehlungen habe ich mich jetzt zu einer Reihe von Maßnahmen entschlossen, mit denen entweder die Leistungsfähigkeit des Sekretariats erhöht oder die Kosten gesenkt werden sollen bzw. beides zugleich erreicht werden kann. So habe ich beispielsweise eine vorübergehende Einstellungssperre angeordnet. Ich werde der Generalversammlung in Kürze ausführlicher darüber berichten. Ich hoffe sehr, daß die Versammlung bei der Verabschiedung von neuen Resolutionen an diese meine Ziele denken wird.

Der Erfolg jedes Programms zur Verbesserung der Verwaltung hängt von der aktiven Mitwirkung nicht nur aller Mitarbeiter des Sekretariats, sondern auch aller Mitgliedstaaten ab. Hierzu habe ich vor, die Auffassungen der Mitgliedstaaten zu einer Reihe von Maßnahmen einzuholen, die meines Erachtens eines Versuchs wert sind.

Die Generalversammlung wird sich in diesem Jahr mit einer Reihe von personalpolitischen Fragen zu befassen haben, darunter insbesondere mit Fragen der Besoldung und sonstigen Beschäftigungsbedingungen. Unweigerlich wird es in der Frage, ob die Beschäftigungsbedingungen angemessen sind, unterschiedliche Auffassungen geben, und es sind mir auch schon solche verschiedenen Ansichten vorgetragen worden.

Die Mitgliedstaaten werden gewiß einsehen, daß das in der Charta geforderte Höchstmaß an fachlicher Eignung und Integrität nur bei entsprechenden, angemessenen Beschäftigungsbedingungen gewährleistet ist.

Das derzeit in Kraft befindliche Besoldungs-, Zulagen- und Pensionssystem gilt nicht nur für die Vereinten Nationen, sondern betrifft darüber hinaus alle Organisationen, die sich gemeinsam mit den Vereinten Nationen dem sogenannten »gemeinsamen System« angeschlossen haben. Die Generalversammlung hat wiederholt hervorgehoben, daß an diesem Verband festgehalten werden muß und daß er weiter ausgebaut werden sollte, wenn die Einstellung von Mitarbeitern bei den vielen, dem System angeschlossenen Organisationen und deren administrative Betreuung nicht in einem Chaos enden soll. Darüber hinaus haben in diesem gemeinsamen System eine Reihe von Organen — allen voran die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst (ICSC) und der Gemeinsame Pensionsfonds der Vereinten Nationen — eine überwachende Funktion. Ich darf hoffen, daß diese Fakten bei der Behandlung dieser Fragen in der Versammlung berücksichtigt werden.

\*\*\*

Wenn wir uns überlegen, welchen Sinn und Zweck ein multilaterales Vorgehen hat, dürfen wir dabei nicht vergessen, daß alle Staaten in der Regel die eigenen nationalen Interessen allem anderen voranstellen. Immer mehr macht man sich jedoch bewußt, daß es auch so etwas wie ein *internationales* Interesse gibt, das im Gemeinwohl der gesamten Menschheit liegt und die Erhaltung und vorausschauende Verwaltung der Ressourcen der Erde zum Nutzen künftiger Generationen einschließt. Dies erklärt das weitverbreitete Engage-

Kein Prominenter empfing 1984 die Nansen-Medaille, die an den Flüchtlingskommissar des Völkerbundes erinnert und nun schon seit 30 Jahren verliehen wird; sie wurde vielmehr an drei amerikanische Seeleute vergeben. Kapitän Lewis Hiller und die Matrosen Jeff Kass und Gregg Turay vom Handelsschiff »Rose City« wurden im Oktober 1984 von UN-Flüchtlingskommissar Poul Hartling dafür geehrt, daß sie ein Jahr zuvor 85 im Südchinesischen Meer treibende Flüchtlinge gerettet hatten. Für Hartling war dies Anlaß, erneut auf das Problem der »Bootsflüchtlinge« in Südostasien aufmerksam zu machen.



ment für die Vereinten Nationen und das allgemeine Interesse daran, daß diese Weltorganisation besser funktioniert. Es ist nur natürlich, daß die einzelnen Staaten bzw. Staatengruppen unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was die Vereinten Nationen tun sollen, und daß sie gerne möchten, daß sie *ihren* Vorstellungen folgen. Wenn die Vereinten Nationen besser funktionieren sollen, müssen wir uns vor allem entschlossen und unermüdlich darum bemühen, einen Ausgleich zwischen nationalen und internationalen Interessen zu finden.

Zusammenfassend möchte ich daher erneut zu einem multilateralen und rationalen Vorgehen bei der Behandlung der Probleme des Weltfriedens und der internationalen Entwicklung aufrufen. Genau dies ist es, was sich die Völker der Vereinten Nationen meiner Überzeugung nach im Grunde erhoffen — trotz all der Schwierigkeiten und Rückschläge, die sich dem Versuch der Mitgliedstaaten in den Weg stellen, ein multilaterales System zum Erfolg zu bringen. Man ist sich allgemein darüber im klaren, daß wir uns ohne ein solches System nicht zu vertretenden Risiken aussetzen und daß es daher unverantwortlich wäre, dem multilateralen Denken die Kraft zu

entziehen. Ohne das Sicherheitsnetz multilateraler Organisationen wäre die Welt zweifellos sehr viel gefährlicher und sehr viel schwerer zu regieren.

In den Vereinten Nationen und mit ihnen können wir heute auf fast 40 Jahre Erfahrung, auf 40 Jahre des Wandels und — allen Konflikten unserer Zeit zum Trotz — auf 40 Jahre ohne Weltkrieg zurückblicken. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg betrachten, den wir schon zurückgelegt haben, die dabei gewonnenen Erfahrungen überdenken und mit frischen Kräften und erneuter Entschlossenheit einen neuen Anfang machen. Davon, daß wir die Ziele erreichen, um derentwillen die Vereinten Nationen geschaffen wurden, hängt die Zukunft unseres Planeten ab. Die Vision, die uns damals die Charta von der Zukunft entworfen hat, steht uns auch heute noch vor Augen, und wir sollten alle gemeinsam auf diese Zukunft hinarbeiten.

5. September 1984

Anmerkung: Für die Überschrift ist die Redaktion verantwortlich.

## Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft

Rede des Bundesaußenministers vor der 39.UN-Generalversammlung (26. September 1984)

HANS-DIETRICH GENSCHER

Ich darf zuerst Ihnen, Herr Präsident, die Glückwünsche der Bundesrepublik Deutschland zu der Wahl in Ihr hohes Amt übermitteln. Ihre Persönlichkeit, Ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten und Ihre langjährige tiefe Verbundenheit mit der Sache der Vereinten Nationen erscheinen uns als Erfolgsgarantie für die Erfüllung Ihrer schwierigen Aufgaben. Wir sehen in Ihnen den Vertreter eines Kontinents und eines Landes, mit dem uns traditionell gute und freundschaftliche Beziehungen verbinden. Ich möchte auch die Dankbarkeit meines Landes Ihrem Vorgänger gegenüber zum Ausdruck bringen für seine kompetente Leitung der Arbeiten der 38. Tagung der Generalversammlung. Gleichzeitig möchte ich dem Generalsekretär und seinen Mitarbeitern für ihre unermüdlichen Anstrengungen und die hervorragende Arbeit danken, die sie im letzten Jahr im Interesse der Stärkung unserer Weltorganisation und des Friedens in der Welt geleistet haben. Mit besonderer Freude heiße ich heute Brunei Darussalam als neuen Mitgliedstaat in diesem Forum willkommen. Mit Brunei Darussalam verbinden uns gute bilaterale Beziehungen, und wir hegen freundschaftliche Gefühle für dieses Mitglied des Verbandes der Südasiatischen Nationen (ASEAN).

### I

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat in seinem nachdenklichen Bericht an die großen historischen Leistungen der Vereinten Nationen erinnert. Wir unterstützen seinen Aufruf, das große Potential der Weltorganisation zur Konfliktverhinderung und Konfliktlösung zu nutzen und zu stärken.

Die Welt wird heute geprägt von dem Verhältnis der Industriestaaten des Nordens zu den Entwicklungsstaaten des Südens und von dem Verhältnis der demokratischen Industrieländer des Westens zu den kommunistischen Industrieländern des Ostens. West und Ost — das ist der größte Teil des Nordens. Der Norden ist in sich gespalten. Aber auch der Süden ist zerrissen in Spannungen und Gegensätze. Wir brauchen den Dialog zwischen Norden und Süden. Spannungen innerhalb des Nordens und innerhalb des Südens durchkreuzen und verlangsamen diesen Dialog.

Der Norden und der Süden haben deshalb die Pflicht, ihre internen Spannungen abzubauen und in einer gemeinsamen Anstrengung ihre geistigen und materiellen Kräfte der Entwicklung einer Weltordnung zu widmen, die auf Gleichberechtigung, Interessenausgleich und Zusammenarbeit beruht. Einer Weltordnung, in der jeder seine Chance hat, in der die Menschen ihre Kräfte, ihre Fähigkeiten entfalten können, eine Weltordnung, in der die Menschenrechte geachtet werden und in der soziale Gerechtigkeit für alle gilt. Dies erfordert eine »Weltinnenpolitik«, die vom Bewußtsein der Interdependenz bestimmt ist. Eine Politik, die von der Überzeugung ausgeht, daß die Zukunft des eigenen Landes nur gesichert werden kann, wenn die Zukunft aller Länder gesichert ist.

Das drängendste Nord-Süd-Problem ist die Verschuldungskrise vieler Entwicklungsländer, insbesondere in Lateinamerika. Die Staatspräsidenten von Argentinien und Venezuela haben hierauf eindringlich hingewiesen. Die Auswirkungen der Verschuldungskrise treffen den Süden und den Norden.

Zur wirtschaftlichen Genesung der Schuldnerländer sind energische Anpassungsmaßnahmen erforderlich. Solche Maßnahmen ha-

ben politische und soziale Folgen. Jacques de Larosière hat unlängst gesagt:

»Man muß einsehen, daß es soziale und politische Grenzen der wirtschaftlichen Anpassung gibt. Die Vorteile, die ein Land erfährt, wenn es seine Schulden bedient und Anpassungspolitik betreibt, müssen die Kosten, die menschliche Not dieser Anpassung aufwiegen.«

Nur in diesem Geist ist das Problem zu lösen.

Auch dem Norden macht die Krise zu schaffen: Die notwendigen Importdrosselungen der Schuldnerländer sind Exportminderungen der Industrieländer. Das internationale Bankensystem ist schweren Belastungen ausgesetzt. Die Lösung der Krise ist nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Nord und Süd möglich. Die Schuldendienstverpflichtungen der Entwicklungsländer und ihre Fähigkeit, sie zu erfüllen, müssen wieder in Einklang gebracht werden. Wir brauchen längerfristige Umschuldungsstrategien zur Unterstützung wirksamer Anpassungsanstrengungen der Schuldner. Mexiko liefert den Beweis, daß erfolgreiche Anpassung möglich ist. Wir haben Grund zur Hoffnung, daß auch die anderen Länder nach einer schmerzhaften ersten Phase der Anpassung den Übergang zur zweiten Phase schaffen, in der Anpassung und Wachstum wieder verbunden sind. Wir werden die Schuldenkrise nur durch intensiven Dialog und solidarische Zusammenarbeit überwinden. Wir begrüßen es deshalb, daß es zu einem umfassenden Dialog im kommenden Frühjahr in IMF und Weltbank kommen wird.

Für die wirtschaftliche Gesundung und die Entwicklung der Dritten Welt ist ein Bündel abgestimmter Maßnahmen erforderlich:

1. Die Industrieländer müssen für stabiles Wachstum bei sich selbst sorgen.
2. Der Protektionismus muß bekämpft werden. Für die Exporte der Dritten Welt müssen die Märkte offenbleiben und sich weiter öffnen. Den vielen Worten für die Handelsliberalisierung müssen die Taten entsprechen.
3. Das viel zu hohe internationale Zinsniveau muß sinken. Wie soll ein dauerhaftes Wachstum in den Entwicklungsländern bei dem heutigen Realzinsniveau möglich sein?
4. Die Entwicklungsländer brauchen mehr Direktinvestitionen aus dem Ausland. Die Industrieländer müssen deshalb ihre Investitionsförderungs politik fortsetzen. Die Entwicklungsländer ihrerseits müssen ein günstiges Klima für Auslandsinvestitionen schaffen.

Direktinvestitionen transferieren nicht nur Kapital, sie transferieren vielmehr gleichzeitig Technologie und Management erfahrungen, und sie erleichtern den Zugang zum Weltmarkt. Der Technologietransfer in die Dritte Welt muß mit aller Kraft gefördert werden. Eine Einigung über ausgewogene Kodizes für transnationale Unternehmen und Technologietransfer würde die Investitionsneigung fördern.

Unsere besondere Aufmerksamkeit und Hilfe muß den ärmsten Ländern der Welt gelten. Seit 1971 hat sich die Zahl der am wenigsten entwickelten Länder von 25 auf 36 erhöht. Ihr Wirtschaftswachstum und insbesondere ihre Nahrungsmittelproduktion halten mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt. Ihre Schuldenlast ist bedrückend. Sie brauchen steigende öffentliche Entwicklungshilfe. Die Bundesrepublik hat diese Länder deshalb in ihrer Entwicklungszusammenarbeit immer besonders berücksichtigt. Seit Jahren gibt sie ihnen nur noch nicht-rückzahlbare Zuschüsse. Den meisten von ihnen hat sie die öffentlichen Schulden erlassen.

Besonders dramatisch ist die Lage in vielen Ländern Afrikas. Afrika bedarf der internationalen Solidarität und der koordinierten Anstrengungen der Weltgemeinschaft. Im Mittelpunkt muß die Ernährungssicherheit stehen. Die akute Not muß bekämpft, die Fähigkeit zur Eigenversorgung muß gestärkt werden. Afrika ist deshalb Schwerpunkt unserer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit: Deutlich über 40 Prozent unserer gesamten Hilfe fließen dorthin. Wir haben, dem Appell des Generalsekretärs folgend, für eine Sonderaktion 1984 zur Ernährungssicherung zusätzlich 50 Mill DM zur Verfügung gestellt. Der Subsahara-Bericht der Weltbank bestärkt uns in der Absicht, auch 1985 weitere zusätzliche Mittel für Afrika vorzusehen.

Ich möchte an dieser Stelle an die industrialisierten Staatshandelsländer appellieren, ihre Entwicklungshilfe in ein vertretbares Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft und zu ihren Rüstungsausgaben zu bringen. Auch sie sollten ihre Tore für die Exporte der Entwicklungsländer weiter öffnen. Sie nehmen nur fünf Prozent der Exporte der Entwicklungsländer auf, während mehr als zwei Drittel dieser Exporte in die westlichen Industriestaaten gehen.

## II

Herr Präsident, nach den Schätzungen der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko wird sich die Zahl der Menschen in den nächsten 40 Jahren nahezu verdoppeln, trotz aller Anstrengungen, das Bevölkerungswachstum zu bremsen. Damit wird sich die Zahl und die Schwere der Menschheitsprobleme vervielfachen.

Wir, die heute Lebenden, tragen die Verantwortung dafür, daß unsere Kinder und Enkel eine Welt vorfinden, die ihnen ein Leben in menschlicher Würde ermöglicht. Die Gefahr wächst, daß das ›Raumschiff Erde‹ die Menschheit nicht mehr tragen kann. Die Universalität dieser Zukunftsgefahr zwingt die Völkergemeinschaft, ihre Kräfte zu bündeln. Mehr Menschen brauchen mehr Nahrung, Trinkwasser, Kleidung, Wohnung, Schulen, Arbeitsplätze, Krankenhäuser, Erholungsmöglichkeiten. Schon der Mehrzahl der Lebenden steht all das nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Und dennoch müssen wir es für mehr als 8 Milliarden Menschen schaffen. Und wir haben nur wenig Zeit. Mehr Menschen werden aber auch die Umwelt stärker belasten. Schon heute stellen wir fest: Die Wüsten dehnen sich aus, wertvolle Böden versalzen und erodieren, die Vegetation in den Industrieländern wird durch sauren Regen bedroht. Jahr für Jahr verschwinden unwiederbringlich zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Meere und Binnengewässer verschmutzen. Die Verbrennung von Kohlenwasserstoffen gefährdet das Weltklima. Industriemüll, Abfälle und Abwässer stellen der Weltgemeinschaft gewaltige technische und finanzielle Aufgaben.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) muß zum Motor einer weltweiten Umweltpolitik werden. Aber alle internationale Zusammenarbeit ist auf Sand gebaut, wenn der Umweltschutz nicht im eigenen Land, wenn er nicht zu Hause praktiziert wird. Vergiftete Luft, vergiftetes Wasser machen nicht an den Grenzen halt. Wir sprechen und verhandeln deshalb mit allen unseren Nachbarn in West und Ost über eine gemeinsame Bekämpfung der Umweltgefahren. Die Umweltkonferenz in München hat wichtige Anstöße für eine grenzüberschreitende Umweltpolitik gegeben.

Im Interesse der Bekämpfung von Umweltbelastungen an der Quelle muß bei der öffentlichen und privaten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt mehr als bisher dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Rechnung getragen werden.

In der dichtbesiedelten und hochindustrialisierten Bundesrepublik Deutschland traten Umweltprobleme früher als anderswo in Erscheinung. Wir haben deshalb vielfältige Erfahrungen in der Erkennung, Messung und der Bekämpfung von Umweltschäden sammeln können. Wir sind bereit, diese Erfahrungen jedem interessierten Partner zur Verfügung zu stellen.

Die großen Aufgaben des wirtschaftlichen Wachstums und des Umweltschutzes, der Entwicklung und der Welternährung sind nicht zu lösen ohne die Möglichkeiten für die Landwirtschaft und die Lösung des Ernährungsproblems bieten. Es erscheint möglich, künftig mit gentechnologischen Methoden Pflanzen zu entwickeln, die auch unter schwierigen Boden- und Klimabedingungen noch ertragsfähig sind. Es erscheint möglich, den Ernteertrag deutlich zu steigern und den Verbrauch an chemischen Düngemitteln drastisch zu verringern.

Die internationalen Agrarforschungsprogramme zur Förderung der Landwirtschaft der Entwicklungsländer müssen die Möglichkeiten, die die Gentechnologie in Aussicht stellt, voll nutzen. Aber gerade die Gentechnologie macht uns bewußt, daß die neuen Hochtechnologien nicht nur Chancen bringen, die wir nutzen können, sondern auch Gefahren, die wir von Anfang an kontrollieren müssen.

Der Respekt vor der Schöpfung muß uns bei der Nutzung der Gentechnologie leiten, und er muß uns wachsam machen gegen jeden Mißbrauch zur Manipulation menschlicher Erbanlagen. Die Menschenwürde verlangt, daß solche Manipulationen von vornherein geächtet und unmöglich gemacht werden. Das ist ein Thema auch für die Vereinten Nationen.

## III

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit der Zusammenarbeit von Nord und Süd soll das Wohlstandsgefälle verringert, sollen Hunger und Not, Krankheit und Unwissenheit überwunden, sollen die elementaren Menschenrechte gesichert werden. Die internationalen Pakte über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte müssen im Zentrum der Arbeit der Vereinten Nationen stehen.

Frieden und Menschenrechte gehören zusammen. Wer die Menschenrechte mißachtet, verletzt damit Verpflichtungen, die er auf Grund der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der internationalen Menschenrechtspakte übernommen hat — er verletzt Völkerrecht.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist eine aktive Menschenrechtspolitik ein Pfeiler ihrer Friedenspolitik. Der Generalversammlung liegt der Entwurf einer UN-Konvention gegen Folter vor, dem wir zustimmen und dem wir große Bedeutung beimessen. Wir appellieren an alle Mitgliedstaaten, die Konvention mit den vorgesehenen Kontrollverfahren anzunehmen und wirksam werden zu lassen. Die Folter, eine der schlimmsten Geißeln der Menschheit, muß weltweit geächtet werden. Niemand darf den Folterknechten ausgeliefert werden, kein Folterknecht darf seiner gerechten Strafe entgehen.

Wir begrüßen es, daß unser Vorschlag eines Fakultativprotokolls zur Ächtung des Todesstrafe positiv aufgenommen wurde. Ich bitte weiter um konstruktive Mitarbeit, ich bitte darum auch die Staaten, die noch nicht auf die Todesstrafe verzichten wollen. Rassismus, insbesondere die Apartheid in Südafrika, ist eine fundamentale Verletzung der Menschenwürde. Wir appellieren an die Republik Südafrika, den Weg frei zu machen für die Verwirklichung der elementaren Menschenrechte für alle ihre Bürger.

Die Vereinten Nationen brauchen Institutionen, die einen besseren Schutz der Menschenrechte ermöglichen. Die Forderungen nach Einsetzung eines Hochkommissars für Menschenrechte und nach Errichtung eines Menschenrechtsgerichtshofes zeigen den Weg dazu.

## IV

Herr Präsident, die Charta der ›Vereinten Nationen‹ ist der großartige Versuch, die überkommenen, auf Machtbesitz und Machtausdehnung gerichteten Strukturen zu überwinden und neue Strukturen zu schaffen. Aber die Vereinten Nationen haben die Nationen noch nicht vereinigt. Noch ist die Welt geprägt durch die Rivalitäten von Nationen und Machtblöcken, denen Mißtrauen zugrunde liegt. Das ist das Ergebnis bitterer historischer Erfahrungen. Die Weltgeschichte hat die Völker gelehrt, sich auf die Gefahr der Gewalt von außen einzurichten.

Noch immer wird Gewalt angewendet. Das afghanische Volk wartet darauf, daß es seine Unabhängigkeit, sein Selbstbestimmungsrecht, den Glauben seiner Väter in Frieden bewahren kann. Laos und Kamputschea kämpfen um ihre Unabhängigkeit. Im Golfkrieg sterben immer noch Menschen einen sinnlosen Tod. Zentralamerika wird von inneren und äußeren Spannungen erschüttert. Namibia wird seine Unabhängigkeit noch immer vorenthalten. In Südafrika werden Menschen wegen ihrer Hautfarbe diskriminiert. Der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe, solange Gewalt angewendet und nicht verhandelt wird. Ohne Gewaltverzicht, ohne die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, ohne die Anerkennung des Existenzrechts aller Staaten einschließlich Israels wird es keinen dauerhaften und gerechten Frieden im Nahen Osten geben.

Wir müssen den friedensfördernden Einfluß der Vereinten Nationen stärken. Der Generalsekretär mahnt zu Recht, weniger von der Ineffizienz der Vereinten Nationen und mehr von der mangelnden Bereitschaft der Staaten zu sprechen, deren Möglichkeiten zu nutzen. Dazu muß das Prinzip der Universalität unversehr bleiben. Trotz aller Gegensätze müssen wir den Dialog stets so führen, daß seine Fortsetzung allen Beteiligten als sinnvoll erscheint.

Wir alle wissen, wie schwer es ist, ausgebrochene Konflikte zu lösen oder auch nur einzudämmen. Deshalb müssen Konflikte schon in der Phase ihrer Entstehung entschärft werden. Dazu brauchen wir einen funktionierenden Frühwarnmechanismus, der dem Sicherheitsrat und dem Generalsekretär schnelles Handeln ermöglicht. Wir unterstützen die Vorschläge, die der Generalsekretär hierzu gemacht hat. Zusammen mit anderen Delegationen hat die Bundesrepublik Deutschland im Charta-Ausschuß Vorschläge zur ›Prävention internationaler Konflikte‹ vorgelegt. Auch unsere Flüchtlingsinitiative, die die erschreckenden Flüchtlingsströme durch politische Zusammenarbeit eindämmen soll, dient dem Ziel, aufkommenden Konfliktstoff zu beseitigen.

Die Beachtung des Gewaltverbots ist der erste Schritt, der getan werden muß. Gewaltverzicht bedeutet keinen Verzicht auf Überzeugungen, Wertvorstellungen und Interessen. Er betrifft die Form und die Mittel, mit denen die Staaten ihre Gegensätze austragen. Der Gewaltverzicht ist eines der grundlegenden und unverzichtbaren Ordnungsprinzipien für das friedliche Zusammenleben der Staaten.



Der langwierige Streit um die argentinisch-chilenische Grenze an der Südspitze des amerikanischen Kontinents ist durch die Vermittlung des Vatikans entschieden worden. Die strittigen Inseln im Beagle-Kanal fallen Chile zu, die atlantischen Meeresgebiete bis zum Kap Hoorn Argentinien. In Argentinien wurde die Regelung Ende November in einer Volksbefragung gebilligt.

## V

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland ist Friedenspolitik, sie beruht auf dem Verzicht auf Gewalt. Das Nordatlantische Bündnis, dem wir angehören, steht auf diesem Fundament. In der Erklärung von Bonn vom Juni 1982 stellen die Bündnispartner fest:

»Unser Ziel ist es, Krieg zu verhindern und unter Wahrung der Demokratie die Grundlagen für dauerhaften Frieden zu schaffen. Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn, als Antwort auf einen Angriff.«

Wir wissen dabei, daß militärische Stärke allein eine friedliche Zukunft nicht garantieren kann. Abrüstung und Rüstungskontrolle sind deshalb integrale Bestandteile unserer Sicherheitspolitik.

In Europa stehen sich Ost und West hochgerüstet gegenüber; weltweit werden ungeheure Mittel für Rüstung ausgegeben, die für die Gestaltung der Zukunft fehlen — bei uns und in den Entwicklungsländern. Das Maß des Mißtrauens ist am Barometer der Welt-Rüstungsausgaben ablesbar.

Vertrauensbildung und Abrüstung sind eine Forderung an die ganze Weltgemeinschaft, an Ost und West, an Nord und Süd. Keine Region dieser Welt kann heute noch Frieden und Sicherheit für sich allein finden. Rüstungskontrolle in Europa fördert Frieden und Stabilität in der Welt.

Der weltweite und regionale Dialog über Abrüstung und Rüstungskontrolle ist nicht abgebrochen. Nicht Pessimismus und Resignation dürfen unsere Bemühungen bestimmen. Sie müssen von dem Willen getragen sein, die verfügbaren Instrumente für eine aktive Politik zu nutzen. Das heißt vor allem: Es muß verhandelt werden. Das muß überall und für alle Waffen gelten. Kein Waffensystem darf ausgenommen bleiben. Niemand darf nur seine eigenen Sicherheitsinteressen sehen. Er muß auch die legitimen Interessen der anderen erkennen. Keiner darf Sicherheit auf Kosten anderer suchen.

Wir begrüßen es, daß Präsident Reagan von dieser Stelle aus der Sowjetunion einen umfassenden Abrüstungsdialog vorgeschlagen hat. Dieser Dialog liegt im Interesse aller Völker. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion tragen wegen ihres nuklearen Potentials und wegen ihrer Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungs-Vertrag eine besondere Verantwortung. Wir treten mit dem amerikanischen Präsidenten dafür ein, daß die Verhandlungen über nukleare Waffen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ohne Vorbedingungen wiederaufgenommen werden. Wir unterstützen den amerikanischen Wunsch nach drastischen Reduzierungen bei den interkontinental-strategischen Waffen. Wir wollen unverändert den weltweiten Verzicht der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf landgestützte Mittelstreckenflugkörper. Jede ausgewogene Vereinbarung auf dem Wege dahin unterstützen wir. Wir fordern Rüstungskontrolle für den Weltraum. Noch ist es Zeit. Wir wollen bei den Wiener MBFR-Verhandlungen durch beiderseitige Truppenreduzierungen ein paritätisches Kräfteverhältnis bei den konventionellen Streitkräften in Mitteleuropa herstellen.

Wir rufen die Teilnehmer an der Stockholmer Konferenz auf, konkreten, militärisch bedeutsamen und verifizierbaren Maßnahmen zur Sicherheit und Vertrauensbildung zuzustimmen. Diese Maßnahmen müssen in ganz Europa gelten. Wir treten ein für die Konkretisierung und Bekräftigung des Gewaltverzichts im Rahmen des Mandats der Stockholmer Konferenz. Er muß für jeden gegenüber jedem gelten, innerhalb der Paktsysteme genauso wie im Verhalten der Teilnehmerstaaten überall in der Welt.

Wir fordern einen neuen Impuls für den KSZE-Prozeß. Der finnische Vorschlag, den 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki durch eine Konferenz auf politischer Ebene zu würdigen, verdient Unterstützung.

Wir appellieren an alle Mitglieder der Vereinten Nationen, den Prozeß der Vertrauensbildung in allen Teilen der Welt konkret und ernsthaft in Angriff zu nehmen und damit die Voraussetzungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle weltweit zu verbessern. Es bleibt wichtig, angesichts der überall steigenden Ausgaben für militärische Zwecke die Militärhaushalte offenzulegen und miteinander vergleichbar zu machen.

Wir treten dafür ein, bei den Vereinten Nationen ein Register zu führen, das Auskunft über die weltweiten Waffenexporte und Waffenimporte gibt.

Wir wollen ein weltweites, umfassendes und verifizierbares Verbot der chemischen Waffen. Es reicht nicht aus, die chemischen Waffen nur für Europa zu ächten und damit die Möglichkeit offenzulassen, daß sie in anderen Teilen der Welt angewendet werden.

Die in Abrüstungsverhandlungen eingegangenen Verpflichtungen müssen überprüft werden können. Die Bundesrepublik Deutschland wird ihren Beitrag zum Erfolg der Abrüstungsverhandlungen leisten.

## VI

Herr Präsident, Europa hat die Schrecken zweier Weltkriege erlebt. Die Europäische Gemeinschaft ist aus diesen Erfahrungen geboren. Wir wollen die Europäische Union. Die in dieser Union zusammengeschlossenen Völker werden ihre Kräfte und ihre Möglichkeiten so entfalten, daß Europa den Platz in der Welt einnimmt, der ihm gebührt.

Die deutsch-französische Freundschaft ist ein Beispiel dafür, wie die Lektionen der Geschichte beherzigt werden können. Das gemeinsame Gedenken des Bundeskanzlers und des französischen Präsidenten an den Soldatengräbern von Verdun ist Symbol für Versöhnung und Freundschaft.

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft wollen die Zukunft gemeinsam meistern. Aber Europa ist mehr als die zehn, demnächst zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Wir suchen die Zusammenarbeit mit allen Staaten Europas. Wir Deutschen sind uns der Verantwortung bewußt, die sich aus der Geschichte unseres Landes und aus unserer Lage im Herzen Europas ergibt. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihr Schicksal fest in das Schicksal Europas eingebettet. Unsere Politik ist europäische Friedenspolitik.

Wir wollen mit den anderen Teilnehmern der KSZE auf der Grundlage der Schlußakte eine Friedensordnung in Europa schaffen, in der sich die Zusammenarbeit der Staaten, ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Systeme, frei entfalten kann. Wir wollen eine Friedensordnung, in der die Völker, wie die Schlußakte von Helsinki es vorsieht, ihr Schicksal selbst bestimmen, in der sie frei von Angst vor Gewalt, Drohung und Bevormundung leben können, in der die Menschen in den Genuß der ihnen zustehenden Rechte und der Früchte des friedlichen internationalen Austausches kommen.

Es ist europäische Friedenspolitik, wenn in dem »Brief zur deutschen Einheit« gesagt wird, daß es unser politisches Ziel ist, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Mein Land hat mit den in den siebziger Jahren geschlossenen Verträgen mit unseren östlichen Nachbarn den Weg zur KSZE freigemacht. Wir stehen ohne Abstriche zu diesen Verträgen. Die Bundesrepublik Deutschland achtet die territoriale Integrität aller Staaten in ihren heutigen Grenzen. Sie geht von der bestehenden Lage in Europa aus. Sie erhebt keine Gebietsansprüche gegen irgend jemanden und wird solche auch in Zukunft nicht erheben. Sie betrachtet heute und künftig die Grenzen aller Staaten als unverletzlich.

Wir appellieren an alle Staaten, ihre Jugend zum Frieden und zur Achtung vor anderen Völkern und vor anderen Auffassungen zu erziehen. Erziehung zum Haß gefährdet den Frieden. Polemik gegen die friedlichen Absichten anderer Völker vergiftet das politische Klima.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Wunsch, die mit ihren östlichen Nachbarn geschlossenen Verträge mit Leben zu erfüllen. Wir wollen, daß die Schlußakte von Helsinki in allen ihren Teilen verwirklicht wird. Wir wollen den KSZE-Prozeß fortsetzen. Dieser Prozeß hat die Lage in Europa zum Besseren gewendet. Er hat schweren Belastungen des internationalen Klimas standgehalten. Der Beitrag aller KSZE-Teilnehmerstaaten — der großen wie der kleinen — wird für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unverzichtbar bleiben.

Wir wollen Zusammenarbeit mit allen Staaten des Warschauer Pakts. Wir wollen Zusammenarbeit, politisch, wirtschaftlich, technologisch, wir wollen sie beim Schutz der Umwelt. Wir wollen einen engen kulturellen Austausch. Wir werden unseren auf Ausgleich und Verständigung gerichteten Kurs beharrlich und geduldig fortsetzen. Wir werden uns nicht entmutigen und nicht beirren lassen. Wir werden den auch in schwierigen Zeiten nie unterbrochenen Dialog und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf der Grundlage des Moskauer Vertrages konsequent fortsetzen. Dieser Vertrag eröffnet ebenso wie das langfristige Wirtschaftsabkommen große Perspektiven, die es zu nutzen gilt. Der Wille zur deutsch-polnischen Verständigung und Versöhnung bestimmt unser Denken und Handeln gegenüber dem polnischen Volk. Der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 hat den Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht ein für allemal durchbrochen. Das gehört zu den bedeutsamsten Ergebnissen deutscher und europäischer Nachkriegspolitik.

Unsere Zusammenarbeit mit der DDR auch in einer Zeit der Spannungen zwischen West und Ost ist Ausdruck der historisch begründeten Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden in Europa. Diese Verantwortung muß sich auch in der gemeinsamen Regelung menschlicher und sachlicher Probleme bewähren. Die Menschen müssen die positiven Ergebnisse der Entspannungspolitik unmittelbar erfahren können. Wir haben dabei Fortschritte gemacht. Wir wollen, daß beide deutsche Staaten auf dem durch den Grundlagenvertrag und durch die Schlußakte von Helsinki vorgezeichneten Weg voranschreiten, wir wollen, daß sie ein Beispiel geben bei der Verwirklichung der in der Schlußakte übernommenen Verpflichtungen. So werden wir dem Anspruch gerecht, der in dem Bekenntnis zur Verantwortungsgemeinschaft seinen Ausdruck findet.

Von entscheidender Bedeutung für das West-Ost-Verhältnis und für den Frieden in der Welt ist die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Gleichheit und der gegenseitigen Rücksichtnahme, die in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung von 1972 verankert sind, könnte den Weg dazu ebnen. Präsident Reagan hat vor den Vereinten Nationen die Entschlossenheit seines Landes zum Ausdruck gebracht, mit der Sowjetunion zur Sicherung des Weltfriedens zusammenzuarbeiten. Das sollte eine positive Antwort der Sowjetunion finden.

Wir können den Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion nicht ersetzen, aber wir leisten — wie andere mittlere und kleinere Staaten auch — unseren Beitrag zur Verbesserung der West-Ost-Beziehungen, und dieser Beitrag ist nicht gering.

## VII

Herr Präsident, Europa, das so oft von Kriegen heimgesucht wurde, von dem aus viele Kriege in andere Teile der Welt getragen wurden, muß heute Ausgangspunkt von Initiativen des Friedens und der Zusammenarbeit für alle Teile der Welt sein. Deshalb setzt die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft auch im Verhältnis zur Dritten Welt auf eine Politik, die darauf zielt,

»auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung zwischen Partnern und in ihrem gegenseitigen Interesse eine enge und andauernde Zusammenarbeit im Geiste internationaler Solidarität herzustellen«, wie es der Vertrag von Lomé II formuliert.

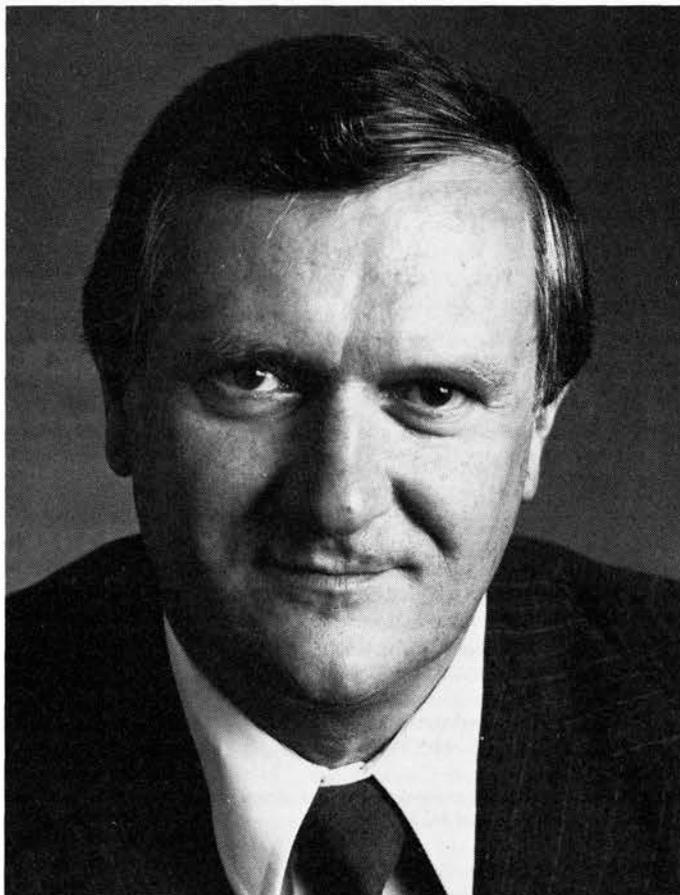
Wir wollen Freundschaft und gleichberechtigte Partnerschaft mit den Staaten des Südens. Wir unterstützen den Gedanken echter Blockfreiheit, weil er Unabhängigkeit bewahrt und fremdes Vorrherrschaftsstreben abwehrt. Die Blockfreienbewegung wird immer mehr zu einem stabilisierenden Faktor der Weltpolitik.

Große Bedeutung für die Stabilität in der Welt hat das volkreichste Land der Erde, die Volksrepublik China. Wir sehen mit Befriedigung, wie sich China auch über Asien hinaus öffnet und seine Mitverantwortung für Frieden und Zusammenarbeit in der Welt wahrnimmt.

Regionale Zusammenschlüsse bieten kleinen und mittleren Staaten die Möglichkeit, ihre Kräfte zu bündeln und ihre Unabhängigkeit gemeinsam zu behaupten. Die Europäische Gemeinschaft arbeitet mit den ASEAN-Staaten und den Anden-Pakt-Staaten im Rahmen von Kooperationsverträgen eng zusammen.

Wir treten für eine engere Zusammenarbeit der Staaten der Europäischen Gemeinschaft mit den Staaten des Golf-Kooperationsrates ein. Wir tragen das Unsere dazu bei, damit der europäisch-arabische Dialog wieder intensiviert wird. In wenigen Tagen werden die Außenminister der EG-Staaten, Spaniens und Portugals in San José mit ihren Kollegen aus den Ländern Zentralamerikas und der Contadora-Gruppe zusammentreffen, um einen politischen Dialog zu beginnen und die Grundlagen für eine wirtschaftliche Kooperation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Zentralamerika zu schaffen.

Herr Präsident, Nord und Süd müssen miteinander sprechen, miteinander verhandeln, gemeinsame Lösungen für die Menschheitsprobleme der Gegenwart und der Zukunft finden. Der Nord-Süd-Dialog wird aber nur Erfolg haben, wenn er im Bewußtsein der gleichen Würde aller Kulturen dieser Welt geführt wird.



Seit Oktober 1984 leitet Karl Theodor Paschke als Botschafter die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Wien. Er ist Nachfolger von Julius Hoffmann, der in den Ruhestand gegangen ist. Paschke, geboren am 12. November 1935 in Berlin, trat nach einem Jurastudium 1960 in den Auswärtigen Dienst ein. 1972-77 leitete er die Ausbildung für den höheren Auswärtigen Dienst in Bonn. Anschließend war Paschke Pressereferent der Botschaft Washington; 1980 wurde er Sprecher des Auswärtigen Amtes.

Der Kulturaustausch zwischen Nord und Süd darf nicht am Rande, er muß im Zentrum des Nord-Süd-Gesprächs stehen. Unsere Welt ist voll von kulturellen Vorurteilen, die oft auf Unwissenheit beruhen. Wir alle haben noch voneinander zu lernen. Der Norden ist zwar reicher als der Süden, aber er ist deshalb nicht klüger, menschlicher, kultivierter. Die Kulturen des Nordens und des Südens müssen sich wechselseitig in ihrer kulturellen Eigenwürde als gleichwertig anerkennen.

Es kommt auf die innere Haltung an, mit der wir anderen Völkern begegnen. Wie oft hat Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern mit der Mißachtung ihrer kulturellen Identität und ihrer kulturellen Leistungen begonnen. Um ein Land zu verstehen, muß man seine Kultur verstehen. Die Erfahrung der Gleichwertigkeit der Kulturen kommt den Völkern nicht von selbst. Das erfordert einen intensiven Kulturaustausch. Wir sind bereit, zu geben — und zu nehmen. Der Kulturaustausch trägt bei zu dem Aufbau einer friedlichen Weltordnung.

## VIII

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Völker schauen in diesen Tagen in Sorge und Hoffnung nach New York. Sie sind beunruhigt. Nicht allein, daß es Spannungen gibt, macht sie besorgt, sondern daß die Spannungen zu wachsen scheinen. Und sie fragen sich, was geschehen wird, wenn die Spannungen immer weiter wachsen.

Die Probleme, vor denen wir stehen, sind ernst und schwer. Niemand erwartet von uns, daß wir in diesen Tagen eine Zauberformel finden, die alles mit einem Schlag löst. Aber eines erwarten die Völker mit Recht: Daß wir Zeichen der Hoffnung setzen. Zeichen, daß die Regierungen der Welt die Gefahr erkannt haben, Zeichen dafür, daß sie in der Lage sind, dem Anwachsen der Spannungen Einhalt zu gebieten.

Die Völker wollen nicht die Wiederholung längst bekannter unverständlicher Standpunkte oder Schuldzuweisungen hören. Sie wollen wissen, was wir konkret zu tun gedenken, um dem gemeinsamen Interesse des Friedens zu dienen. Wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Ich habe Ihnen dargelegt, wie mein Land seine Verantwortung wahrnimmt. Die Bundesrepublik Deutschland stellt sich den Herausforderungen der Zukunft mit der Zuversicht eines Landes, dessen Bürger sich frei entfalten und in Freiheit zum Aufbau einer humanen und gerechten Welt beitragen können.

Das große Ziel einer humanen und gerechten Welt sollte uns leiten, wenn wir 1985 den vierzigsten Geburtstag unserer Organisation feiern und 1986 das »Internationale Jahr des Friedens« begehen.

# Literaturhinweise

**Spröte, Wolfgang / Wünsche, Harry (Hrsg.): Die Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen. Dokumente**

Band 2: **Die Hauptorgane der UNO.** 1979, 708 S., 72,- M

Band 3, Teil I: **Resolutionen zur Abrüstung und zur Kodifizierung des Völkerrechts.** 1981, 640 S., 64,- M

Band 6: **Resolutionen zu Grundfragen des internationalen Handels und der internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen.** 1980, 464 S., 47,- M

Band 10: **Der Weltpostverein.** 1983, 505 S., 64,20 M

Band 12: **Die internationale Arbeitsorganisation.** 1981, 427 S., 44,- M

Band 18: **Die Weltorganisation für geistiges Eigentum.** 1982, 494 S., 50,- M.

Berlin (Ost): Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik. Insgesamt 20 Bände

Mit den oben aufgeführten Titeln sind inzwischen 11 der zu erwartenden 20 Bände erschienen (vgl. auch die Besprechung in VN 5/1978 S.180f.). Vor zehn Jahren begann in der DDR der Staatsverlag mit der Herausgabe dieser Dokumentenreihe über das UN-System, wobei die Texte der Dokumente meist in den UN-Amtssprachen Russisch, Englisch und Französisch sowie in deutscher Übersetzung wiedergegeben werden. Herausgeber der Reihe sind weiterhin Wolfgang Spröte und Harry Wünsche vom Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg.

Ursprünglich sollten jährlich zwei Bände erscheinen; insgesamt waren 17 Bände vorgesehen. Davon sollten die Bände 7 bis 17 jeweils eine 'Spezialorganisation' des UN-Systems behandeln. Mit dem Anwachsen der Zahl der Sonderorganisationen durch die Gründung der WIPO 1974 und des IFAD 1977 sowie der demnächst zu erwartenden Umwandlung der UNIDO zu einer Sonderorganisation wird die Gesamtzahl der Dokumentenbände auf 20 ansteigen. Ferner sind weitere Teil- und Ergänzungsbände zu erwarten, so daß das Gesamtwerk in absehbarer Zeit nicht vollständig vorliegen wird.

Band 2, zusammengestellt und eingeleitet von Harry Wünsche, behandelt die Hauptorgane und beginnt mit einer knappen Vorbemerkung, die sich auf eine sachliche Einführung in die aufgenommenen Dokumente beschränkt und sich dadurch von den interessenspezifisch-politisch weit ausholenden Einführungen anderer Dokumenten-Bände wohltuend abhebt. Teil I behandelt das UN-System als Völkerrechtssubjekt und enthält die Konventionen über die Immunitäten und Privilegien der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen sowie ausgewählte Sitzabkommen. Teil II enthält die Geschäftsordnungen ('Verfahrensregeln') der vier Hauptorgane Generalversammlung, Sicherheitsrat, Treuhänder und Internationaler Gerichtshof sowie die Statuten des Verwaltungsgeschichts der Vereinten Nationen und der Völkerrechtskommission (die Geschäftsordnung des Wirtschafts- und Sozialrats ist in Band 4, das Statut des In-

ternationalen Gerichtshofs in Band 1 abgedruckt). Sämtliche Dokumente werden als nicht-authentische deutsche Texte sowie, soweit tatsächlich erfolgt, in den UN-Sprachen Russisch, Englisch und Französisch aufgeführt. Auf die Besonderheit der deutschen Übersetzung muß deswegen hingewiesen werden, weil mindestens drei deutsche Übersetzungen vorliegen. (Der Deutsche Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen hat zum Beispiel 1983 die Geschäftsordnung der Generalversammlung (UN-Doc.A/520/Rev.14) »unter teilweiser Heranziehung« einer Übersetzung des Sprachendienstes des Auswärtigen Amtes von 1961 sowie einer im Staatsverlag der DDR erschienenen Übersetzung von 1977 veröffentlicht.) Abgeschlossen wird der Band 2 — ebenso wie alle anderen Dokumentenbände — mit einem zweisprachigen (Englisch/Französisch-Deutsch) Verzeichnis der Namen und Abkürzungen von Institutionen des UN-Systems sowie mit einem Schlag- und Stichwortregister.

Band 3, Teil I, zusammengestellt und eingeleitet von Joachim Schulz, besteht seinerseits aus zwei Teilen, nämlich I. 'Kodifizierung und progressive Entwicklung des Völkerrechts' und II. 'Probleme der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung', wobei den beiden Teilen jeweils längere allgemeine Einführungen vorangestellt werden. Der Teil II des Bandes 3, der ursprünglich im ersten Halbjahr 1983 erscheinen sollte, wird Entschlüsseungen zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zu den Menschenrechten enthalten. Sämtliche Dokumente — es handelt sich ausschließlich um Resolutionen der Generalversammlung bis 1977 — werden in den vier genannten Sprachen abgedruckt.

Band 6, zusammengestellt und eingeleitet von Wolfgang Spröte, enthält Entschlüsseungen der I. bis IV. UNCTAD (1964–1976) sowie der Generalversammlung zu Grundfragen des internationalen Handels und der internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen. Diese Dokumente sowie zwei Erklärungen sozialistischer Staaten zu diesem Problemkomplex erscheinen ebenfalls viersprachig. Auf Entschlüsseungen und Dokumente des Internationalen Währungsfonds (IMF) wurde wegen der Nichtmitgliedschaft der DDR und anderer sozialistischer Staaten verzichtet.

Die Bände 10, 12 und 18 behandeln Sonderorganisationen des UN-Systems. Band 10, zusammengestellt und auf 50 Seiten eingeleitet von Karl-Heinz Schramm, enthält Verträge und Entschlüsseungen, die sich auf den technisch-administrativen Bereich des Weltpostvereins konzentrieren. Die deutschen Texte sind nicht authentisch. Die Zeittafeln gehen bis 1979, zum Teil bis 1980. Der Band enthält auch ein stark vereinfachendes Strukturschema der Organisation; hier hätte besser das offizielle, in deutscher Sprache erschienene Organigramm des Weltpostvereins verwendet werden sollen.

Band 12, zusammengestellt und auf 56 Seiten eingeleitet von Heinz und Ruth Deutschland, enthält als Dokumente die Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Geschäftsordnungen der Internationalen Arbeitskonferenz, des Verwaltungsrats und der Regionalkonferenzen sowie den Text der Vereinbarung zwischen den Vereinten Nationen und der ILO in den genannten vier Sprachen, wobei es sich bei den deutschen (und russischen) Texten um vom Internationalen Arbeitsamt angefertigte und von ihm herausgegebene Übersetzungen handelt. Der beispielhaft zu-

sammengestellte Anhang enthält unter anderem Organigramme der ILO, des Verwaltungsrats und des Internationalen Arbeitsamts, ferner Listen der Übereinkommen und Empfehlungen bis 1979 bzw. 1980, eine Übersicht über die Veröffentlichungen der ILO sowie Chroniken der Internationalen Arbeitskonferenzen und der ILO-Regionalkonferenzen.

Band 18, zusammengestellt und auf sechs Seiten eingeleitet von Karl Becher, enthält unter anderem das Übereinkommen zur Erleichterung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), die Geschäftsordnung sowie verschiedene Abkommen, die von der WIPO verwaltet werden. Im Anhang werden unter anderem Übersichten über die Organe der WIPO, die Vereinbarungen und die Mitgliedstaaten der Vereinbarungen aufgeführt.

Wie bereits 1978 hervorgehoben, ist die Gesamtleistung beachtlich und verdient Anerkennung. Die Reihe ist für alle Wissenschaftler, die sich mit Problemen der Vereinten Nationen befassen, zu einem wichtigen Nachschlagewerk geworden.

Klaus Hüfner □

## Rudolph, Helga: Internationale Rohstoffabkommen und Internationaler Rohstofffonds

Berlin (Ost): Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1983  
207 S., 21,- M

Die Verfasserin versteht internationale Rohstoffabkommen als multilaterale Maßnahmen, um »aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise resultierende negative Auswirkungen auf den internationalen (kapitalistischen und intersystemaren) Rohstoffhandel durch preisstabilisierende Effekte in Grenzen zu halten« (S.157). Die Begründung für die hierin liegende Kritik bleibt die Verfasserin allerdings schuldig. Denn auch sie sieht die Gründe für das Rohstoffproblem auf internationaler Ebene systemunabhängig in der Begrenztheit von Ressourcen und der Import- bzw. Exportabhängigkeit einiger Staaten (S.1ff.). Der Wunsch der Industrieländer nach einer Liberalisierung des internationalen Rohstoffhandels sowie die gegenläufigen Nationalisierungstendenzen werden von der Autorin allerdings deutlich herausgearbeitet.

Die Arbeit weist eine konventionelle Gliederung auf. Einem einleitenden Problemaufriß folgt eine knappe, aber vollständige Darstellung der Entwicklungsgeschichte von internationalen Rohstoffabkommen. Hieran schließt sich eine Analyse der entsprechenden UN-Aktivitäten an, wobei der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten Rechtsnormqualität zuerkannt wird — dies hätte problematisiert werden können. Dem folgt ein ausführliches Kapitel über Charakter und Inhalt internationaler Rohstoffabkommen. Es ist dies — mit Rücksicht auf die hierin liegende Systematisierungsarbeit — sicher der lesenswerteste Teil der Arbeit. Verhältnismäßig kurz geraten ist dagegen der Abschnitt über den Gemeinsamen Rohstofffonds. Ein Anhang (der neben einigen Übersichten auch den Text des Abkommens zur Schaffung des Gemeinsamen Fonds enthält) schließt das Werk ab, das für einen Neuling in diesem Bereich durchaus informativ und lesenswert ist.

Rüdiger Wolfrum □

# Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

## Politik und Sicherheit

**Stärkung der Vereinten Nationen: Die Initiative des Generalsekretärs zur 37. Generalversammlung — Bestandsaufnahme nach zwei Jahren — Neuartiger Ansatz zur Konfliktprävention (50)**

### Vorschläge von 1982

In seinem Bericht über die Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen an die 37. Generalversammlung stellte Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar mit Nachdruck fest: Es »muß etwas geschehen, und zwar schleunigst, um unsere internationalen Institutionen zu stärken und unter Einsatz von Phantasie neue Wege zur Verhinderung und Lösung von Konflikten zu finden«. (VN 6/1982 S. 200) Als dringendstes Ziel bezeichnete er die Wiederbelebung des Charta-Konzepts der kollektiven Sicherheit.

Seine teilweise sehr konkreten Vorschläge zielen auf eine bessere Nutzung des bestehenden Instrumentariums — vor allem durch Sicherheitsrat und Generalsekretär. Beide sollen in die Lage versetzt werden, internationale Krisen bereits in ihrem Frühstadium unter Kontrolle zu bringen und zu entschärfen.

● Seine wichtigsten Vorschläge zur Stärkung des *Sicherheitsrats*:

- Systematischeres und früheres Eingreifen des Rates;
- frühzeitige Diskussionen des Rates mit den Streitparteien vor dem Ausbruch einer akuten Krise;
- Beobachtung potentiell gefährlicher Situationen durch Hilfsorgane des Rates;
- Überprüfung und Effektivierung der Verfahren des Rates mit dem Ziel, schneller und entschiedener in Krisensituationen reagieren zu können;
- Gewährleistung größerer Unterstützung durch alle Regierungen bei der Durchführung der Resolutionen des Rates sowie der in seinem Auftrag durchgeführten Guten Dienste und Verhandlungen mit den Streitparteien.

Als »unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg« der Ratstätigkeit bezeichnete Pérez de Cuéllar die Verbesserung der Arbeitsbeziehungen unter seinen Ständigen Mitgliedern. Diese sind weiterhin durch den ideologisch-politischen Antagonismus zwischen der Sowjetunion und den drei westlichen Ständigen Mitgliedern nachhaltig belastet.

● Vorschläge zur Stärkung der Rolle des *Generalsekretärs* im Bereich der Friedenssicherung unter Artikel 99 der Charta (der es dem Generalsekretär ermöglicht, die Aufmerksamkeit des Rates auf seines Erachtens friedensgefährdende Entwicklungen zu lenken):

- Systematischer Ausbau seiner politischen Funktionen, vor allem im Bereich der stillen Diplomatie;
- Ausdehnung und Systematisierung seiner Zuständigkeit zur Tatsachenermittlung in potentiellen Konfliktgebieten, in

enger Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsrat.

● Vorschläge zum Ausbau *friedenssichernder Operationen*:

Untersuchung der bestehenden Möglichkeiten zur Stärkung von »peacekeeping operations« durch

- Ausweitung ihrer militärischen Befugnisse,
- Erhöhung ihrer Wirksamkeit durch individuelle oder kollektive Garantien.

### Positive Resonanz

Die erste Reaktion der UN-Mitgliedstaaten auf diese Vorschläge war einhellig positiv. Die Auseinandersetzung mit ihnen bildete einen der thematischen Schwerpunkte der Generaldebatte der 37. Generalversammlung. Eine Vielzahl von Regierungschefs und Außenministern pflichtete einzelnen oder mehreren Vorschlägen des Generalsekretärs bei oder machte sie zum Ausgangspunkt weitergehender Überlegungen. In ihrer Resolution 37/67 nahm die Generalversammlung schließlich ausdrücklich »mit Dank« Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs und ersuchte den Sicherheitsrat, denselben »gebührend zu berücksichtigen«.

Vertreter *aller* Staatengruppen befürworteten eine erneute (feierliche) Bekräftigung der Staatenverpflichtungen unter der Charta. Sie betonten die besondere Verpflichtung der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats. Von zahlreichen Rednern wurde der Vorrang der Charta-Prinzipien vor nationalen Interessen und Rivalitäten als anzustrebendes politisches Ziel hervorgehoben.

Schwerpunkt der *westlichen* Stellungnahmen, unter denen vor allem nordische und neutrale Staaten sehr konkrete Vorschläge machten, waren die Überlegungen von Pérez de Cuéllar zum systematischeren Eingreifen des Sicherheitsrats, zur Stärkung der Verfahren der Tatsachenermittlung und der Guten Dienste sowie zur Gewährleistung eines effektiven Tätigwerdens der UN-Hauptorgane im Frühstadium von Krisen. Vor allem truppenstellende Staaten wie Österreich, Finnland und Norwegen, aber auch andere, begrüßten die Vorschläge zur Stärkung friedenssichernder Operationen, vor allem unter dem Gesichtspunkt politischer und völkerrechtlicher Garantien.

Die Reaktion der *sozialistischen* Staaten war eher generell-zustimmender Art, wenngleich unter dem bekannten Vorbehalt der Achtung der UN-Charta: In ihrer Ablehnung jeglicher Revision der Charta sind sich die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats — nur China bildet eine gewisse Ausnahme — nach wie vor einig. Einige osteuropäische Staaten unterstützten den Vorschlag der Durchführung einer Sitzung des Sicherheitsrats auf höchster politischer Ebene.

Die Mehrzahl der *blockfreien* Staaten stellte sich vorbehaltlos hinter alle Vorschläge des Generalsekretärs. Im Mittelpunkt ihrer Äußerungen stand vor allem die Forderung nach

einer Stärkung des kollektiven Sicherheitssystems (Kapitel VII der Charta), weitverbreitete Kritik am Mißbrauch des Vetorechts sowie — wenn auch vereinzelt — die Forderung der Durchführung einer Charta-Revisionskonferenz nach Art. 109. Zahlreiche Blockfreie sprachen sich für konzertierte diplomatische Bemühungen auf höchster Ebene aus und forderten größere Kooperation vor allem unter den Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats.

### Stockender Fortgang 1983 und 1984

Die vielleicht bemerkenswerteste Antwort auf die Vorschläge des Generalsekretärs war ein von den *nordischen Staaten* (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden) zirkuliertes Papier zum Thema »Stärkung der Vereinten Nationen« (UN-Doc.A/38/271 v. 16.6. 1983). Das Dokument enthält eine Weiterentwicklung der Vorschläge des Generalsekretärs zur Rolle der Hauptorgane, zu den friedenssichernden Operationen sowie zu diversen Aspekten der friedlichen Streitbeilegung. Hervorgehoben wird die Bedeutung einer vollen Nutzung der politischen Funktionen des Generalsekretärs auf der Grundlage einer besseren Verständigung mit dem Sicherheitsrat. Periodische Sitzungen des Rates, möglicherweise auf Regierungsebene, werden als mögliches Mittel bezeichnet, die politische Bedeutung des Sicherheitsrats zu erhöhen, an ihn gestellte überhöhte Erwartungen durch regelmäßiges Zusammentreten abzubauen und seine Effizienz durch Erzeugung des notwendigen politischen Willens aller Ratsmitglieder zu erhöhen. Die nordischen Regierungen sprachen sich ferner für eine gezielte Nutzung des Sicherheitsmechanismus der Weltorganisation im Bereich der Konfliktverhütung aus. So soll unter anderem der mögliche Einsatz friedenssichernder Operationen bereits als Abschreckung gegenüber potentiellen Aggressionen untersucht werden. Das Papier setzt sich detailliert mit zahlreichen Einzelfragen von »peacekeeping operations« auseinander.

Der Generalsekretär selbst präziserte die generelle Zielsetzung seiner Vorschläge in seinem Jahresbericht an die 38. Generalversammlung:

»Abgesehen von der Konflikteindämmung sollte es das wichtigste Ziel des Sicherheitsrats, insbesondere seiner Ständigen Mitglieder, sein, ein wirksames gemeinsames Lösungsmodell für potentielle Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu entwickeln, durch das die Streitparteien dabei unterstützt und nötigenfalls durch Druck dazu veranlaßt werden, ihre Differenzen gerecht und auf friedlichem Wege beizulegen. Ein solches konzertiertes Lösungsmodell sollte mit beträchtlicher Überzeugungskraft und nötigenfalls praktischen Druckmitteln ausgestattet sein.« (VN 5/1983 S.156)

Trotz großer prinzipieller Zustimmung seitens der Mehrzahl der UN-Mitgliedstaaten ist ein operatives Follow-up bislang jedoch ausgeblieben. Das gilt vor allem für den Sicherheitsrat, der sich in einer Serie von nichtöffentlichen Konsultationen 1983 und 1984 ohne Ergebnis mit den Vorschlägen des Generalsekretärs auseinandersetzte. Die Mitglieder des Sicherheitsrats kamen dabei über einen Austausch ihrer jeweiligen prinzipiellen Standpunkte zu den einzelnen Problembereichen nicht hinaus. Die starre Haltung einzelner Ständiger Mitglieder, vor allem der Sowjetunion, verhinderte bislang konkrete Re-

sultate. Ausdruck der ergebnislosen Bemühungen des Rates sind die Mitteilungen des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 12. September 1983 (UN-Doc.S/15971) und vom 28. September 1984 (S/16760), in denen als Ergebnis von insgesamt 28 Treffen nur recht allgemeine Absichtserklärungen wiedergegeben werden.

In seinem jüngsten Bericht über die Tätigkeit der Organisation an die 39. Generalversammlung nimmt der Generalsekretär diese Tatsache mit Bedauern zur Kenntnis, wenn er darauf hinweist:

»In meinem ersten Jahresbericht vor zwei Jahren habe ich einige Vorschläge zur Beantwortung der Frage gemacht, wie man das mit der Charta geschaffene System zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit funktionsfähiger machen könnte. Der Sicherheitsrat hat sich zwar im Rahmen von ideenreichen Konsultationen viele Stunden mit diesen und ähnlichen Fragen befaßt, doch stehen konkrete Ergebnisse noch aus — zu denen der Anstoß von allerhöchster politischer Ebene erfolgen muß. Ich glaube, daß sich die Möglichkeiten der Vereinten Nationen nur dann voll ausschöpfen lassen, wenn ihre Mitglieder bereit sind, auch tatsächlich etwas zu tun, um neue Wege und Methoden zu versuchen.« (S.192 dieser Ausgabe)

#### *Prävention internationaler Konflikte*

Einen derartigen neuen Ansatz hat die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit anderen westlichen Staaten im *Sonderausschuß für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation* unternommen. Dazu sagte Bundesaußenminister Genscher in seiner Rede vor der laufenden Generalversammlung am 26. September:

»Wir müssen den friedensfördernden Einfluß der Vereinten Nationen stärken. . . . Wir alle wissen, wie schwer es ist, ausgebrochene Konflikte zu lösen oder auch nur einzudämmen. Deshalb müssen Konflikte schon in der Phase ihrer Entstehung entschärft werden. Dazu brauchen wir einen funktionierenden Frühwarnmechanismus, der dem Sicherheitsrat und dem Generalsekretär schnelles Handeln ermöglicht. Wir unterstützen die Vorschläge, die der Generalsekretär hierzu gemacht hat. Zusammen mit anderen Delegationen hat die Bundesrepublik Deutschland im Charta-Ausschuß Vorschläge zur »Prävention internationaler Konflikte« vorgelegt.« (S.197 dieser Ausgabe)

Diese Vorschläge und Gedanken zu einem wichtigen Teilgebiet der internationalen Friedenssicherung sind in einem von der Bundesrepublik Deutschland initiierten und von Belgien, Italien, Japan, Spanien und Neuseeland miteingebrachten Arbeitspapier (UN-Doc.A/AC.182/L.38 v.17.4.1984) enthalten. Sachlich geht es in erster Linie um eine Effektivierung existierender Verfahren der relevanten UN-Organen (vor allem Sicherheitsrat und Generalsekretär) bei der frühzeitigen Ergreifung konfliktverhütender oder -eindämmender Maßnahmen. Schwerpunkte bilden die Schaffung eines funktionierenden Frühwarnmechanismus durch effiziente Tatsachenermittlung und verbesserte (Tatsachen-)Übermittlung zwischen den betroffenen UN-Organen sowie die wirksamere Nutzung und der Ausbau der Möglichkeiten stiler Diplomatie sowohl des Sicherheitsrats als auch des Generalsekretärs zusammen mit den betroffenen Staaten.

Die westliche Initiative, die auf den Ideen des Generalsekretärs aufbaut und Ergebnis intensiver Konsultationen von Delegationen al-

ler Regionalgruppen ist, wurde von der überwiegenden Mehrzahl der im Charta-Ausschuß vertretenen Staaten als zeitgerecht begrüßt. Während der Diskussion im mit Rechtsfragen befaßten 6. Hauptausschuß der laufenden Generalversammlung fand sie weitestgehende Unterstützung bei Vertretern aller Regionalgruppen, mit Ausnahme der Sowjetunion. Diese bezeichnet trotz gegenteiliger Äußerungen der Initiatoren die Vorschläge als einen Versuch, die UN-Charta zu revidieren. Das westliche Arbeitspapier zur »Prävention internationaler Konflikte« wird auf der nächsten Tagung des Charta-Ausschusses als offizielle Arbeitsgrundlage dienen. Es ist beabsichtigt, als Ergebnis der Behandlung dieses Papiers konkrete Empfehlungen der Generalversammlung zu erarbeiten. Die Feier des 40. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen am 24. Oktober 1985 wurde während der 39. Generalversammlung von vielen Staaten als besondere Motivation für verstärkte Bemühungen in dieser Richtung hervorgehoben.

Michael Schaefer □

#### **Weltraumausschuß: Kontroverse um die Weltraumrüstung — Zurückhaltende Beteiligung der USA (51)**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 6/1983 S.194f. fort.)

Die Abrüstungsthematik hat 1984 die Tätigkeit des *Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums* überschattet; sein Arbeitsgebiet ist freilich umfassender. Folgende Problemkreise wurden auf den Tagungen des Weltraumausschusses (12.–21.6. in Wien) und seiner beiden Unterausschüsse (Rechtsfragen: 19.3.–6.4. in Genf; Wissenschaft und Technik: 13.–24.2. in New York) beraten: Erkundung der Erde aus dem Weltraum; Einsatz von Weltraumgegenständen, die nukleare Energiequellen verwenden; Abgrenzung von Weltraum und Luftraum (einschließlich der Nutzung des geostationären Orbits); Wettüben im Weltraum. Alle genannten Themen bis auf die Frage des Wettübens beschäftigten den Weltraumausschuß seit geraumer Zeit; substantielle Fortschritte wurden nicht erzielt.

*Wettüben im Weltraum:* Das Mandat, sich mit der zunehmenden Militarisierung des Weltraums zu beschäftigen, war dem Weltraumausschuß von der Generalversammlung mit Resolution 38/80 vom 15. Dezember 1983 übertragen worden. Hiergegen hatten sich seinerzeit die Vereinigten Staaten gewandt, die allein die Genfer Abrüstungskonferenz für zuständig hielten. Außer den USA hatten elf weitere Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, gegen die Resolution 38/80 gestimmt. Das Vorgehen der Staatenmehrheit war von der Enttäuschung darüber bestimmt, daß die Verhandlungen in der Abrüstungskonferenz über die Militarisierung des Weltraums keinerlei Fortschritte zeigten — bereits die Einsetzung einer Arbeitsgruppe bereitete Schwierigkeiten. (Es liegt allerdings seit März 1984 in Genf ein neuer Vertragsentwurf von seiten der Sowjetunion vor.) Außerdem wünschten viele Staaten, die Militarisierung des Weltraums in einem größeren Forum zu beraten.

Die Beratungen im Weltraumausschuß und seinen beiden Unterausschüssen wurden durch die Befassung dieser Gremien mit Abrüstungsfragen deutlich überschattet. So machten die Vereinigten Staaten im Unterausschuß Wissenschaft und Technik deutlich, daß sie sich nicht an einer Abrüstungsdiskussion im Weltraumausschuß beteiligen würden. Außerdem deuteten sie an, daß ihre Mitarbeit im Weltraumausschuß in Frage gestellt sei, wenn nicht für die Zukunft die Beachtung der Konsensregel gesichert wäre. Auf Expertenebene haben die USA ihre Mitarbeit bereits eingeschränkt. In der Vergangenheit waren Weltraumfragen stets im Konsens entschieden worden; die Befassung des Weltraumausschusses mit Abrüstungsfragen durch Mehrheitsentscheidung war die erste Durchbrechung dieses Prinzips.

*Erkundung:* Eine Arbeitsgruppe im Unterausschuß Recht beschäftigte sich mit den Zentralfragen der Fernerkundung (internationale Verantwortlichkeit, Zugang des erkundeten Staates zu den gewonnenen Daten, Genehmigungspflicht für eine Verteilung der Daten seitens des erkundeten Staates). Konkrete Ergebnisse wurden nicht erzielt.

*Verwendung nuklearer Energiequellen:* Aufgabe der Arbeiten im Weltraumausschuß soll es sein, das Völkerrecht weiterzuentwickeln. Hier stehen die Erwägungen praktisch immer noch am Anfang. Einige Staaten bezweifelten, daß überhaupt eine entsprechende Ergänzung des Völkerrechts notwendig sei.

*Abgrenzung Weltraum/Luftraum:* Hier stehen sich verschiedene Ansätze gegenüber. Die Sowjetunion befürwortet eine vertragliche Grenzziehung bei 110 km Höhe. Demgegenüber hielten andere Staaten eine Grenzziehung für unnötig, während eine dritte Gruppe einen funktionalen Ansatz befürwortete. Hinsichtlich des geostationären Orbits wurde teilweise betont, es handele sich hier um ein begrenztes Nutzungsgut eigener Art; insofern sei eine Regelung unter dem Prinzip des gemeinsamen Erbes der Menschheit erforderlich. Demgegenüber wiederholten die Äquatorialstaaten ihren schon früher vertretenen Standpunkt, daß die Verwaltung des geostationären Orbits nicht international, sondern auf nationaler Basis, nämlich durch sie, erfolgen solle. Auch insoweit erfolgte keine Annäherung der Standpunkte.

Rüdiger Wolfrum □

#### **Wirtschaft und Entwicklung**

##### **UNIDO IV: Uneinigkeit über die Ursachen der Krise — Keine neuen Finanzierungsquellen erschlossen (52)**

(Vgl. auch Dietrich Kebschull, *Entwicklungsländer-Industrialisierung bleibt dringlich. Denkpause nach dem Scheitern von UNIDO III*, VN 3/1980 S.83ff.; Peter Herrmann, *Industrialisierung: Die Illusionen sind verfliegen. Die UNIDO vor der Umwandlung ist eine Sonderorganisation*, VN 1/1984 S.6ff.)

I. Die einzige nennenswerte Gelegenheit für den Nord-Süd-Dialog im wirtschaftlichen Bereich stellte im laufenden Jahr die *Vierte Generalkonferenz der Organisation der Ver-*

einten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO IV) dar. Sie fand vom 2. bis zum 20. August 1984 in Wien statt; 139 Staaten nahmen teil. Obwohl über die Präambel zu dem Schlußdokument wegen des Widerstands der Vereinigten Staaten keine Einstimmigkeit erzielt wurde — die Bundesrepublik Deutschland enthielt sich mit elf anderen Staaten der Stimme —, konnten sich die Teilnehmer in den 15 verabschiedeten Resolutionen über wichtige Fragen einigen. Mit der Ausnahme von drei Resolutionen kamen diese Einigungen im Konsensverfahren zustande.

Die Präambel enthält eine Bewertung der weltweiten wirtschaftlichen Lage sowie die Rahmenbedingungen für die weiteren Aktivitäten der UNIDO. In ihr wird auf die schwerwiegenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den Entwicklungsländern, vor allem auf die Folgen der Auslandsverschuldung dieser Staaten, und die Zwänge verwiesen, die sich aus den hohen Zinssätzen ergäben und in den internationalen Finanz- und Handelsmechanismen zu Störungen führten. Statt des Protektionismus, der eine »Beeinträchtigung des Handels und der industriellen Entwicklung« darstelle, wurde ein »offenes internationales Handelssystem« gefordert.

Die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder begründeten ihre kritische Haltung gegen diese Präambel mit der unausgewogenen, pessimistischen Darstellung der weltwirtschaftlichen Perspektiven und der Einseitigkeit der vorgenommenen Analyse. Zudem wandten sich insbesondere die Vereinigten Staaten gegen die in der Präambel hergestellte enge Verknüpfung zwischen der schlechten wirtschaftlichen Lage in den Entwicklungsländern und der amerikanischen Zinspolitik. Außerdem wurde die Zuständigkeit der UNIDO zur Behandlung von Finanz-, Handels- und Abrüstungsfragen in Abrede gestellt.

II. Die oft erst nach langen Verhandlungen in verschiedenen Ausschüssen angenommenen Resolutionen beschäftigen sich unter anderem mit der Forderung nach beschleunigter Entwicklung von Ausbildungsprogrammen für Facharbeitskräfte für die industrielle Entwicklung, mit Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung dieser Fachleute (»brain drain«) und mit der Einbeziehung von Ausbildungsverpflichtungen in Verträge über Technologietransfer. In anderen Resolutionen wurde die Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Kapazität unter gleichzeitiger Beachtung der möglichen negativen Nebenwirkungen auf die sozio-ökonomische Entwicklung der Entwicklungsländer, die höhere Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung heimischer Energiequellen, die Stärkung der heimischen industriellen Verarbeitung von Rohstoffen etwa durch Verringerung der Handelshemmnisse in den Industriestaaten und die Stärkung der ländlichen Entwicklung und der Nahrungsmittelselbstversorgung gefordert. Besondere Aufmerksamkeit wurde den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDCs) gewidmet, zu deren Unterstützung die Erfüllung der im »Neuen substantiellen Aktionsprogramm« (vgl. zuletzt VN 2/1983 S.63) eingegangenen Verpflichtungen gefordert wurde und die in den auf dieser Konferenz beschlossenen Programmen besonders beachtet werden sollen. Der UNIDO wurde emp-

fohlen, den Projekten der industriellen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern Priorität einzuräumen und im Rahmen der »Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas« speziell die Hilfe für afrikanische Länder zu intensivieren. Weitere Resolutionen beschäftigten sich schließlich mit der Stellung der Frau in der Industrie, einem sofortigen Hilfsprogramm für den industriellen Wiederaufbau im Libanon und einer Aufforderung zur Zahlung freiwilliger Beiträge an den Fonds der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDF).

Heftige Auseinandersetzungen gab es im Plenum über einige Entschließungsentwürfe, in denen Forderungen nach Beendigung des Golfkrieges sowie nach technischer Hilfe für das palästinensische Volk und die nationalen Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika aufgestellt wurden. Diese drei Resolutionen wurden erst nach Kampfabstimmungen angenommen.

Als gemeinsames Element der im Konsensverfahren angenommenen Resolutionen läßt sich die Herausarbeitung relativ konkreter Vorschläge zur Erreichung der angestrebten Ziele und die Betonung der kollektiven Selbsthilfe feststellen, während die direkten Forderungen an die Industriestaaten weniger stark im Vordergrund standen.

III. Die Konferenz endete trotz entsprechender Forderungen der Sprecher der Entwicklungsländer ohne feste Zusagen weiterer finanzieller Hilfen durch die Industriestaaten. Nicht revidiert werden konnte das auf der letzten UNIDO-Konferenz in Lima gesteckte Ziel der Entwicklungsländer, bis zum Jahre 2000 einen Anteil von 25 vH an der Weltindustrieproduktion zu erreichen. Gegenwärtig beträgt dieser Anteil 11 vH. Die Forderung, den Anteil der Verwendung der Exporterlöse der Dritten Welt für Zins- und Schuldendienstzahlungen auf 25 vH zu begrenzen, fand keine Anerkennung. Trotz des Scheiterns der Bemühungen um eine einvernehmlich angenommene Präambel und erheblicher Gegensätze in den Bereichen Finanz- und Entwicklungsfragen wird eine endgültige Bewertung der Ergebnisse der Konferenz erst möglich sein, wenn für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen die Frage nach der Bereitstellung von Finanzmitteln entsteht.

In den Beratungen und insbesondere in Einzelgesprächen zeigte sich trotz der offiziellen Einteilung der teilnehmenden Länder in die traditionellen Verhandlungsgruppen eine Tendenz zur Aufsplitterung der »Gruppe der 77«, in der insbesondere die Schwellenländer ihre spezifischen Interessen nicht immer voll vertreten sahen. Insgesamt zeichnete die Konferenz ein gegenüber UNIDO III wesentlich verbessertes Verhandlungsklima aus.

Klaus Bockslaff □

**Weltbevölkerung: Zehn Jahre nach Bukarest — Konferenz in Mexiko — Entwicklung und Lebensqualität — Abtreibung und Innenpolitik (53)**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 5/1974 S.155ff. fort. Vgl. auch Theodor Bergmann, Apokalyptische Vision oder optimistische Projektion. Voraussagen und Bestimmungsfaktoren der Weltbevölkerungsentwicklung, VN 1/1984 S.1ff. Zum Weltbevölkerungsbericht 1984: VN 4/1984 S.138.)

I. »In Bukarest wurden der Welt der Ernst und das Ausmaß der Bevölkerungsprobleme und ihre engen Wechselbeziehungen mit der Wirtschafts- und Sozialentwicklung bewußt gemacht. Die Botschaft von Mexiko lautet, die wirksame Umsetzung des Weltbevölkerungs-Aktionsplans voranzutreiben, mit dem Ziel, den Lebensstandard und die Lebensqualität für alle, durch ein gemeinsames Geschick vereinten Völker dieses Planeten in Frieden und Sicherheit zu verbessern.« So zu lesen in der »Erklärung von Mexiko-Stadt über Bevölkerung und Entwicklung«, die von der *Internationalen Bevölkerungskonferenz* im August 1984 verabschiedet wurde. Außerdem wurde ein 88 Empfehlungen zur Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik umfassender Katalog verabschiedet, der die Strategie von 1974 auf den neuesten Stand bringen soll. Vor zehn Jahren war die erste Weltkonferenz auf politischer Ebene zu Bevölkerungsfragen in der rumänischen Hauptstadt zusammengetreten. Waren damals 136 Staaten repräsentiert, so waren es auf der vom 6. bis 14. August in Mexiko-Stadt abgehaltenen Konferenz 149.

Alle bevölkerungspolitischen Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen unterstehen der Kontrolle und Berichterstattung durch den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC). Die organisatorische Hauptlast trägt der Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen (UNFPA). Die demographischen Fachunterlagen steuerten die bevölkerungswissenschaftlichen Abteilungen der auf den einzelnen Kontinenten angesiedelten Wirtschaftskommissionen und die zum UN-Sekretariat gehörende Bevölkerungsabteilung bei.

In Mexiko galt es, ein umfangreiches Programm zu bewältigen:

- die in Vorkonferenzen erarbeiteten Empfehlungen zu debattieren und
- eine Bilanz der Bevölkerungsentwicklung seit der Weltbevölkerungskonferenz von Bukarest zu ziehen und die dort gefaßten Beschlüsse zur Eindämmung des globalen Bevölkerungswachstums auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

II. Die Weltbevölkerung umfaßt derzeit knapp 4,8 Mrd Menschen und wächst jährlich mit einer Rate von 1,7 vH, was eine Zunahme um 83 Mill Menschen im Jahr bedeutet. Mit Erleichterung wurde der im Weltmaßstab zu beobachtende Geburtenrückgang registriert, der die vor Jahren noch bei 2 vH liegende Wachstumsrate schließlich auf 1,7 vH drücken konnte. Die Geburtenrückgänge bedeuten jedoch noch kaum eine Entlastung der damit verbundenen Entwicklungs- und Investitionsprobleme in der Dritten Welt. Denn es sind die gigantischen Anstrengungen der Volksrepublik China, ihre Geburtenzahl zu drosseln, die statistische Hauptursache für dieses günstige Bild. Geburtenrückgänge werden weitgehend durch ebenfalls sinkende Sterblichkeit, vor allem in Asien und Lateinamerika, wettgemacht, so daß von einer Entlastung vom Bevölkerungsdruk und einer davon ausgehenden Erleichterung der Entwicklungsanstrengungen für die betreffenden Länder noch nicht ausgegangen werden kann. Es ist sogar zu befürchten, daß in den Staaten, die zu den Ärmsten der Armen rechnen, eine erneute »Bevölkerungsexplosion« beginnt, sobald es gelingt, auch dort die Sterblichkeit auf asiatisches oder lateinamerikanisches Niveau zu senken: neben

Bangladesch gehören fast alle Staaten Schwarzafrikas dazu.

Laut einer offiziellen Schätzvariante der Vereinten Nationen wird die Menschheit bis zum Jahre 2000 auf etwas über 6 Mrd und im Laufe des 21. Jahrhunderts endgültig auf 10,5 Mrd Menschen anwachsen. Fachleute halten letztere Zahl für eine optimistische Annahme, weil sie funktionierende, rasch wirkende Familienplanung in der Dritten Welt voraussetzt. Inwieweit diese jedoch auf dem lateinamerikanischen und afrikanischen Kontinent vorankommt, ist gegenwärtig nicht vorherzusagen. In Bukarest wurde festgestellt, daß Entwicklungs- und Bevölkerungspolitik kulturspezifisch den jeweiligen Traditionen und Bedürfnissen eines Landes oder einer Region angepaßt werden müssen, weil sich das Problem der Entwicklung, das ohne Bevölkerungspolitik als flankierende Maßnahme nicht auskommen dürfte, auf den jeweiligen Kontinenten unterschiedlich stellt.

Insgesamt scheint der asiatische Kontinent eine erfolversprechende Entwicklung zu nehmen, obwohl sich die Hauptmasse der Menschheit auf ihm zusammendrängt und in Zukunft seine Ernährungsprobleme ganz besonders beachtet werden müssen. Während auf dem lateinamerikanischen Kontinent politische und wirtschaftliche Instabilität den Entwicklungsprozeß entscheidend hemmen, sind es auf dem afrikanischen Kontinent der Zusammenbruch der traditionellen Kulturen und das Ausgeliefertsein an klimatische Schwankungen, die für die Völker des tropischen Afrika zur Existenzbedrohung geworden sind.

III. Vorkonferenzen hatten sich bereits mit zentralen Bereichen der Bevölkerungspolitik befaßt, nämlich mit Familie und Familiengröße (Kinderzahl bzw. Fruchtbarkeit), Sterblichkeit und Lebenserwartung, Wanderungsbewegungen und Verstädterung und schließlich mit dem Zusammenhang von Bevölkerungswachstum, Ressourcenverbrauch und Entwicklung. Die für die Konferenz in Mexiko-Stadt vorbereiteten Empfehlungen lassen sich auf folgende Themengruppen aufteilen: sozio-ökonomische Bedingungen des Bevölkerungswachstums, Maßnahmen und Ziele der Bevölkerungspolitik, Status der Frau, Rolle von Ausbildung, Erziehung und Gesundheitspolitik, Probleme der Verstädterung und von Wanderungsprozessen (ausländische Arbeiter, Flüchtlinge) und nicht zuletzt die Rolle der Regierungen und der internationalen Kooperation bei einer Bevölkerungspolitik für die Dritte Welt, die im Dienste der Entwicklungsziele steht. Die Konferenz von Mexiko-Stadt ließ allerdings nicht mehr jenen Aufwand spüren, der noch bei der Bukarester Konferenz offensichtlich war (vor allem, was die wissenschaftliche Vorbereitung der Konferenz betrifft).

Glücklicherweise ist die befürchtete Nord-Süd-Konfrontation, die das Konferenztanzen an sich in den Hintergrund gedrängt hatte, ausgeblieben. Der West-Ost-Konflikt meldete sich lediglich bei einer vorgeschlagenen Empfehlung an: Auf Wunsch der Sowjetunion sollte die Frage von Bevölkerung und Entwicklung nachhaltig mit dem Abrüstungsthema verknüpft werden, während die Vereinten Staaten eine Streichung der Empfehlung forderten. Hier wurde schließlich eine Kompromißformel gefunden. Insgesamt wurde über den Katalog der Empfehlungen Konsens erzielt, mit Ausnahme der »Empfeh-

lung 36«, die sich gegen die israelische Siedlungspolitik in den besetzten arabischen Gebieten richtet. Durch Mehrheitsentscheid, bei Gegenstimmen der Vereinigten Staaten und Israels sowie einer Anzahl Enthaltungen, fand die umstrittene Empfehlung Eingang in das Abschlußdokument. Das Argument der USA, die Frage sei kein Thema für die Konferenz, hat die Delegation Washingtons sichtlich isoliert. Auf verlorenem Posten stand sie auch mit der Forderung, das freie Unternehmertum als Voraussetzung für eine (zu niedrigerer Fertilität führende) erfolgreiche Wirtschaftspolitik festzuschreiben.

IV. Überhaupt löste die amerikanische Position in Mexiko-Stadt großes Erstaunen aus, da sie offensichtlich in direktem Gegensatz zur bisher von Washington im Rahmen der Vereinten Nationen und gegenüber der Dritten Welt propagierten Bevölkerungspolitik stand. Während die USA jahrelang mit Erfolg nachgewiesen hatten, daß wirtschaftliche Investitionen alleine nicht imstande wären, bei galoppierendem Bevölkerungswachstum einen Entwicklungserfolg zu erzielen, und mit dieser Überzeugung ständig in Konfrontation mit dem Ostblock gerieten, propagierte die amerikanische Delegation jetzt den Vorrang der Entwicklungspolitik vor der Familienplanung und wandte sich ausdrücklich gegen Geburtenkontrollprogramme, die Abtreibung beinhalten oder vorsehen. Dabei hatte es sich in der Vergangenheit nicht zuletzt mit großer Unterstützung seitens der USA durchgesetzt, daß die Ziele einer nationalen Bevölkerungspolitik einschließlich der verwendeten Methoden der Souveränität der Staaten sowie ihren religiösen und kulturellen Bedingungen überlassen bleiben. So deutete die Haltung der amerikanischen Delegation, die ohne einen Blick auf den sich damals gerade in den USA vollziehenden Wahlkampf und das Stimmenpotential der Abtreibungsgegner der »moralischen Mehrheit« unverstündlich bleibt, einen Rückschlag für die Diskussion um die internationale Bevölkerungspolitik. Mit Erleichterung ist jedoch anzumerken, daß die verhängnisvollen Auswirkungen, die ein rasches Bevölkerungswachstum auf den Entwicklungsprozeß hat, nicht mehr bestritten werden und die Notwendigkeit einer internationalen Kooperation und Hilfestellung für die Bestrebungen der Völker der Dritten Welt, ihr Bevölkerungswachstum im Dienste der Entwicklung zu bremsen, breite Zustimmung gefunden hat. Offen Stellung gegenüber dem Verhalten der amerikanischen Delegation bezog die Weltbank, die offensichtlich aufgrund eigener Erfahrungen sich deutlich für Bevölkerungspolitik und Familienplanung aussprach und die Verdoppelung ihrer Bemühungen ankündigte.

Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland — federführend war das Bundesministerium des Innern — bekräftigte offiziell die Notwendigkeit einer zwischen Entwicklungs- und Industrieländern abgestimmten Bevölkerungspolitik. Es wäre allerdings nicht nötig gewesen, sich hinter die umstrittene amerikanische Position, die indirekt auf ein Abtreibungsverbot für Familienplanungsprogramme hinauslief, zu stellen. Denn zum einen betreibt Bonn ohnehin kein eigenständiges Familienplanungsprogramm in einem Entwicklungsland, hat aber zum anderen in Sachen Schwangerschaftsabbruch eine wohlbekannte Indikations-Lösung in Gestalt

des Paragraphen 218. So gesehen, erschien die Haltung der Bonner Delegation in diesem Punkt als — mindestens — voreilig.

Josef Schmid □

#### »Afrikanische Krise«: Neuer Bericht der Weltbank — Abhängigkeit von Nahrungsmittelfuhren — Lernprozesse (54)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1984 S. 137f. fort.)

I. Im September 1984 veröffentlichte die Weltbank ihren dritten Report über die Entwicklung und die Entwicklungsperspektiven Afrikas südlich der Sahara (*Toward Sustained Development in Sub-Saharan Africa. A Joint Program of Action*). Die Studie ist der zweite Folgebericht zum umstrittenen »Berg-Report« von 1981; sie umfaßt mehr als 100 Seiten und ist in zwei Teile untergliedert: Im ersten Teil werden auf knapp 50 Seiten Ursachen und Auswirkungen der Produktionskrise in Afrika dargestellt, und zwar so deutlich wie nie zuvor; der zweite Teil erfaßt in 32 Tabellen alle relevanten Daten über Afrikas wirtschaftliche und soziale Entwicklung, jeweils aufgeschlüsselt nach einzelnen Ländern.

Wie anfechtbar hier und da auch einige Angaben (etwa über die Einnahmen und Ausgaben der Staaten) sein mögen, die hier präsentierten jüngsten Statistiken haben für den an Afrika Interessierten einen immensen Wert. Ein Blick auf die Tabelle »Wachstum der Landwirtschaft« zum Beispiel offenbart einen erschreckenden Befund: Von 39 Ländern südlich der Sahara hatten nur sechs (nämlich Tschad, Burkina Faso, Niger, Rwanda, Swasiland und Elfenbeinküste) ein Wachstum der Nahrungsmittelerzeugung pro Kopf (im Durchschnitt der Jahre 1970–82) zu verzeichnen, in den anderen Ländern hingegen sank die Produktion teils in Größenordnungen von 6 vH jährlich (Botswana), von 5 vH (Mosambik) oder von 4 vH (Gambia).

II. Schonungslos wie nie zuvor beschreibt der neue Afrika-Report der Weltbank die anhaltende Produktionskrise in den Ländern südlich der Sahara — eine Strukturkrise, die auch nach 1982, als sich in anderen Regionen der Dritten Welt leichte Verbesserungen in der Versorgungslage der Bevölkerung bemerkbar machten, unvermindert andauert. Wenn der gegenwärtige Trend der sinkenden Nahrungsmittelerzeugung pro Kopf anhalten würde, dann — so die Weltbankprognose — würden in zehn Jahren 60 bis 80 vH der Menschen Schwarzafrikas unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Es wird geschätzt, daß der Mensch zur Befriedigung des Grundbedürfnisses nach Nahrung etwa 140 kg Getreide pro Jahr braucht; in machen Ländern Afrikas jedoch beträgt jetzt die erzeugte Menge im Durchschnitt erstmals weniger als 100 kg. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich die Tatsache, daß in Afrika immer mehr Menschen hungern müssen und in Zukunft verhungern werden. Wenn 1984 (mit seiner Dürre, den schlechten Ernten und den Bürgerkriegen und Grenzkonflikten) in Äthiopien, Mosambik und in den Katastrophengebieten der Sahelländer schätzungsweise eineinhalb Millionen Menschen verhungert sind (allein in Äthiopien 900 000), dann werden in den nächsten Jahren Millionen von Afrikanern aus Mangel an Nahrungsmitteln elend zugrunde gehen.

Überraschenderweise sind vom Rückgang der Nahrungsmittelerzeugung am schlimmsten Länder betroffen, die eigentlich über erhebliche landwirtschaftlich nutzbare Ressourcen verfügen, nämlich Nigeria, der Sudan, Tansania und Sambia. Diese Feststellung weist darauf hin, daß nicht die natürlichen Faktoren (wie Bodenbeschaffenheit, Wetter oder Landknappheit) allein oder hauptsächlich für die Agrarkrise Afrikas verantwortlich gemacht werden können, sondern andere Faktoren, die etwas mit der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung dieser Staaten zu tun haben müssen. Darüber gibt freilich die Weltbank nicht näher Auskunft — abgesehen von dem generellen Hinweis, daß in den Staaten Afrikas politische Reformen in Richtung auf Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Produktiveinkommen im privatwirtschaftlichen Sektor durch besseren Gebrauch knapper Investitionsmittel dringend geboten seien.

Mit der drastischen Abnahme der Erzeugung eigener Nahrungsmittel geht die Zunahme der importierten Getreidemengen Hand in Hand: Mit 9,25 Mill. Tonnen importierten Getreides hat Schwarzafrika eine nie dagewesene extreme Abhängigkeit von den Kornkammern der westlichen Welt (Nordamerika, Westeuropa, Australien) erreicht; 1982 wurde jeder fünfte Afrikaner durch importierten Weizen, Reis oder Mehl am Leben erhalten — das entspricht der gesamten Stadtbevölkerung Schwarzafrikas.

III. Seit McNamaras Präsidentschaft gehört es zum Standardprogramm der Weltbankberichte, in deutlicher Form auf die ruinösen Folgen des ungebremsten Bevölkerungswachstums hinzuweisen. Das seit 1982 von der Dürre heimgesuchte Schwarzafrika wird jetzt als schlimmste Krisenregion der Welt bezeichnet: »Von allen Großregionen der sich entwickelnden Welt hatte Afrika südlich der Sahara während der vergangenen 20 Jahre die geringste Wachstumsrate bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln, aber gleichzeitig das schnellste Bevölkerungswachstum. Es ist die einzige Region, in der die Nahrungsmittelproduktion den Wettlauf mit dem Bevölkerungswachstum verliert.« (S. 14).

Angesichts dieser Krisenszenarien ist den Weltbankexperten der professionelle Optimismus vergangen; der Bericht spricht offen von einer verzweifelten Lage, der notwendigerweise Pessimismus erzeuge. Daher klingen die von der Weltbank nun erneut geforderten Maßnahmen zwar plausibel, aber ebenso hilflos: Mehr Milliarden Dollar an Hilfe für Afrika, in »produktivere Bereiche« als bisher und für Projekte mit höheren Erträgen. Die »Verzinsung der Investitionen zu steigern«, wird jetzt als »Schlüsselfaktor« angepriesen — aber wie soll das in der Praxis funktionieren, angesichts der beklagten Fehlleistungen der öffentlichen Institutionen in Afrika?

IV. Aus diesem wichtigen Bericht über die Entwicklungstrends im Afrika südlich der Sahara verdienen noch zwei bemerkenswerte Aspekte herausgegriffen zu werden. Das Weltbankmanagement gibt heute zu, daß Afrika mit der herkömmlichen Parole — nämlich den Gürtel enger zu schnallen und sodann mit aller verbleibenden Kraft für den Export zu produzieren, um vor allem die alarmierend hohen Auslandsschulden bedienen zu können — nicht aus der Produktions-

und Schuldenkrise herausgebracht werden kann. Angesichts sinkender »terms of trade« für Schwarzafrikas Nicht-Erdöl-Produkte im Umfang von 27 vH zwischen 1980 und 1982 (zum gegenwärtigen Dollarkurs, was Einkommensverlusten von bis zu drei Prozent vom Bruttosozialprodukt pro Jahr entspricht) kann nicht weiter behauptet werden, Exportproduktion für den Weltmarkt und marktwirtschaftliche Spielregeln könnten Afrika sanieren.

Man meint seinen Augen nicht trauen zu dürfen, wenn man Empfehlungen wie die folgenden liest (die nicht nur eine Abkehr von der Exporteuphorie der Vergangenheit signalisieren, sondern auch den Standardempfehlungen des Internationalen Währungsfonds zuwiderlaufen): »Wenn (die geforderten Reformprogramme) wirksam werden sollen, muß die Importkapazität dieser Länder rasch gesteigert werden. ... Ein Anstieg der Importe kann kurzfristig kaum aus verbesserten Exporterlösen (der Rohstoffe) beglichen werden...« (S. 7) Aber was sonst sollte Afrika anbieten zur Bezahlung wichtiger Einfuhrgüter und zur Bedienung seiner 51 Mrd. Dollar Auslandsschulden?

Schließlich sind die Passagen über die Notwendigkeit der Reform und der Koordinierung westlicher Entwicklungshilfe von Interesse: »Die Katastrophenerscheinung, mit der sich Afrika und die internationale Gemeinschaft konfrontiert sehen, gebietet es, daß die Geber ihre Hilfe nur noch in einer Weise zur Verfügung stellen, die die Bedürfnisse der Entwicklung Afrikas unterstützt.« Und als wäre diese Kritik an der Eigennützigkeit der Geberstaaten noch nicht deutlich genug, fährt der Bericht fort: »Die Prioritäten der Geber, denen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zugrunde liegen oder die aus einer Problemsicht resultieren, die nicht länger den Entwicklungsprioritäten Afrikas entspricht — zum Beispiel die Vorliebe für große Infrastruktur- und Industrieprojekte —, müssen geändert werden.« (S. 7) Sätze dieser Art hätte das Weltbankmanagement vor noch nicht allzu langer Zeit als subversive linksradikale Kritik weit von sich gewiesen, aber die nicht mehr zu verharmlosende Krisenlage in Afrika, die auch eine Niederlage der entwicklungspolitischen Konzepte, Projekte und Hoffnungen der Weltbank der siebziger Jahre anzeigt, hat offenbar Lernprozesse und den Mut zur Änderung von Einstellungen ausgelöst oder beschleunigt. Ist die neue Rhetorik der Weltbankberichte ernst gemeint, dann kann man als deren entwicklungspolitische Botschaft entnehmen: Im Afrika südlich der Sahara geht es nicht mehr um schnelles Exportwachstum, sondern um Schadensbegrenzung — um Hilfe zum Überleben derer, die nicht schon heute als die nächsten Opfer der anhaltenden Agrarkrise aufgegeben sind.

Rainer Tetzlaff □

## Rechtsfragen

**Seerecht: 2.Tagung der Vorbereitungskommission für Meeresbodenbehörde und Seerechtsgerichtshof — Vorläufiger Investitionsschutz umstritten (55)**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 6/1983 S.200f. fort.)

I. In zwei Abschnitten fand 1984 die 2.Tagung der unter Resolution I der III.Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen eingerichteten Vorbereitungskommission statt: vom 19.März bis 13.April in Kingston und vom 13.August bis 5.September in Genf. Im Frühjahr konzentrierte sich die Arbeit auf die Ausarbeitung von Regeln und Verfahren zur Durchführung von Resolution II der III.Seerechtskonferenz über den vorläufigen Investitionsschutz. Ein abschließendes Ergebnis konnte nicht erzielt werden, ebensowenig wurde einem sowjetischen Registrierantrag, der bereits im Sommer 1983 gestellt worden war, entsprochen. Neben dem sowjetischen lagen auch Registrieranträge von Indien, Frankreich und Japan vor.

Nach einer durch den Präsidenten der Vorbereitungskommission herbeigeführten Absprache sollen alle bis zum 9.Dezember 1984 (also bis zum Ablauf der Unterzeichnungsfrist für die neue Seerechtskonvention) gestellten Anträge gleichzeitig behandelt und registriert werden. Die Regelung von Überschneidungskonflikten bleibt Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern überlassen. Da über längere Zeit die Frage diskutiert wurde, ob zunächst die Anträge zu registrieren seien oder das entsprechende Verfahrensrecht geschaffen werden müsse, konnten folgende Kernprobleme bislang nicht gelöst werden: Entscheidungsverfahren und Vertraulichkeitsschutz.

Neben dem vorläufigen Investitionsschutz beschäftigten die Regeln für die Internationale Meeresbodenbehörde die Vorbereitungskommission. Im Frühjahr wurde Einigung darüber erzielt, mit der Erarbeitung der Geschäftsordnung für Versammlung und Rat zu beginnen. Diese Arbeit wurde im Spätsommer fortgesetzt.

II. Die Vorbereitungskommission verfügt neben dem Plenum (zuständig für den Investitionsschutz und die Regeln für die Internationale Meeresbodenbehörde) über vier Sonderkommissionen mit einem jeweils fest umrissenen Aufgabenbereich. Auch diese Kommissionen haben in Kingston ihre Arbeit bereits aufgenommen, ohne allerdings schon in die Sachdebatte im wirklichen Sinne einzutreten. Dies ist dann in Genf geschehen.

In der Sonderkommission 1, die sich den Problemen der mit dem Tiefseebergbau konkurrierenden Landproduzenten widmen soll, erfolgte im Frühjahr nur eine Generaldebatte. Die Session im Spätsommer beschäftigte sich dann mit einer Analyse der Auswirkungen des Tiefseebergbaus auf die terrestrischen Rohstoffproduzenten unter den Entwicklungsländern.

Die Sonderkommission 2 zum behördeneigenen Unternehmen (Enterprise) hat ein Arbeitsprogramm beschlossen. Danach sollen die vorbereitenden Maßnahmen zur Durchführung von Art.12 von Resolution II beraten werden. Gemäß dieser Vorschrift müssen Pionierinvestoren und die sie unterstützenden Staaten sicherstellen, daß das »Enterprise« gleichzeitig mit den Pionierinvestoren den Tiefseebergbau beginnen kann. Weitere Beratungsthemen sind die Vorbereitung der Struktur des »Enterprise« und eine Untersuchung, welche Handlungsmöglichkeiten das Unternehmen hat. Im Mittelpunkt der Diskussion des Frühjahres stand das Modell eines Gemeinschaftsunternehmens, das von Österreich vorgeschlagen worden war.

Die Sonderkommission 3 (Tiefseebergbau:

Antragsverfahren, Abbauregeln) hat im Frühjahr ebenfalls lediglich ein Arbeitsprogramm beschlossen. Kontrovers diskutiert wurde die Antragsberechtigung und das damit zusammenhängende Problem der Nationalität von Unternehmen. Dies wurde im Spätsommer fortgesetzt.

Die mit dem Gerichtshof befaßte Sonderkommission 4 hat sich zunächst der Verfahrensordnung gewidmet; im Spätsommer erfolgte deren erste Lesung.

In Genf wurde zudem gegen die ›Vorläufige Absprache‹ mehrerer westlicher Industrieländer über Fragen des Tiefseebodens vom 3. August 1984 in teilweise scharfer Form protestiert.

Rüdiger Wolfrum □

#### IGH: Entscheidung im Grenzstreit zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten im Golf von Maine (56)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1982 S.143 fort.)

Am 12. Oktober 1984 hat die Sonderkammer des Internationalen Gerichtshofs ihre Entscheidung in dem Festlandsockel- und Fischereizonenabgrenzungsstreit zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten gefällt. Die Entscheidung erging mit vier Stimmen gegen eine. Richter André Gros aus Frankreich hat eine abweichende Meinung abgegeben, von Richter Stephen Schwebel aus den USA liegt ein Sondervotum vor.

Prozedurale Basis der Entscheidung war das zwischen Kanada und den USA geschlossene Sonderabkommen, wonach die Kammer beauftragt war, »in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Regeln des zwischen den Parteien für diesen Fall anwendbaren Völkerrechts« zu entscheiden. Dabei sollte sich die gesuchte Entscheidung nicht darin erschöpfen, den Parteien eine Grenzziehung vorzuschlagen, sondern es war Aufgabe der Kammer, diese Grenzziehung selbst vorzunehmen. Vorgegeben waren der Ausgangspunkt der kanadisch-amerikanischen Seegrenze und das Gebiet (in Form eines Dreiecks) für deren Endpunkt. Eine weitere Besonderheit der Entscheidung liegt darin, daß nicht nur der Verlauf der Festlandsockelgrenze, sondern auch derjenige für die Fischereizone fixiert werden sollte. Beide Grenzen mußten identisch sein; dies ist zwar wünschenswert, vom Völkerrecht her jedoch nicht zwingend geboten.

Einen verhältnismäßig breiten Raum nimmt in der Entscheidung die Frage ein, welches Recht zwischen den Streitparteien anwendbar ist. Grundsätzlich ist dies nach Ansicht der Kammer die Genfer Festlandsockelkonvention. Hierbei bezog sich die Entscheidung primär auf deren Art.6, aus dem der Grundsatz abgeleitet wurde, daß eine einseitige Grenzziehung, die die Belange eines anderen Staates nicht berücksichtigt, diesem nicht entgegengelassen werden kann. Weiterhin wird hieraus abgeleitet, daß letztlich jede Grenzziehung dieser Art billig sein müsse. Außerdem verwies die Kammer auf die Arbeiten der III. UN-Seerechtskonferenz. Sie führte aus, daß einige Vorschriften bezüglich des Festlandsockels ohne Widerspruch geblieben seien und daher als Ausdruck geltenden Gewohnheitsrechts anzusehen seien. Für diesen Fall zieht die Kammer hieraus den

Schluß, daß alle relevanten Umstände bei der Entscheidung zum Tragen zu kommen hätten.

Eingehend auf die für die Entscheidung einzusetzenden Kriterien verweist die Kammer darauf, daß die für die Festlandsockelabgrenzung entwickelten Maßstäbe (insbesondere Art.6 der Festlandsockelkonvention) hier nicht allein maßgebend sein könnten, da es hier auch um die Abgrenzung von Fischereizonen gehe (anders der kanadische Vortrag). Ebenso wenig können aber nach Meinung der Kammer die Belange der Fischerei ausschließlich maßgebend sein, da dies nicht der Festlandsockelabgrenzung gerecht werde (anders die USA).

Nachdem die Kammer die von den Streitparteien vorgetragene Abgrenzungskriterien verworfen hatte, entwickelte sie eigene Prinzipien, die zu einer Linie mit drei Fixpunkten führen.

Der erste Grenzabschnitt teilt den überlappenden Bereich in prinzipiell zwei gleiche Teile. Für das zweite Segment geht die Kammer grundsätzlich von einer Mittellinie aus, die allerdings zugunsten der USA korrigiert wird. Berücksichtigt wird dabei die unterschiedliche Küstenlänge, allerdings unter weiterer (negativer) Berücksichtigung der Robbeninsel vor Neu-Schottland. Das dritte Segment wird gebildet durch eine Senkrechte auf der Abschlußlinie des Golfs von Maine.

Dieses Ergebnis wird von der Kammer nochmals unter Billigkeitsgesichtspunkten hinterfragt und bestätigt.

Richter Schwebel wendet sich vor allem gegen das zweite Segment, ohne das Gesamtergebnis allerdings in Frage zu stellen.

Richter Gros, unter gleichzeitiger Kritik der Seerechtskonvention, hält das gewonnene Ergebnis für rechtlich nicht mehr nachvollziehbar. Seiner Ansicht nach ist der angewandte Begriff der Billigkeit in Gefahr, alle rechtlichen Konturen zu verlieren.

Rüdiger Wolfrum □

#### Verschiedenes

##### Brunei: 159. Mitglied der UNO (57)

›Stätte des Friedens‹ (Darussalam) nennt sich das jüngste Mitglied der Weltorganisation. Am 21. September 1984 wurde *Brunei Darussalam* von der Generalversammlung per Akklamation in die Vereinten Nationen aufgenommen; der Sicherheitsrat hatte seine Aufnahmeempfehlung bereits am 24. Februar in Resolution 548 (Text: VN 2/1984 S.70) ausgesprochen. Mit der Entlassung des britischen Protektorats in die Unabhängigkeit am 1. Januar 1984 war die Kolonialherrschaft in Südostasien beendet worden.

Im 16. Jahrhundert, zur Zeit der größten Macht des Sultanats Brunei, umfaßte das Herrschaftsgebiet den Nordwesten der Insel Borneo sowie Teile der Philippinen. Hauptsächlich durch Kämpfe mit den auf den Philippinen siedelnden Spaniern begann das Sultanat seit Mitte des 17. Jahrhunderts zu verfallen. Die britische Herrschaft begann sich Anfang des 19. Jahrhunderts zu etablieren, als der Sultan einem britischen Abenteurer als Dank für seine Hilfe bei der Niederschlagung eines Aufstands einen Teil seines Gebiets überließ. So begründete sich die Dynastie der ›weißen Radschas‹, die sich bis zum Zweiten Weltkrieg erhielt. Ein erster Ver-

trag mit Großbritannien kam 1847 zustande; er sollte den Handel in Schwung bringen und die Piraterie im Südchinesischen Meer unterbinden. 1888 wurde ein sogenannter Schutzvertrag zwischen beiden Ländern abgeschlossen: Brunei wurde britisches Protektorat. Der britische Hochkommissar übernahm die Verantwortung für Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung. Mit dem Abschluß eines Abkommens 1959, bei dem Brunei einen Teil seiner Autonomie zurückerhielt, leitete sich der Rückzug der Briten ein. 1971 wurde die volle innere Selbstverwaltung Bruneis wiederhergestellt; ein ›Freundschaftsvertrag‹ legte 1979 schließlich das Datum der Unabhängigkeit fest. Die Periode der britischen Herrschaft wurde nur während des Zweiten Weltkriegs durch die Besetzung durch die japanischen Streitkräfte von Ende 1941 bis Mitte 1945 unterbrochen. Bereits am 7. Januar 1984 trat das Sultanat der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN bei. Es folgte der Beitritt zur Organisation der Islamischen Konferenz.

Staatsform des Landes ist die Monarchie. Staatsoberhaupt mit Exekutivgewalt gemäß der seit 1959 gültigen und 1965 ergänzten Verfassung ist seit 1967 Sultan Hassanal Bolkiah Muizzaddin Waddaulah, der 29. Herrscher der Bolkiah-Dynastie. Das Land wird seit 1962 im Ausnahmezustand regiert, nachdem es im Anschluß an Wahlen, bei denen die ›Volkspartei‹ alle wählbaren Sitze gewonnen hatte, zu einem Aufstand gekommen war. Der Aufstand war mit britischer Hilfe niedergeschlagen worden; er hatte jedoch sein Ziel erreicht, Pläne einer Föderation mit Malaysia und Singapur zu vereiteln. Nach dem Verbot der Volkspartei existieren nur noch zwei weitere Parteien, die jedoch keine nennenswerte Rolle spielen. Es ist der Sultan selbst, der die Geschicke des Landes weitestgehend bestimmt.

Die Hauptstadt Bruneis, des 5 765 Quadratkilometer großen Landes an der Nordwestküste Borneos, ist Bandar Seri Begawan. Von den etwa 250 000 Einwohnern sind rund zwei Drittel Malayen. Es gibt eine starke chinesische Minderheit, die vor allem in Handel und Baugewerbe tätig ist, sowie Inder und Europäer, die größtenteils nicht die Staatsbürgerschaft Bruneis besitzen. Auch Angehörige der Urbevölkerung Borneos (Dajaken) leben in Brunei.

Der wirtschaftliche Aufschwung des Sultanats begann 1929, als ein britisch-niederländisches Unternehmen Erdöl fand. Seine Einnahmen bezieht Brunei aus dem Export von Erdöl und Erdgas, das man erstmals in den sechziger Jahren fand, hauptsächlich nach Japan. Diese Einkünfte verschafften der Bevölkerung Bruneis eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Ein Teil des Nationaleinkommens fließt in ein intensives Entwicklungsprogramm sowie in den sozialen Bereich, so daß Brunei heute über ein kostenloses Gesundheitswesen, kostenlose Schul- und Universitätsausbildung sowie ein großzügiges System der Altersversorgung verfügt. Der Ölreichtum führte jedoch auch dazu, daß 70 vH der malayischen Bevölkerung im Dienstleistungsbereich und nur etwa 3 vH in Landwirtschaft und Fischerei tätig sind. Bei Nahrungsmitteln besteht deshalb eine fast völlige Abhängigkeit von Importen. Die Wirtschaftspläne der Regierung betonen daher besonders die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft.

Isolde Kurz □

# Jahresinhaltsverzeichnis 1984

Um den Zugang zu den in der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN enthaltenen Informationen und Analysen zu erleichtern, enthält seit 1979 jeder Jahrgang ein Jahresinhaltsverzeichnis; eine detailliertere Erschließung früherer Jahrgänge ermöglichen die Sonderhefte »Register 1962-1973« (Bonn 1976) und »Register 1974-1978« (Bonn 1979). Das Jahresinhaltsverzeichnis ordnet die Beiträge — notwendigerweise grob — nach Themenkreisen, die den Schwerpunkten der Arbeit der Weltorganisation entsprechen. Den Beiträgen des Artikelteils folgen die kursiv hervorgehobenen Beiträge des Teils »Aus dem Bereich der Vereinten Nationens, für die vor der Seitenzahl halbfett jeweils die laufende Nummer des Beitrags angegeben ist. Danach sind die zum jeweiligen Themenkomplex gehörenden Dokumente der Vereinten Nationen (meist Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung) aufgeführt. Die separate Aufstellung der UN-Gremien, deren Zusammensetzung in der Zeitschrift veröffentlicht wurde, und das Autorenregister ergänzen die Übersicht über den Jahrgang.

Um das Auffinden der Beiträge in den einzelnen Heften des Jahrgangs zu erleichtern, seien hier die Seitenzahlen der Hefte 1-6 angegeben — Seiten 1-40: VN 1/1984; Seiten 41-76: VN 2/1984; Seiten 77-112: VN 3/1984; Seiten 113-148: VN 4/1984; Seiten 149-180: VN 5/1984; Seiten 181-208: VN 6/1984.

## Allgemeines und Grundsatzfragen

Das Hegemonialstreben hat keine Zukunft. Ansprache des Bundespräsidenten an die 38. Generalversammlung (Carstens) .....	25
Die Vereinten Nationen für konstruktive Lösungen nutzen. Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation an die 39. Generalversammlung (Pérez de Cuéllar) .....	191
Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft. Rede des Bundesaußenministers vor der 39. Generalversammlung (Genschler) .....	196
<i>Verlauf der 38. Generalversammlung (1,27)</i>	
Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in alphabetischer Ordnung mit Beitrittsdaten sowie nach Regionalgruppen, Gebietsgröße und Bevölkerungszahl (Tabellen) .....	38

## Politik und Sicherheit

Zyprische »Jubiläen«. Zwanzig Jahre UNFICYP, zehn Jahre Teilung (Skriver) .....	41
Der Kampf um den Boden. Die israelische Siedlungspolitik und die Staatengemeinschaft (Baumgarten) .....	46
Vertrauensbildung in Mittelamerika. Der Beitrag der Weltfriedensakademie zum Contadora-Prozeß (Rikhye/Child) .....	87
Eine islamische Alternative zu den Blöcken? Die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) in den internationalen Beziehungen (Schulze) .....	92
Die Privatisierung des nachkolonialen Staates: Schwarzafrika zwischen Shaka und Shylock (Mazrui) .....	122
Der Niedergang des neokolonialen Staates in Afrika (Nabudere) .....	124
Die Welt soll sicherer werden. Vertrauensbildende Maßnahmen und Verbot chemischer Waffen — Initiativen der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen und in der Genfer Abrüstungskonferenz (Mertes) .....	149
Entwicklung und Rüstung. Zu einer Anhörung im Deutschen Bundestag (Holtz) .....	153
Die Aufrüstung der Dritten Welt als Problem der Rüstungskontrolle (Krause) .....	158
Die abrüstungspolitischen Herausforderungen inner- und außerhalb der Vereinten Nationen (Bruns) .....	162

Namibia (2,28), Irak-Iran (10,61), Antarktis (11,63), Zypern (19,97), Mittelamerika (20,97), Chemische Waffen (21,98), Koreanisches Verkehrsflugzeug (41,169), Kollektive Sicherheit (50,201), Weltraum (51,202)

S/Res/539	Namibia .....	36
S/Res/545	Namibia .....	36
S/Res/546	Namibia .....	36
S/Res/541	Zypern .....	69
S/Res/544	Zypern .....	70
S/Res/547	Südafrika .....	70
S/15895	Nahost .....	70
S/Res/538	Nahost .....	71
S/16142	Nahost .....	71
S/Res/542	Nahost .....	71
S/Res/543	Nahost .....	71
S/16293	Nahost .....	71
S/16351/Rev.2	Nahost .....	71
S/Res/540	Irak-Iran .....	72
S/16454	Irak-Iran .....	72
A/Res/38/77	Antarktis .....	73
S/Res/550	Zypern .....	109

S/Res/553	Zypern .....	109
A/Res/38/10	Mittelamerika .....	110
S/16463	Mittelamerika .....	111
S/Res/554	Südafrika .....	143
A/Res/37/96	Indischer Ozean .....	144
A/Res/38/185	Indischer Ozean .....	144
A/Res/38/75	Atomkrieg .....	176
A/Res/38/76	Kernwaffen .....	177
A/Res/37/121	Flüchtlinge .....	177
A/Res/38/84	Flüchtlinge .....	177
S/Res/552	Irak-Iran .....	177
S/Res/549	Nahost .....	178
S/Res/551	Nahost .....	178

Die multilateralen Übereinkommen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung (Tabelle) .....	166
--	-----

## Wirtschaft und Entwicklung

Apokalyptische Vision oder optimistische Projektion. Voraussagen und Bestimmungsfaktoren der Weltbevölkerungsentwicklung (Bergmann) .....	1
Industrialisierung. Die Illusionen sind verfliegen. Die UNIDO vor der Umwandlung in eine Sonderorganisation (Herrmann) ..	6
Die Weisen von Washington, New York und Genf. Wirtschaftsberichterstattung im UN-System — eine Grundlage für die Weltwirtschaftspolitik? (Wohlmuth) .....	11
Entwicklungspolitik als Plus-Summen-Spiel. Zur Verleihung der Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille (McNamara) .....	16
Die multilaterale Technische Zusammenarbeit im System der Vereinten Nationen (Standke) .....	50
Die operativen Aktivitäten im Dienste der Entwicklung. Ein Überblick über Fonds, Programme und andere Finanzierungsorgane im wirtschaftlichen und sozialen Bereich der Vereinten Nationen (d'Orville) .....	54
Im Jahr der »Afrikanischen Krise« .....	113
Afrika hundert Jahre nach der Berliner Konferenz (Wallerstein) .....	113
Afrikas Agrar- und Ernährungsproblem: Kultur-, nicht Produktionskrise (Saidi) .....	128
Ziele und Ergebnis. Eine Zwischenbilanz der Dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1981-1990) (Bohnet) .....	181
Nachrichtenwesen und Entwicklung. Rückblick auf das Weltkommunikationsjahr 1983 (Butler) .....	186

Transnationale Unternehmen: Anti-Korruptions-Abkommen (3,30), Aktionsrat ehemaliger Regierungschefs (4,31), Restriktive Geschäftspraktiken (12,64), UNDP (13,65), Umweltschutz (22,100; 42,169), Weltbank und »Afrikanische Krise« (33,137; 54,204), Weltbevölkerung (34,138; 53,203), ILO und Polen (43,170), Transnationale Unternehmen: Verhaltenskodex (44, 171), Rohstoffprogramm (45,171), Sicherheit beim Seetransport (46,173), UNIDO IV (52,202)

A/Res/37/137	Schädliche Produkte .....	73
A/Res/38/149	Schädliche Produkte .....	73
A/Res/38/223	Nicaragua .....	110
A/Res/37/133	Ärmste Länder .....	145

## Sozialfragen, Kultur und Menschenrechte

Die persönliche Meinung: UNESCO keine Aktiengesellschaft (Skriver) .....	5
Wirksamere Ächtung der Folter erstrebt. Menschenrechtskommission legt Entwurf einer UN-Konvention vor (Maier) .....	77

Afrika zwischen Zentrum und Peripherie (Geiss) .....	117
Menschenrechtskodifikation in Afrika. Die Afrikanische Charta der Rechte des Menschen und der Völker von 1981 (Mbaye) ...	132
<i>Flüchtlingskommissar in Bonn (5, 31), Menschenrechts-Unterkommission (6,33), Menschenrechtsausschuß (7,33; 24,102), Anti-Apartheid-Konvention (14,66), Rassendiskriminierungsausschuß (23,101), Frauenrechtsausschuß (25,103), Menschenrechtskommission (26,104), Iran (27,105), Polen (28,106), Guatemala (29,106), El Salvador (30,107), Chile (31,107), ICARA II (35,138), Rückgabe von Kulturgut (36,139), Südliches Afrika (37,140), Schnellgerichtliche Hinrichtungen (38,140)</i>	
A/Res/37/192 Todesstrafe .....	109
A/Res/37/170 Arbeitsemigranten .....	145
A/Res/38/86 Arbeitsemigranten .....	178
A/Res/38/107 Prostitution .....	179

### Entkolonisierung und Treuhandfragen

Westsahara (15,66), Namibia-Projekt (39,141)

### Verwaltung und Haushalt

Finanzmittel für Fachkompetenz. Die Finanzierung der UN-Sonderorganisationen unter besonderer Berücksichtigung des Beitragsanteils der Bundesrepublik Deutschland (Koch) .....

Haushalt 1984/85 (8,34)

### Rechtsfragen

Die persönliche Meinung: A »German Vote«? (Wolftrum) .....

Völkerrechtskommission (9,35), Söldner-Konvention (16,67), Internationaler Terrorismus (17,68), IGH: Nicaragua-USA (32,108), Gastland (47,173), Gewaltverzicht (48,175), Seerecht (55,205), IGH: Golf von Maine (56,206)

### Die Mitgliedschaften in UN-Organen im Jahre 1984

Sicherheitsrat .....	76	Menschenrechtsausschuß .....	112	Ad-hoc-Arbeitsgruppe von Sachverständigen zum Südlichen Afrika der Menschenrechtskommission .....	148
Wirtschafts- und Sozialrat .....	76	Ausschuß für die Beseitigung rassistischer Diskriminierung .....	112	Ad-hoc-Ausschuß für den Indischen Ozean ..	148
Treuhandrat .....	76	Sonderausschuß für die Erhöhung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen .....	112	Vorbereitungsausschuß zur Begehung des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen .....	180
Internationaler Gerichtshof .....	76	Ausschuß für die Beziehungen zum Gastland .....	112	Beratender Ausschuß für das Internationale Jahr der Jugend .....	180
Völkerrechtskommission .....	76	Abrüstungskonferenz .....	112	Ausschuß für die friedliche Nutzung des Weltraums .....	180
Verwaltungsgericht der Vereinten Nationen	76	Wirtschaftskommission für Afrika .....	148	Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker .....	180
Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes ..	76	Sonderausschuß gegen Apartheid .....	148		
Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen .....	76	Rat für Namibia .....	148		
Menschenrechtskommission .....	112	Ad-hoc-Ausschuß für die Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen Apartheid im Sport .....	148		

### Autorenregister

<b>Baumgarten, Oswald</b> 46	<b>Ganslmayr, Herbert</b> 139	<b>Kurz, Isolde</b> 206	<b>Nabudere, Dan Wadada</b> 124	<b>Schmid, Josef</b> 203
<b>Beermann, Victor</b> 65	<b>Geiss, Imanuel</b> 117	<b>Laitenberger, Birgit</b> 103	<b>Naumann, Jens</b> 142	<b>Schulze, Reinhard</b> 92
<b>Bergmann, Theodor</b> 1	<b>Genscher, Hans-Dietrich</b> 196	<b>Leinung, Hans Friedrich</b> 83, 175	<b>Palm, Martina</b> 33, 66, 104, 105, 106, 107, 140	<b>Simonitsch, Pierre</b> 31, 170
<b>Binz, Rudolf</b> 68	<b>Gerbener, Hannelore</b> 37	<b>Männicke, Christian</b> 30	<b>Pérez de Cuéllar, Javier</b> 191	<b>Skriver, Ansgar</b> 5, 27, 41, 97, 173
<b>Bockslaff, Klaus</b> 35, 64, 171, 173, 202	<b>Harpe, Michael von</b> 34	<b>Mahlmann, Wilfried</b> 169	<b>Rabe, Peter H.</b> 97, 169	<b>Skupnik, Wilfried</b> 61
<b>Bohnet, Michael</b> 181	<b>Heinz, Ursula</b> 68	<b>Maier, Irene</b> 77	<b>Rikhye, Indar Jit</b> 87	<b>Standke, Klaus-Heinrich</b> 50
<b>Bruns, Wilhelm</b> 111, 162	<b>Herrmann, Peter</b> 6	<b>Mazrui, Ali A.</b> 122	<b>Ripken, Peter</b> 147	<b>Tetzlaff, Rainer</b> 137, 204
<b>Butler, Richard E.</b> 186	<b>Hinz, Manfred O.</b> 141	<b>Mbaya, Etienne-Richard</b> 132	<b>Risse, Horst</b> 37, 67, 101, 102, 179	<b>Tzschaschel, Joachim</b> 66
<b>Carstens, Karl</b> 25	<b>Holtz, Uwe</b> 153	<b>McNamara, Robert S.</b> 16	<b>Saidi, Khosrow</b> 128	<b>Wallerstein, Immanuel</b> 113
<b>Child, Jack</b> 87	<b>Hüfner, Klaus</b> 200	<b>Melber, Henning</b> 28	<b>Schade, K. Friedrich</b> 146	<b>Wohlmuth, Karl</b> 11
<b>Dicke, Klaus</b> 100, 138, 175	<b>Koch, Lothar</b> 19	<b>Melchers, Konrad</b> 98, 138	<b>Schaefer, Michael</b> 201	<b>Wolftrum, Rüdiger</b> 83, 108, 189, 200, 202, 205, 206
<b>d'Orville, Hans</b> 31, 54	<b>Krause, Joachim</b> 158	<b>Mertens, Alois</b> 149		
<b>Fritsche, Klaus</b> 74, 75	<b>Krüger, Helmut</b> 171	<b>Meyns, Peter</b> 147		

### Verschiedenes

Der Weltpostverein im 110. Jahr. Zum XIX. Weltpostkongreß (Hamburg 1984) (Leinung) .....	83
<i>Weltweite Funkverwaltungskonferenz (18,68), Senegal-Projekt (40,142), Weltpostkongreß (49,175), Aufnahme von Brunei (57,206)</i>	
S/Res/548 UN-Mitgliedschaft (Brunei) .....	70

### Literaturhinweise

FAO: Die FAO: Ursprung, Aufbau und Entwicklung 1945-1981 (Gerbener) .....	37
United Nations Library, Geneva: The League of Nations in retrospect (Risse) .....	37
Jankowitsch/Sauvant: The Third World without Superpowers (Fritsche) .....	74
Bewegung der Blockfreien (Fritsche) .....	74
Dokumente der Nichtpaktgebundenen (Fritsche) .....	74
Mates: Es begann in Belgrad (Fritsche) .....	74
Sauvant: The Group of 77 (Fritsche) .....	75
Sauvant: The Third World without Superpowers, Second Series (Fritsche) .....	75
Wulf: Aufrüstung und Unterentwicklung (Bruns) .....	111
Opitz: Die Dritte Welt in der Krise (Schade) .....	146
Evers/Senghaas/Wienholtz: Auf dem Weg zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung? (Schade) .....	146
Organisation der Afrikanischen Einheit (Meyns) .....	147
Kühne: Die Politik der Sowjetunion in Afrika (Ripken) .....	147
Nicol: Paths to Peace (Risse) .....	179
Nicol: The United Nations Security Council (Risse) .....	179
Spröte/Wünsche: Die Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen (Hüfner) .....	200
Rudolph: Internationale Rohstoffabkommen und Internationaler Rohstofffonds (Wolftrum) .....	200

# AUFRÜSTUNG ODER ABRÜSTUNG?

SIPRI-Broschüre 1984 – UN-Text 32 –

Aus dem SIPRI-Jahrbuch 1984, das die Entwicklung von weltweiter Rüstung und Abrüstung im Jahre 1983 dokumentiert

Einzelpreis

DM 4,-

erhältlich bei der

**DGVN**

Simrockstraße 23  
5300 Bonn 1

## PUBLICATIONS FROM THE UNITED NATIONS



*Are you aware of the extraordinary potential of United Nations Publications as a source of reference? Among the many subjects covered by the United Nations Publications are International Relations, Disarmament, International Law and Trade, the World and Regional Economics, Social Problems, Human Rights, Demography, Statistics and other questions of international importance.*

*Essential Information*

**Definite studies for the evaluation of industrial projects** : Manual for the Preparation of Industrial Feasibility Studies, Guidelines for Project Evaluation, Manual for Evaluation of Industrial Projects, Practical Appraisal of Industrial Projects, .....

*Facts from Figures*

**Year after year, a wealth of resource material** : Statistical Yearbook, Demographic Yearbook, National Accounts Statistics, Industrial Statistics, World Energy Statistics, International Trade Statistics, Constructions Statistics, .....

*Studies and Reports*

**Assessment of the economy and analysis of contemporary problems** : World Economic Survey, Economic Survey of Europe, Economic Survey of Latin America, World Industry in 1980, Comprehensive Study on Nuclear Weapons,...



### WORLD CONCERNS AND THE UNITED NATIONS

Model Teaching Units for Primary, Secondary and Teacher Education



### World Concerns and the United Nations

Model Teaching Units for Primary, Secondary and Teacher Education

**World Concerns** is the first United Nations Publication to provide model teaching units directly usable in the classroom. The 26 units in the collection deal with the aims and activities of the United Nations and its system and exemplify a range of themes, approaches and methods through which to develop international understanding and support for the United Nations' world. The units are based on classroom theory and practices which have been found valuable in different world areas. Each unit deals with a topic from an international and local standpoint, linking it to a student's own interests. The book includes readings, extensive illustrations and other content usable in the classroom, as well as ideas for extending the units and pedagogical comments. Its two years preparation involved several specialized United Nations Organizations, including UNESCO and education specialists in over forty countries.

(Sales No. E.83.I.12)

*Truly your source of information – At very reasonable prices !*

*A complete catalogue is available upon request !*

**UNITED NATIONS**

Room A-3315  
New York, N.Y. 10017



**PUBLICATIONS**

Palais des Nations  
1211 Geneva 10, Switzerland

# BFIO

## MITARBEIT IN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

Das Büro für Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) berät und informiert Interessenten über Vakanzen, Möglichkeiten und Voraussetzungen für den Dienst in Internationalen Organisationen

Anfragen an BFIO in der  
ZAV – Zentralstelle für  
Arbeitsvermittlung  
Feuerbachstraße 44, 6000 Frankfurt a. M. 1  
Telefon 06 11/7 11 11 – Telex 04-11 632



Bundesanstalt für Arbeit

# Bernard & Graefe Verlag

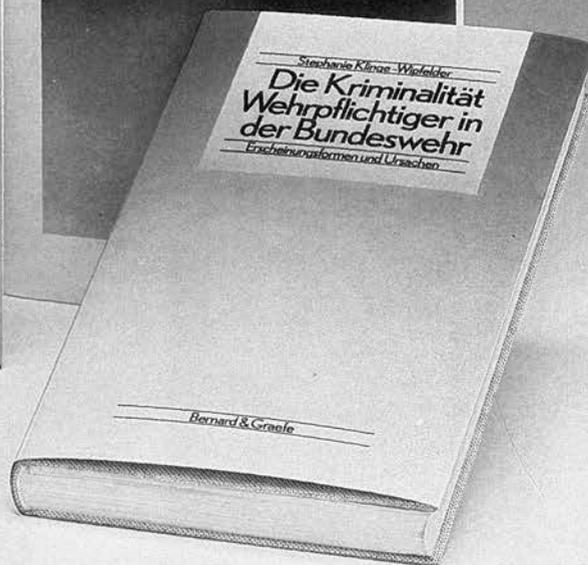
Ulrich Mackensen

## ...und rostig waren die Mousqueten

Soldatenleben auf der Marksburg in drei Jahrhunderten  
135 S. und 8 Bildtafeln, 13 Abbildungen. Ln.

DM 29,80, ISBN 3-7637-5450-4

Der Autor zeichnet, mit Schwerpunkt auf dem 18. Jahrhundert, das Leben der Soldaten und ihrer Familien in dieser Festungsgarnison. Und dies nach Dokumenten, die der Verfasser in Staatsarchiven ausgesucht und ausgewertet hat.



Theodor Benecke/Günther Schöner (Hrsg.)

## Wehrtechnik für die Verteidigung

Bundeswehr und Industrie — 25 Jahre Partner  
für den Frieden

404 Seiten, zahlr. Abbildungen. Leinen.

DM 79,—, ISBN 3-7637-5266-8

Die großen Leistungen der deutschen Industrie im nationalen und internationalen Wettbewerb dieser Zeit werden verständlich und eindrucksvoll herausgestellt. Fotos und Diagramme unterstreichen den konzentrierten Text und tragen wesentlich dazu bei, einen großen wirtschaftlich-technisch und militärisch interessierten Leserkreis anzusprechen.

**Fordern Sie unseren  
kostenlosen Gesamtkatalog an!**

Stephanie Klinge-Wipfelder

## Die Kriminalität Wehrpflichtiger in der Bundeswehr

Erscheinungsformen und Ursachen

160 S., 13 Tabellen. Kart.

DM 48,—, ISBN 3-7637-5457-1

Diese Arbeit stellt abweichendes Verhalten Wehrpflichtiger unter juristischen, sozialpsychologischen und kriminologischen Aspekten dar und eröffnet die Möglichkeit, zu verbesserter Einsicht über individuelle und kollektive Faktoren militärischer Straftaten zu gelangen und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

## Bernard & Graefe Verlag

Fachverlag für Sicherheitspolitik, Militärgeschichte  
und Wehrwesen

Karl-Mand-Straße 2 · 5400 Koblenz 1